

PROTOKOLL

über die 7. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 18. Juni 1998, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, GR Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, AR Hermann Pfeiffer, AR Hans Greinöcker

ENTSCHULDIGT: Edith Radmoser, Ingrid Weixlberger

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung
3. Behandlung von allfälligen Anfragen
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
6. Verhandlungsgegenstände
7. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

GHJ2-76/96 Überwachung von 5 öffentlichen Spielplätzen durch einen Bewachungsdienst

6. **VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE**

Berichterstatter BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fin-120/97 Rechnungsabschluß 1997.

ÖAG-2/94 Abgabe einer Garantie-Erklärung gegenüber dem SK Vorwärts Steyr und Annahme einer Garantieerklärung

des Herrn Herbert Müllner sowie der Herbert Müllner GesmbH.

Fin-251/95 BMW-Motoren GmbH Steyr; Förderung der 5. Ausbaustufe.

Fin-132/98 Förderung von Technologiepraktikanten des Technologiezentrums der Steyr-Daimler-Puch AG (TZS).

Fin-133/98 Darlehen der Österr. Kommunalkredit AG mit Fixverzinsung; Umschuldung.

Präs-139/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Karl Holub.

Präs-140/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Kommerzialrat Ing. Otmar Schloßgangl.

Präs-141/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Hofrat Direktor Dkfm. Helmut Zagler.

Präs-142/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Bezirks-Feuerwehrkommandant i.R. Oberbrandrat Gottfried Wallergraber.

Präs-143/98 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn OStR. Konsulent Prof. Dr. Erich Grandy.

Berichterstatterin VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Fin-146/97 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 1998.

SH-316/96 Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS); Auszahlung des 1. Teilbetrages.

Berichterstatter STADTRAT GERHARD BREMM:

SchuPfl-73/94 HS Ennsleite, ganztägige Schulform; Änderung der Tarifordnung für den Betreuungsbeitrag.

Berichterstatter STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil; Vergabe diverser Arbeiten; Auftragsweiterung Architektenleistungen.

Stw-39/98 Städt. Verkehrsbetrieb; Ankauf von zwei Stück Niederflur Omnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von zwei Gebrauchtfahrzeugen.

Stw-40/98 Erneuerung der Erdgasversorgungsleitung Ennskai nördlicher Teil; Auftragsvergaben.

Stw-41/98 Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Schlüsselhofgasse Michaelerplatz; Auftragsvergaben.

Berichterstatter STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wa-5430/88 Projekt Hack; Vergabe der Baumeister-, Stahlbau- und Stahlwasserbauarbeiten

Berichterstatter STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

K-150/97 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1998/99; Abschluß eines Gastspielvertrages mit dem landestheater Linz.

K-87/94 Eintrittspreise und Mieten für das Alte Theater; Neufestlegung.

Fin-71/98 „Anton Bruckner und Steyr“; Druckkostenzuschuß.

VH-10/98 Multimediale Performance „EISENpuls & LICHTspuren“; Subvention.

Fin-128/98 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 1998.

Fin-3/97 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1997; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Präs-469/97 OÖ. Objektivierungsgesetz; Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstnehmers im Personalbeirat.

Fin-136/95 Jugend- und Kulturhaus Steyr; Förderung.

Präs-319/89 Gemeinderätlicher Dringlichkeitsantrag betreffend Theater- und Kulturverein AKKU; Jahresförderung 1998.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Gemeinderatssitzung. Ich begrüße auch herzlich die Damen und Herren aus der Bevölkerung und die Vertreter der Presse.

Ich entschuldige mich dafür, daß die Sitzung etwas später begonnen hat, aber es war natürlich notwendig, mit den erbosten Bürgerinnen und Bürger das Gespräch über diese GSM-Sender-Angelegenheit zu führen, die ja wirklich äußerst unerfreulich ist. Auch für uns alle, als Vertreter der Stadt, die wir zwei Resolutionen beschlossen haben, wo wir gegenwärtig ein Verfahren durchfechten, daß dieser Sendemast bei der Post nicht errichtet wird. Wir haben schon zwei Bescheide erlassen, daß wir das nicht wollen. Genau in dieser Phase werden an einem Zwickeltag, gerade zu heimtückisch, wo niemand im Amt da ist, zwei kleinere Antennen, die unter 10 m sind, die auch ein Einschreiten unserer Baurechtsabteilung nicht zulassen, errichtet. Das ist schon eine grobe Mißachtung der Autonomie der Gemeinden und der Städte. So ist es aber nun einmal und wir bekommen hier den Mißmut der Menschen zu spüren, für etwas, daß wir eigentlich nicht verantworten können, weil es sich dabei um eine bundesgesetzliche Materie handelt.

Meine Damen und Herren, ich möchte dennoch feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Es sind mir als Protokollprüfer Herr GR Stefan Keiler und Herr GR Dr. Wilfrid Wetzl bekanntgegeben. Ich frage die Herren ob sie die Funktion annehmen? Sie haben das durch ein Zeichen kundgetan. Ich bitte das im Protokoll zu vermerken.

Entschuldigt ist Frau GR Ingrid Weixlberger sowie Frau GR Edith Radmoser.

Ich komme unter Punkt 2, meine Damen und Herren, zur Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und einer Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30.10.1997 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die F-Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr nachstehende Änderungen in der personellen Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse und des Personalbeirates bekannt:

Dieser Wahlvorschlag wurde vor der Sitzung an alle Gemeinderäte verteilt und lautet:

Gemeinderätliche Ausschüsse:

Bauausschuß statt Ersatz GR Günter Fürweger GR Ing. Klaus Hoflehner

Prüfungsausschuß statt Ersatz GR Günter Fürweger StR Roman Eichhübl

Ausschuß für soziale Angelegenheiten statt Ersatz GR Günter Fürweger GR Elfriede Reznar statt Ersatz GR Elfriede Reznar StR Roman Eichhübl

Ausschuß für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung statt Ersatz GR Günter Fürweger GR Siegfried Stieglitz statt Ersatz GR Siegfried Stieglitz GR Hans Payrleithner

APT Ausschuß statt Ersatz GR Günter Fürweger GR Elfriede Reznar

Personalbeirat: statt Ersatz GR Günter Fürweger Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil

Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der F-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind, im Falle des Personalbeirates jedoch alle Gemeinderatsmitglieder abzustimmen haben.

Wir kommen nun zur

WAHL

über den Wahlvorschlag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr hinsichtlich der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Ich ersuche daher die Mitglieder der F-Gemeinderatsfraktion, zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Eine Gegenstimme (GR Günter Fürweger). Gibt es Stimmenthaltungen? (2 - GR Hans Payrleithner und GR Beatrix Toman). Wurde registriert und ins Protokoll aufgenommen.

Wir kommen nun zum Personalbeirat:

Statt Ersatz Günter Fürweger - Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil. Hierüber haben alle Mitglieder des Gemeinderates über diesen eingebrachten Wahlvorschlag der F-Gemeinderatsfraktion abzustimmen.

Ich ersuche nun die Mitglieder des gesamten Gemeinderates zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag der F-Gemeinderatsfraktion um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? 1 Gegenstimme (GR Günter Fürweger). Stimmenthaltungen? (6 ÖVP, 1 SPÖ - GR Wilhelm Hauser). Gut, damit ist das registriert.

Wir kommen nun zu **Pkt. 3 der Tagesordnung**: Behandlung von allfälligen Anfragen. Dazu darf ich folgendes mitteilen:

Die Liberale Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 9. Juni 1998 eine Anfrage an Frau Vizebürgermeisterin Mach. Ich ersuche nun Frau Vizebürgermeisterin Mach um Verlesung sowie um Beantwortung der Anfrage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste.

Die Anfrage lautet:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In der letzten Sitzung des Gemeinderates vom 7. Mai d. J. erklärten sie in der laufenden Debatte - als zuständige Referentin - zum Tagesordnungspunkt Nr. 5, Verhandlungsgegenstand Nr. 9 (Installierung einer 3. Organisation im Bereich der Mobilen Dienste; Abschluß eines Vertrages mit der OÖ. Volkshilfe), daß dem vom LIF, der GAL und der FPÖ gemeinsam eingebrachten richtlinienkonformen Abänderungsantrag bezüglich einer Aufteilung der zur Verfügung stehenden 4 Personaleinheiten auf die beiden bestehenden Organisationen MOHI und Steyrer Heimhilfe nicht zugestimmt werden könnte, weil sich die Richtlinien des Landes OÖ. zur Förderung professioneller, sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich vom April 1997 in der Zwischenzeit geändert hätten.

Da dem LIF seitens des GB V nach dieser Sitzung eine Einsichtnahme in den Akt des Verhandlungsgegenstandes Nr. 9) mit dem Hinweis verwehrt wurde, daß Einsichtsrechte nur vor, nicht aber nach Sitzungen bestünden, die angebliche Richtlinienänderung aber erst während der laufenden Gemeinderatssitzung zur Sprache kam, ergeht nachstehende Anfrage zwecks Klärung des Sachverhaltes an sie.

Frage 1:

Handelt es sich bei dem von Dr. Starzengruber während der Sitzung auszugsweise vorgelesenen Schreiben seitens des Landes OÖ. vom 3.4.1998 tatsächlich um eine Abänderung der eingangs zitierten Landesrichtlinien? Wenn ja, wann und in welchen Punkten erfolgte diese Richtlinienänderung?

Sollte es sich tatsächlich um eine Richtlinienänderung handeln, stellt sich weiters die Frage: Warum wurde die erfolgte Richtlinienänderung den Mitgliedern des Sozialausschusses bzw. des gesamten Gemeinderates nicht vor der GR-Sitzung vom 7. Mai 1998 sondern erst während der laufenden Debatte mitgeteilt?

Frage 2:

Wann erfolgte die Zusage seitens des Landes Oberösterreich, daß der Aufstockung von je zwei Personaleinheiten im Bereich der Mobilen Dienste und der Hauskrankenpflege stattgegeben werden?
War diese Zusage der Aufstockung an die Bedingung der Errichtung einer dritten Organisation geknüpft?
Wenn ja, war diese Zusage untrennbar mit der Volkshilfe verbunden oder hätte auch eine andere Einrichtung diese Personaleinheiten erhalten können?

Frage 3:

Auf welche Art und Weise wird die sogenannte Wahlfreiheit in der Praxis gewährleistet werden?

Frage 4:

In Übereinstimmung mit den eingangs zitierten Landesrichtlinien kann zwecks Koordination und Kooperation im Bereich der Mobilen Dienste bzw. Hauskrankenpflege ein sogenannter Fachbeirat eingerichtet werden.

Werden sie als zuständige Referentin diesen Fachbeirat einrichten? Wenn ja, wann?

Werden in diesem zu errichtenden Fachbeirat alle drei im Bereich der Mobilen Dienste/Hauskrankenpflege tätigen Einrichtungen MOHI, Steyrer Heimhilfe und Volkshilfe vertreten sein?

Ich ersuche sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 18. Juni zu beantworten.“

Die in der Anfrage vom 9. Juni 1998 enthaltenen Punkte möchte ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1 a:

Mit Schreiben des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 3. April 1998 an alle Sozialhilfverbände und Städte mit eigenem Statut, das unter der Aktenzahl SH-Erlaß 238/98 am 16. April 1998 beim Magistrat Steyr eingelangt und damit wirksam geworden ist, wird Punkt 2.2 der Richtlinien zur Förderung professioneller sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich vom 21.3.1994 abgeändert.

Zu Frage 1 b:

Nicht jede Angelegenheit und auch nicht jede Änderung kann den Mitgliedern des Sozialausschusses bzw. des gesamten Gemeinderates mitgeteilt werden; schon alleine aus Zeitgründen ist dies nicht möglich.

Es ist auch nicht die Aufgabe der Mitglieder des Sozialausschusses bzw. des gesamten Gemeinderates, alle Vorschriften, insbesondere Richtlinien und dergleichen, im Detail zu kennen. Unabhängig davon wäre im konkreten Fall eine Information des Sozialausschusses nicht möglich gewesen, weil das zitierte Schreiben am 16. April 1998 beim Magistrat Steyr eingelangt ist und die Sozialausschuß-Sitzung bereits am 17. März 1998 stattgefunden hat.

Zu Frage 2 a:

Die Zusage des Landes OÖ., daß der Aufstockung von je 2 Personaleinheiten im Bereich der mobilen Dienste und Hauskrankenpflege stattgegeben wird, erfolgte mit Schreiben des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 23.1.1998 - eingelangt beim Magistrat Steyr am 30.01.1998 unter SH-Erlaß 66/98.

Zu Frage 2 b:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1997 - Budgetbeschluß - ausdrücklich eine 3. Organisation beschlossen. Die finanzielle Zusage des Landes war vorhanden.

Zu Frage 3:

Die Wahlfreiheit wird in der Praxis in der Form gewährleistet, daß immer dann, wenn ein Betreuungsbedürftiger ausdrücklich bzw. endgültig die Pflege durch die Volkshilfe ablehnt, diese durch die gewünschte Organisation übernommen wird.

Diese Frage wurde unter anderem bei einer Sitzung mit allen Anbieterorganisationen am 9.06.1998 besprochen und von diesen übereinstimmend akzeptiert.

Zu Frage 4 a:

Nach den Richtlinien des Landes Oberösterreich kann ein Fachbeirat eingerichtet werden. Es handelt sich also um eine Kann-Bestimmung. Dem Fachbeirat - gemäß Punkt 2.5 der Richtlinien - hat neben einem Vertreter des Sozialhilfverbandes bzw. der Statutarstadt je ein Vertreter der mit der mobilen Hilfe und Betreuung sowie mit der Hauskrankenpflege beauftragten Wohlfahrtseinrichtungen, ein Vertreter eines sozialen Krankenversicherungsträgers, ein in diese Dienste eingebundener Arzt, mindestens ein fachlich versierter Gemeindevertreter sowie ein Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Fachgruppe Sozialberufe, anzugehören.

Da die Zielsetzung und auch die Effizienz eines derartigen Gremiums unklar erscheint, existiert auch in den Statutarstädten Linz und Wels kein Fachbeirat gemäß Punkt 2.5 der Richtlinien des Landes OÖ.

Auch in Steyr ist daher zur Zeit ein Fachbeirat in dieser Form nicht beabsichtigt. In Steyr besteht allerdings - wie zu Frage 4 b näher auszuführen sein wird - ein Gremium, das im Sinne der Bürger rasche und effiziente Unterstützung bietet.

Zu Frage 4 b:

In Steyr gibt es Arbeitstreffen aller Anbieterorganisationen, die etwa ein- bis zweimonatlich stattfinden; bei diesen Sitzungen ist neben den Anbieterorganisationen auch eine Vertreterin des Magistrates Steyr anwesend.

Ziel dieser Arbeitstreffen ist die Koordination, der Erfahrungsaustausch, die Optimierung der Zusammenarbeit, der Ausgleich bei unterschiedlicher Auslastung und allgemeine Verbesserungen einzuleiten im Sinne unserer Bürger und Bürgerinnen.

Zusätzlich zu diesen Sitzungen wird zweimal jährlich eine erweiterte Arbeitsgruppe zusammentreten, bei der neben den oben angeführten Teilnehmern folgende Personen bzw. Institutionen vertreten sein werden:

Der Leiter des APT, der Sozialdienst des LKH (Frau Fink), ein Vertreter des Forums der Steyrer Hausärzte; je nach Bedarf und Zweckmäßigkeit werden auch andere fachliche Kompetente beigezogen, z.B. das Rote Kreuz, die Hospizbewegung u.dgl. Auch ich bin zweimal im Jahr bei diesen Sitzungen dabei.

Damit ist eine optimale Arbeitsweise gewährleistet.

Ich möchte zum Abschluß noch kurz sagen: Aufgrund unserer Sitzung, wo ich und auch alle Organisationen anwesend waren, haben wir eine sehr gute Gesprächsbasis gehabt. Sie sind alle bereit zum Wohle der Bürger und Bürgerinnen zusammenzuarbeiten. Es wurden auch Ideen eingebracht. Es wird schon ein erster Kurs abgehalten, den die Volkshilfe startet. Der MOHI und auch die Heim- und Hauskrankenpflege nehmen daran teil. Sie werden sich im Juli nocheinmal treffen, den August auslassen und im September findet die nächste Sitzung statt. Ich glaube es funktioniert sehr gut und es soll ja eine Vernetzung zum Wohle unserer Bürger sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Damit ist die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt. Ich darf mit den Mitteilungen des Bürgermeisters fortfahren.

Ich möchte ihnen berichten, daß am 19. und 20. Juni eine Open-Air-Galerie am Stadtplatz stattfindet und daß dabei die Preisträger vom Wettbewerb „Mein Bild von Steyr“ ermittelt werden sollen. Ich möchte sie dazu, meine Damen und Herren, zu dieser Veranstaltung herzlich einladen. Es wurden über 100 Werke fristgerecht eingereicht. Eine Fachjury aus Steyrer Künstlern haben insgesamt 50 Werke vorausgewählt. Am Freitag, 19. Juni, und Samstag, 20. Juni, also kommendes Wochenende, werden die hochinteressanten und wunderschönen Bilder sowie Fotos auf dem Steyrer Stadtplatz der Öffentlichkeit zur Bewertung präsentiert, und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, der ihrer Meinung nach schönsten Arbeit, ihre Stimme zu geben.

Die Bewertung wird so vorgenommen, daß zwischen 9.00 und 16.00 Uhr, wo die Ausstellung erfolgt, zwei Hostessen Bewertungskarten verteilen, auf denen man dann ankreuzt, welches Bild am besten gefällt. Es wird für die Künstler und für das Publikum Preise geben. Für Platz 1 bis 3 winken S 5.000,-, S 3.000,- und S 2.000,-. Immerhin gibt es vom 4. bis zum 12. Platz auch noch jeweils S 500,-. Die Werke, die ausgewählt werden, sind gleichzeitig jene aus denen dann ein Kalender gestaltet werden soll, der auch wiederum als Werbeträger für die Steyrer Wirtschaftsbetriebe interessant sein wird. Es wird einen bunten Event am Freitag und Samstag geben. Für die musikalische Umrahmung wird „Unsere neue Welle 102,6“, das neue Stadtradio, sorgen, welche die Gelegenheit nutzen, ihren jungen Sender zu präsentieren.

Wir haben für die Kinder unserer Stadt in den Ferien wieder ein ausgewähltes, bewährtes Programm vorbereitet, das umgesetzt wird. Manches ist bewährt, manches wird wieder neu dazukommen. Jedenfalls wird der „Publikums-Renner“ das Lehr- und Schnupperfischen sein. Es wird hier diesen Event „Cool am Pool“ geben, der sich ja bereits bestens bewährt hat. Neu sind die Confetti-Kinderdiscos in den Stadtteilen Ennsleite und Resthof sowie eine eintägige Ferienfahrt in den Vogelpark Schmieding und vieles anderes mehr.

Weiters darf ich berichten, daß derzeit ca. 80.000 Besucher bei der Landesausstellung „Land der Hämmer“ gezählt wurden. Auf das Projekt BMW entfallen 50.000 Besucher, auf das Museum Arbeitswelt 8.000 und auf das Industrieforum - Ausstellung Tradition, Innovation - 3.000. Weyer hat rund die Hälfte der Besucher. Das ist aber kein Wunder, das ist die Leitausstellung und die Landeswerbung zielt ausschließlich darauf ab. Manche Bürgermeister und Verantwortliche für die Ausstellungen meinen, das wäre ein zu schlechter Besuch. Es wird sich hier auch unser Tourismusedirektor gemeinsam mit den Bürgermeistern dieser Gemeinden mit dieser Materie auseinandersetzen um hier vielleicht noch zusätzliche Werbemaßnahmen zu bereden.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist zu bemerken, daß die Arbeitslosenquote in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk im Mai 5,4 % betragen hat. Die ist im Vergleich zum Vormonat um 0,6 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1 Prozentpunkt.

Das Entscheidende scheint mir zu sein, daß wir gegenüber dem Österreichschnitt mit 6,7 % seit drei Monaten mit

derzeit 5,4 % um 1,3 % darunterliegen. Das ist also wirklich eine Meßgröße, die für uns sehr erfreulich ist und auf die wir stolz sein können. Trotzdem betragen die vorgemerkten Arbeitslosen im Mai noch immer 2.206. Es ist hier zwar eine Reduzierung um 286 Personen gegenüber dem Vormonat und gegenüber dem Vorjahr um 435 festzustellen, aber es sind natürlich immer noch zu viele. Offene Stellen gibt es derzeit 449. Das ist auch eine Verbesserung um 178 Stellen gegenüber dem Vorjahr.

Damit sind meine Berichte beendet. Ich bitte sie, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und übergebe den Vorsitz der Kollegin Mach um die Verhandlungsgegenstände einer Erörterung zuführen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE.: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem Rechnungsabschluß 1997. Ich verhehle nicht, daß es mir Freude macht und ich auch stolz darauf bin, daß dieser Rechnungsabschluß wirklich sehr erfreuliche Ergebnisse zu Tage fördert. Wir haben eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget von 82 fünfzehntel Millionen Schilling zu verzeichnen. Der Rechnungsabschluß bestätigt damit eindrucksvoll unseren Budgetkurs der letzten Jahre, der von großer Sparsamkeit geprägt ist, in dem wir gleichzeitig aber auch gezielt danach getrachtet haben, das Finanzvolumen für sämtliche wichtige Zukunftsinvestitionen, wie z.B. die Fachhochschule oder die Bahnhofüberbauung, sicherzustellen.

Im Detail weist der ordentliche Haushalt gegenüber dem Budgetvoranschlag einen Überschuß von 51 dreizehntel Millionen Schilling aus. Gleichzeitig wurden außerplanmäßig 20 dreizehntel Millionen Schilling den Rücklagen zugeführt. Zusätzlich konnten außertourlich auch noch 10,8 Millionen Schilling Schulden getilgt werden, womit der Gesamtschuldenstand auf 711 Millionen Schilling gedrückt wurde. Bei der Budgeterstellung wurde noch von einem Gesamtschuldenstand von 751 Millionen per 1997 ausgegangen. Das bedeutet eine Verringerung des Darlehensstandes gegenüber den Planzahlen um nicht weniger als 40 Millionen Schilling. Wir haben auch die Personalkosten, die oft in diesem Kreis und in der Öffentlichkeit erörtert und diskutiert wurden, in Griff. Sie haben sich im Jahr 1997, durch die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, auch wieder positiv zu Buche geschlagen. Trotz der kollektivvertraglichen Vorrückung sowie der Einmalzahlung im Zuge der Lohn- und Gehaltsrunde sind die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr, nur leicht, um 1,16 % gestiegen und liegen in Summe etwa so hoch als vor vier Jahren. Ich würde also jedem Unternehmen gratulieren wenn er, ohne daß hier eine massive Schrumpfung des Unternehmens stattgefunden hat, mit gleichen Personalkosten vier Jahre lang operieren kann. Auch die Aufwendungen für Magistratspensionisten sind um 2,58 % erhöht. Das hängt damit zusammen, daß doch im Zuge des Personalabbaus auch mehr Personen in den Pensionsstand übergetreten sind. Wichtig scheint mir, daß wir die Schulden weiter abgebaut haben. Ich erinnere mich an Prognosen, wo wir uns mit unserem Schuldenstand jenseits der 800 Millionen-Schilling-Grenze angesiedelt haben. Mittlerweile sind wir aber bei 711 Millionen Schilling. Was mich aber besonders freut ist, daß die Rücklagen nur mehr 50 Millionen Schilling betragen habe und von denen wir geglaubt haben, daß sie auch im Budget untergehen werden, sozusagen benötigt werden, um den ordentlichen Haushalt abzudecken, daß wir mittlerweile wieder einen Rücklagenstand von 142,6/10tel Millionen Schilling haben. Gleichzeitig haben wir die wichtigen Investitionen fortgeführt und getätigt, wobei hier große Anteile auf die Sanierung des Hallenbades, auf den Ankauf von Grundstücken, auf die Finanzierung der Verkehrsdrehscheibe Bahnhofüberbauung, auf die Adaptierung des Kommunalzentrums und den Gesamtausbau Fazat, entfallen.

Wir konnten auch einen Betrag von insgesamt 53,245.000,-- Schilling, durch einen Übertragungsbeschluß, in das Jahr 1998 übertragen. Dieser Beschluß wurde vom Gemeinderat schon im März gefaßt. Das hängt mit der Nutzung von Zahlungsfristen, aber auch mit der Abrechnung von Projekten, die sich über das Kalenderjahr hinwegziehen, zusammen. Erfreulich ist auch, daß wir im Hinblick auf die Erfüllung der Maastrichtkriterien hier eine klare Positivmeldung absetzen können. Wir haben nämlich einen deutliche Überschuß von 45 dreizehntel Millionen Schilling.

Das waren einige Betrachtungen zum Rechnungsabschluß. Es liegt allen Gemeinderäten eine hervorragende, übersichtlich ausgearbeitete Unterlage vor, für die ich mich sehr herzlich bei unserer Finanzabteilung bedanke, die wieder ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Ich darf ihnen nun den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen.

Fin-120/97 Rechnungsabschluß 1997.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1997 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von **S 939.422.575,85** im außerordentlichen Haushalt von **S 188.440.500,46** somit insgesamt **S 1.127.863.076,31** genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1997 mit Aktiva und Passiva in Höhe von **S 165,875.444,74**, die Bilanz des Versorgungsbetriebsverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von **S 239,656.400,97** und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von **S 76,139.146,45** genehmigt.

Ich ersuche diesen Rechnungsabschluß zu debattieren bzw. hiezu eine Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1997 ist in der Tat etwas bemerkenswert. Wenn man die Jubelmeldungen des magistratseigenen Pressedienstes etwas relativiert und wenn man die Zahlen etwas näher betrachtet, dann kommt einem schon ein etwas merkwürdiger Gedanke. Es kommt mir irgendwie so wie eine Familie vor, wo das Familienoberhaupt sagt, dieses Monat müssen wir sparen, wir geben dieses Monat nichts aus. Am Ende des Monats haben wir dann 30.000,-- Schilling eingespart. So ähnlich kommt mir das vor, wenn man die Übertragungsbeschlüsse alle hernimmt und Relation setzt zum budgetierten Ansatz und dann sagt, ich habe so und soviel eingespart. Da kann ja etwas nicht stimmen. Im ordentlichen Haushalt haben wir alleine 6,3, im außerordentlichen Haushalt 53,2 Millionen Schilling auf das Jahr 1998 übertragen. Man sagt dazu: „Aber 1997 haben wir super gewirtschaftet, wir haben so und soviel eingespart!“ Im Jahr 1998 kommt das natürlich dann wie eine Keule auf das Budget zu. Es ist ja bereits im mittelfristigen Finanzplanungskonzept, das wir andiskutiert haben, manifestiert, daß hier im Jahr 1998 dann etwas aus dem Ruder läuft. Budgetiert sind im Jahr 1998 für Investitionsplanungen S 186,442.000,-- und im neuen, aufgrund der Übertragungen, sind dann bereits jetzt S 253.155.000,-- budgetiert. Also, da kann dann etwas nicht stimmen, daß ich das hier als Einsparung verkaufe, das ist doch etwas gewagt.

Eines möchte ich noch herausgreifen. Und zwar die Zahlen Verwaltungs- und Betriebsausgaben, weil hier zeichnet sich auch ganz besonders ein „Ruck“ ab. Aber ein „Ruck“ nicht Richtung Einsparung sondern ein „Ruck“ Richtung weiteren Ausgaben. Auch hier, ich spreche jetzt auch Zahlen an, die für das Jahr 1998 bzw. für 1999 budgetiert sind, haben wir alleine eine Abweichung im Jahr 1998 von 13 Millionen Schilling nur beim Verwaltungsaufwand, das sind 7,3 %. Eine Abweichung im Jahr 1999, 6,2 %, und wiederum eine Steigerung im Jahr 2000 um 8,7 %. Ich bin schon sehr gespannt was Herr Stadtrat Mayrhofer dazu sagen wird, der ja seine Zustimmung zum Budget 1998, wenn ich mich recht erinnere, nur deshalb abgegeben hat, weil er gesagt hat, er wird das genau mit einem Controlling überprüfen, ob besonders in der Verwaltung eine Einsparung bereits im Jahre 1998 zu sehen ist. Wir haben jetzt Mitte des Jahres, Herr Mayrhofer, von einer Einsparung ist hier nichts zu sehen. Ich bin schon sehr auf ihre Äußerung dazu gespannt.

Numerisch gehen die Zahlen auch nicht ganz zusammen. Wir sprechen hier im Investitionsplan, dh. im außerordentlichen Haushalt, von einer Einsparung von 53,2 Millionen Schilling, die übertragen werden soll. Wenn man sich die Übertragungsbeschlüsse alle ansieht kommt man auf 47 Millionen Schilling. Der Rest ist für mich, von meiner Seite her, nicht nachvollziehbar. Vielleicht kann hier auch jemand Auskunft geben, welche Vorhaben nicht übertragen worden sind bzw. die nicht zur Durchführung gelangen oder kommen. In Summe, wir halten es der Tradition nach, Herr Bürgermeister, haben wir dem Budget nicht zugestimmt. Es sind viele Dinge geschaffen oder durchgeführt worden die auch durchaus unsere Zustimmung gehabt haben, aber wir werden uns hier der Stimme enthalten. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Hoflehner.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Presse. Ich habe auch mit Freude davon gelesen, daß wir eine sehr schöne Ergebnisverbesserung haben. 82,5 Millionen Schilling gegenüber dem Budgetanschlag 1997. Tatsächlich haben sich, Gott sei Dank, einige Zahlen zum Positiven hingewendet, z.B. der Schuldenabbau, ganz wichtig. Ich glaube, daß Herr Mag. Lemmerer, was die Zinsen betrifft, ein ausgezeichnetes Management hat. Wenn man sich z.B. ausrechnet, daß man für 700 Millionen Schilling, das sind ungefähr die Schulden, welche die Stadt Steyr hat, 8 % Zinsen bezahlt, im Verhältnis zu 3,5 % Zinsen, sind das 30 Millionen Schilling, die man sich einspart. Ich glaube er hat seine Aufgaben sicherlich sehr gut gemacht.

Aber auch ich bin bei einem Satz ihrer Aussendung stutzig geworden. Ich lese es jetzt vor: „Wobei der Großteil der Reduktion auf die Übertragung von Mittel in der Höhe von 53,2 Millionen Schilling vom Rechnungsjahr 1997 auf das Rechnungsjahr 1998 herrührt.“ Frau Vizebürgermeisterin sie haben so gelächelt, als ob das nicht stimmen würde. Ich möchte mich auch gerne aufklären lassen wie das wirklich ist. Ich sehe es so, wenn ich jetzt im Jahr 1997 etwas auf das nächste Jahr übertrage, daß es dann im nächsten Jahr daherkommt und, daß diese Ergebniseinsparung von 82 Millionen Schilling eigentlich um die 53 Millionen Schilling reduziert gehört. Ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren, aber ich lese es so heraus.

Ich bin auch noch über das mittelfristige Finanzkonzept darübergerfallen. Da lese ich auch Zahlen, ich lese vor: 1997 - Personalausgaben 258 Millionen Schilling und im Jahr 2000 sind von der Stadt 291 Millionen Schilling geplant. Das ist

also nicht dieses Sparkonzept wie es sich auch die ÖVP, glaube ich, vorstellt. Verwaltungs- und Betriebsausgaben genau das selbe. Da explodieren die Kosten von 194 Millionen im Jahr 1998 auf 207 Millionen im Jahr 2000. Ich kann mich auch erinnern, daß die ÖVP dem Budget 1998 zugestimmt hat, unter der Bedingung, daß in Zukunft gespart und, daß eine umfassende Magistratsreform begonnen wird. Das sind sehr kluge Worte, aber ich sehe hier die Zahlen in der Zukunft in die Höhe steigen. Vielleicht zum Abschluß noch: Wir, in der freiheitlichen Partei, sind auch gegen radikales Sparen. Dieses Schlagwort „Sparen um jeden Preis“ - Gewinnmaximierung ist schlecht, das ist ganz schlecht. Das Buch - Die Globalisierungsfalle - sei hier jedem zu diesem Thema zu empfehlen. Aber wir wollen wenigstens die Kosten einfrieren. Aber von Kosteneinfrierung in den Jahren 1998, 1999 und 2000 ist leider nichts zu sehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem ein Rechnungsabschluß diesmal für das Jahr 1997 ja die Möglichkeit bietet, ich sage heute nicht, Frau Kollegin Koppensteiner, über alles und jenes zu sprechen, einen Blick zurückzumachen, werde ich das tun, und aus diesem Grunde einige Anmerkungen machen.

Jene Gemeinderäte, die sich daran erinnern können, es ist zwar inzwischen eine neue Mannschaft hier eingezogen, werden wissen, daß dieses Budget mit einigen Schwierigkeiten zur Welt gebracht wurde. Deshalb, weil der ursprüngliche Vorschlag vonseiten des Finanzreferenten und der Mehrheitspartei begrüßt wurde, aber bei den anderen Fraktionen eigentlich nicht zu Beifallskundgebungen ausgereicht hat. Es war in Wahrheit nämlich so, daß es nach langen Verhandlungen erforderlich war, am Tag der Budgetbeschlußfassung und während der Sitzung, einen Abänderungsantrag, mit Unterstützung der GAL-Fraktion, zu beschließen. Deshalb mit Unterstützung der GAL, weil dieses Budget im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt entsprechend ausgeweitet wurde. Es handelt sich dabei um Beträge, die ich auch hier nennen möchte. Ursprünglich waren im ordentlichen Haushalt S 885.100.000,- vorgesehen. Schlußendlich ist es dann, aufgrund dieses Abänderungsvorschlages, dazu gekommen, daß S 885.600.000,- beschlossen wurden. Im außerordentlichen Haushalt war ursprünglich ein Betrag von S 175.600.000,- geplant. Aufgrund dieses Abänderungsantrages wurde dann auf S 188.150.000,- ausgeweitet. Wie gesagt, das war der Preis der Zustimmung vonseiten der GAL, weil eben dort, ich verstehe das auch, die Interessen der GAL abgedeckt wurden. Wir haben auch unseren Beitrag dazu geleistet, obwohl der Kollege Apfelthaler gemeint hat, er hat die Arbeit von 14 oder 17 Fraktionsmitgliedern übernehmen müssen damit es zum Budget gekommen ist. Aber wir haben uns dann darüber ausgesprochen und er hat es dann eingesehen, daß das nicht möglich ist. Aber wie gesagt, Tatsache ist, daß auch wir unseren Beitrag zu dieser Budgeteinbringung geleistet haben, was aber bedauerlicher Weise von der Mehrheitsfraktion keine Zustimmung bekommen hat. In einer ebenso ähnlichen Lage war ja auch damals die ÖVP. Jene Mandatäre von der ÖVP, die heute noch hier sind, wissen das ja. Ich darf aus diesem Grunde auch darauf hinweisen, daß gerade in diesem Bereich, den ich zu verantworten habe, einige sehr wichtige Vorhaben gefehlt haben, wobei wir aber gleichzeitig auch Bedeckungsvoranschläge durch Einsparungen eingebracht haben. Ich nenne nur einige, die mir so spontan einfallen. Sanierung Tauchergarten, Wasserrutsche, bzw. überhaupt ein generelles Sanierungskonzept für den Bereich Freibad, auch die Eislaufaufbereitungsanlage wurde von uns angesprochen, daß es in absehbarer Zeit notwendig sein wird, dort Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen und eben schon in diesem Budget Sorge zu tragen gewesen wäre. Einige dieser Forderungen mußten inzwischen, wie sie ja schon wissen, erledigt werden. Das beweist aber, daß wir mit unseren damaligen Anforderungen Recht gehabt haben. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es gibt und gab eine Reihe von Ansätzen im Budget 1997 die wir Freiheitlichen auch beschlußmäßig unterstützt haben, das möchte ich hier unterstreichen. Andererseits gab es aber auch sehr viele budgetwirksame Bereiche die wir nicht mitvollziehen konnten. Daher werde auch ich mich bei dieser Beschlußfassung der Stimme enthalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht noch das Wort? Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist natürlich fast selbstverständlich, wenn man einem Budget nicht zustimmt, daß man dann krampfhaft nach Dingen sucht, wo man vielleicht etwas finden könnte. Es ist noch verständlicher, wenn man noch krampfhafter bei einem Jahresabschluß sucht, wie der des Jahres 1997, wo wirklich von Erfolg geredet werden kann. Kein vernünftiges Unternehmen würde hier Budgetvorsorge für einen möglichen Bruch von Rohrleitungen, die einfach nicht planbar und voraussehbar sind, treffen. Das sind Sanierungsmaßnahmen, die notwendig sind, wenn der Zeitpunkt eingetreten ist. Ein Unternehmen ist hier gut beraten, daß auch das Geld vorhanden ist, wenn der Zeitpunkt gegeben ist. Ich glaube, wir haben in diesem Bereich das auch so betrieben und es ist auch der Eislaufplatz so saniert worden. Es ist auch ein krampfhaftes Suchen, wenn man hier die Mittelfristplanung in der Verwaltung, im Personalaufwand nimmt. Einzelbeträge und Einzelpositionen herauszunehmen ist natürlich nicht ganz richtig, weil man schon den Gesamtbereich und die Gesamtentwicklung sehen muß. Daß Personal- und Verwaltungskosten nicht auf die Dauer, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Dienstleistung, einzufrieren und abzusenken sind. Das ist, glaube ich, auch jeden bekannt. Es sind auch die Zahlen zum Rechnungsabschluß 1997 erläutert worden. Ich glaube, daß wir hier wirklich alle gemeinsam große Anstrengungen getroffen haben. Es ist uns gelungen zusätzliche Spielräume zu schaffen. Ich glaube, wir sollten uns auch einmal darüber freuen, wenn es gelungen ist, eine positive Entwicklung herbeizuführen, wo natürlich auch, das muß man bei dieser Gelegenheit anführen und

sagen, eine Reihe von Opfern notwendig waren. Gerade im Personalbereich sind hier große Einsparungen notwendig gewesen, um Einsparungen lukrieren zu können. Ich glaube, daß man auch den Beschäftigten dieses Hauses für die Anstrengungen in allen Bereichen, beginnend von ganz oben bis hinunter, für diese Einsparungen danken sollte. Trotz Senkung der Personalkosten sind die Anforderungen für die Beschäftigten nicht weniger geworden sondern in einer ganzen Reihe von Bereichen sind höhere Anforderungen notwendig gewesen. Also, es ist eine äußerst positive Entwicklung und es entwickelt sich auch das Jahr 1998 nicht schlecht. Ich möchte auch unserem Finanzreferenten danken, der ja wirklich danach getrachtet hat, daß alles so eingehalten wurde wie das Budget erstellt wurde und ich ersuche den Gemeinderat dem Rechnungsabschluß 1997 zuzustimmen. Die sozialdemokratische Fraktion wird das selbstverständlich tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Großalber. Bitte.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROßALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich muß einfach zum Kollegen Hoflehner Stellung nehmen, weil sonst explodiere ich. Immer nur das Personal des Magistrates. Ich möchte dir nur zu bedenken geben, lieber Klaus, auch wir, alle die wir hier sitzen, tragen ganz beträchtlich dazu bei, daß die Personalkosten wesentlich steigen. Ab 1. Juli. Dazu brauche ich nicht mehr sagen. Das zweite was dazukommt. Es ist eine Hochrechnung bis zum Jahr 2001. Darf ich bitte zu denken geben, daß wir zwei neue Kindergärten geplant haben. Einen im Münichholz, mit Gruppenerweiterung, wo man sehr wohl Personal brauchen wird. Wo wir im letzten Jahr zwei neue Hortgruppen bekommen haben, am Tabor, wenn der kommt. Das wird auch nicht gehen, daß man mit dem Personal auskommt, das wir jetzt haben. Weiters, das Pflegeheim Münichholz, da könnte ich mir auch vorstellen, daß wir Personal brauchen werden. Das ist in dieser Hochrechnung halt alles drinnen. Danke.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte mich für die Fürsorge der freiheitlichen Partei, was uns betrifft, bedanken. Ich muß sagen, daß wir die Fürsorge gerne annehmen, aber uns vor einen Karren spannen zu lassen, als Karrenpferd, dazu wollen wir nicht mißbraucht werden. Wir haben selbstverständlich, und das ist richtig, gegen dieses Budget gestimmt, weil wir der Meinung waren, daß die Zeichen nicht richtig waren, daß wir, und da gebe ich dem Kollegen Hoflehner Recht, sehr sparsam mit den Budgetmitteln umgehen müssen. Ich möchte ihn aber im Gegenzug fragen wo er momentan eine verschwenderische Ausgabe ortet? Man muß betrachten, was mit dem Geld geschieht und damit gemacht wird. Natürlich kann ich Geld einsparen, wenn ich mir überlegen, welche Leistungen vollbringe ich nicht mehr. Das ist Aufgabe einer Verwaltungsreform und auch einer Magistratsreform. Ich bin laufend informiert und ich muß dazu sagen, es scheint mir, daß sie sehr gut vorankommt. Eine Reform kann ja auch nicht aufgrund von Schätzungen basieren, hier muß man Erhebungen machen, hier müssen auch Kostenrechnungen gemacht werden, wie sie jetzt schon in der Stadtgärtnerei vorliegen, wie sie auch im Wirtschaftshof im heurigen Jahr schon gemacht wird, aufgrund dieser Auswertungen kann man dann Entscheidungen treffen. Ich hoffe, daß wir in der Zukunft noch Punkte finden, wo wir ein Einsparungspotenzial haben.

Bei dem Personalaufwand, der angesprochen wurde, eine effektive Erhöhung von 1,16 % , da muß ich sagen, ich wäre froh, wenn ich das in meiner Firma geschafft hätte. Ich habe es nicht geschafft. Das einmal ganz deutlich. Aus diesen Zahlen sieht man schon, daß hier eine tatsächliche Personalreduktion erfolgt ist. Zum momentanen Zeitpunkt noch ohne Einschränkung des Leistungsumfanges. Ich glaube, daß wir jetzt schön langsam, und da spreche ich auch aus meinem Fachbereich, aus dem Baubereich, mittlerweile auf einem Stand sind, daß wir die Leistungen bald nicht mehr, mit diesem Personalstand, aufrechterhalten können. D.h. wir müssen uns überlegen, was wir machen. Machen wir Leistungsreduzierung oder finden wir noch irgendwo Möglichkeiten, wo wir ein Einsparungspotenzial haben. Wenn du, lieber Klaus, eines hast und einen Punkt hast, freue ich mich, bringe ihn. Sag uns wo effektiv eine Möglichkeit ist oder wo Geld verschwendet wird. Nur Zahlen herauspicken und sagen, ihr seid nicht gut, das ist ein bißchen eine schwache Geschichte. Danke sehr.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Stadtrat Mayrhofer. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. In unserem Gemeinderat ist es schon sehr lustig. Wenn es uns wirklich schlecht geht, dann wird der Weltuntergang an die Wand geschrieben. Wenn wir Budget's machen, ich höre es noch in meinem Ohr schallen, dann ist von Schwindel- und Panikbudget die Rede gewesen, noch vor zwei, drei Jahren. Vor

zwei Jahren hatten wir noch ein Budget, daß das Ziel hatte, daß wir Ende 1996 770 Millionen Schilling Schulden haben werden. Ich erinnere daran. Die meisten sind dabei gesessen. Wir haben jetzt, im Rechnungsabschluß 1997, tatsächlich 711 Millionen Schilling Schulden ausgewiesen. Ihr habt damals geschrien, wir werden uns mit unserem Schuldenstand über die 800 Millionen Schilling hinaus entwickeln. Sie, Herr Dr. Pfeil, haben gesagt, und das kann mit Überschriften in unseren lokalen Zeitungen nachgewiesen werden, die Stadt ist pleite. Das war ihr Wort. Das wurde natürlich bereitwillig übernommen. Das gibt ja allerhand her. Die Stadt war natürlich nicht pleite. Als ich meine Lehrzeit in Sierning absolviert habe, Herr Dr. Pfeil, was die Gemeinderatstätigkeit anbelangt, das ist ja lange her, vor 30 Jahren, da hat eine Faustregel gegolten. Man kann nicht genau sagen ob diese Faustregel richtig ist. Auch bis heute hat niemand hier eine allgemein gültige Regel zu solchen Budgetentwicklungen aufgestellt. Aber damals hat die Faustregel schon gegolten, daß hier der Schuldenstand nicht höher sein soll, als ein Jahresbudget. Die Summe des Jahresbudgets. Also, wir sind da beträchtlich darunter. Besonders, meine Damen und Herren, wenn man es unter dem Aspekt betrachtet, daß wir aus einer Situation heraus, die ja bei Gott nicht rosig war, es ist ja nicht so, daß da Schlamperei geherrscht hätte und Unsinnigkeiten getan worden wären, in einem Zeitraum von 1982 bis 1989 7.000 Industriearbeitsplätze in Steyr verloren haben. Vor diesem Hintergrund, der damit verbunden war, daß die finanziellen Inputs, die Einnahmensituation der Stadt natürlich maßgeblich betroffen war, haben wir eine enorme Investitionsoffensive gestartet. Natürlich haben wir uns bemüht, zu neuen Ufern aufzubrechen und haben in allen Bereichen mit hieb- und stichfesten Projekten, die wir natürlich auch alle teilfinanzieren mußten. Mit der Teilfinanzierung, welche die Stadt dazu aufbringen mußte, haben wir erreicht, daß die übergordneten öffentlichen Hände, wie das Land und der Bund, bis hin zur EU, auch ihren Beitrag geleistet haben. Ich behaupte, daß noch niemals in der Geschichte der Stadt Steyr soviel Geld wie in den letzten sechs, acht Jahren vom Land, vom Bund, die EU hat es damals noch nicht gegeben, hier in die Stadt geflossen ist. Es waren unsere Projekte. Gute Projekte, die nicht von Sozialisten entwickelt, sondern, die von den besten Köpfen der Region entwickelt wurden. Die akzeptiert und auch gefördert wurden. Das hat dieser Stadt einen Input gebracht. Zusammen mit dem erfreulichen Umstand, daß die europäischen Unternehmungen, die in dieser wirtschaftlichen Zessur nach Steyr gegangen sind, massivste Investitionen getätigt haben. Investitionen, wie sie an keinem Platz in Österreich pro Kopf der Bevölkerung in dieser Höhe getätigt wurden. Das sind Umstände, die dazu beigetragen haben, daß wir in Steyr nach einer sehr, sehr kurzen Zeit, vergleichsweise mit anderen Städten und Regionen, sehr schnell zu neuen Ufern gekommen sind, daß sich unsere Stadt in einem massiven wirtschaftlichen Aufschwung befindet. Da können ein paar Jammerer noch so jammern. Wir brauchen uns nur die Fakten, Daten und Zahlen ansehen und nüchtern betrachten, was das ist. Es ist noch nicht genug. Wir werden also weiterwerken müssen. Wir haben auch die Ansätze dazu. Wir wissen was wir tun. Wir gehören nicht zu jenen, die nicht wissen, was sie tun. Also, das ist eine Entwicklung, die sich anhand dieser großen Projekte, von Fachhochschule über VPTÖ, über Bahnhofsüberbau, Nordspange, Kindergärten, über Altersheiminvestitionen im bestehenden Altersheim und bis hin zu Verkehrsbaumaßnahmen in allen Bereichen, bis hin zu einem ambitionierten Wohnbauprogramm, das allseits anerkannt wird, niemals sind in so kurzer Zeit soviele Wohnungen gebaut worden. Das alles hat dazu geführt, daß wir aus dieser Phase der Resignation, der Depression herausgekommen sind, daß die Leute auch wieder für die Zukunft Mut geschöpft haben. Auch privates Investment hat sich wieder in einem erfreulichen Ausmaß eingestellt. Eine fleißige, qualifizierte Bevölkerung hat uns geholfen, zusammen mit diesen Konzepten, aus diesem Tal sehr schnell herauszukommen. Wir erregen mit dieser Entwicklung auch internationales Aufsehen. Es kommen immer mehr um zu fragen, was wir denn getan haben. Wir sind bei internationalen Konferenzen eingeladen um über Maßnahmen in dieser Krisensituation zu berichten. Man will hören und vielleicht das eine oder andere auch von uns mitnehmen. So wie auch wir von anderen gelernt haben und lernen mußten. Vor dem Hintergrund sollte sich eigentlich der Gemeinderat freuen, wenn eine positive Entwicklung, nach einer Zeit von sehr schlechten Jahren, eingetreten ist. Es ist aber mitnichten der Fall. Es wird gemischt, was auch in Wahrheit nicht sehr objektiv ist. Es steht nämlich der Rechnungsabschluß 1997 zur Debatte. Es wird bunt durcheinander gemischt. Die einen reden vom Jahr 1998 und vom 1. oder 2. Quartal, von einem Aufwand der hier angeblich zutage tritt, es wird gleichzeitig vom Mittelfristkonzept gesprochen, welches wir noch nicht einmal beschlossen haben, daß es natürlich bis ins Jahr 2002 reicht. All diese Dinge werden durcheinander gewürfelt um den Rechnungsabschluß 1997 schlecht zu machen, der natürlich sehr gut ist. Sie zitieren diesen Übertragungsbeschluß als wäre er etwas Schlechtes. Er ist korrekt im Sinne der Verordnungen des Finanzministeriums, wie ein Budget und wie die einzelnen Budgetjahre zueinander, bei Projekten die übergreifend sind, hier zu gestalten sind. Wir haben also nicht von Einsparungen gesprochen sondern wir haben diese Beträge quasi rückgestellt, wie man das in jedem Unternehmen macht. Die Kameralistik verlangt eben die Vorsorge für die Ausfinanzierung dieser Projekte im nächsten Zeitraum und das wird geschehen. In der Zwischenzeit ist natürlich das Budget für dieses Jahr auch wirksam geworden. Die Vielzahl der Projekte bringt es natürlich mit sich, daß dort und da Überschneidungen zustande kommen. Aber fest steht, es ist mittlerweile von Herrn Pfeiffer herausgesucht worden, daß wir in Wirklichkeit Minderausgaben gehabt haben, nämlich um 47 Millionen, und daß 53 Millionen übertragen wurden. Also, es ist ausreichend vorgesorgt. Dabei ist die Geschichte mit der Eisbahn eh schon angesprochen worden. Lieber Roman, einen Rohrbruch können wir nicht budgetieren. Ich erinnere mich mindestens so lange zurück wie du, weil ich ähnlich alt bin, daher erinnere ich mich auch auf die Eisbahn. Das war ja wo ich gesagt habe: „Die „Blauen Jungs“ sind unsportlich!“ Ihr wart ja dagegen, daß diese Eisbahn gemacht wurde.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Die Überdachung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wären wir eurer Meinung gefolgt, gäbe es diese Eisbahn nicht. „Frage?“ würde Kollege Engelbert Lengauer sagen,

„wäre das gut, wäre das gut für Steyr?“

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, es wäre nicht gut für Steyr, wenn es diese überdachte Kunsteisbahn nicht gäbe. Wir haben sie dringend gebraucht. Mittlerweile haben auch anderen Städte, manche waren vor uns, andere haben gleichgezogen, eine überdachte Kunsteisbahn. Wir waren gut beraten sie zu machen. Ihr habt damals mit dem Argument operiert, ob es denn überhaupt dafür stünde ein Dach darüber zu machen, wo uns doch ohnehin passieren kann, daß vielleicht dieses Rohrgeflecht mit dem hier das Eis erzeugt wird, bei nächster Gelegenheit einmal kaputt wird. Als wenn ihr es fast herbeigesehnt hättet's. Wir waren eigentlich froh, daß wir zu den rund 15 Millionen Schilling, die die Überdachung gekostet hat, auch nicht noch zusätzlich die 6,5 Millionen für die Reparatur dieser Eismaschinerie aufgewendet haben. Sie hat ja doch noch drei Jahre gehalten. Den Rohrbruch werden wir nirgends budgetieren. Wir hoffen, daß es nicht passiert. Wir sind gerüstet, bereit und haben auch den finanziellen Spielraum, um den Rohrbruch zu reparieren. Das haben wir in Wahrheit dort gemacht, nämlich zusätzlich, obwohl er nicht im Budget war und dennoch ist dieser Überschuß entstanden.

Ich erinnere, daß auch im vergangenen Jahr etwas außertourlich dahergekommen ist, weil immer irgend etwas daherkommt. Da haben wir zusätzlich eine Brücke gemacht, die Schwarze Brücke, ich erinnere daran. Also, wir sind in der Lage Entwicklungen, die nicht vorhersehbar sind, zu beherrschen. Wir sind heute, gerade nach Vorlage dieses Rechnungsabschlusses, besser dazu in der Lage, unvorhergesehene Entwicklungen auch finanziell zu beherrschen. Das ist entscheidend. Darüber sollten wir uns freuen. Wie wir auf 50 Millionen Schilling mit unseren Rücklagen herunter waren, wo wir geglaubt haben, die sind auch weg, da war es schon sehr eng, da wären wir nicht in der Lage gewesen. Weil vom Stadtrat Eichhübl angetönt wurde, „fürchterlich, es hat bei der Budgetbeschlußfassung einen Abänderungsantrag gegeben, SPÖ und GAL gemeinsam,“ als wie wenn das etwas Böses wäre.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ganz im Gegenteil. Das war das Ergebnis von Verhandlungen. Von ganz korrekten Verhandlungen zwischen politischen Fraktionen und Vertretern dieser Fraktionen im Steyrer Gemeinderat, mit dem Ziel, ein Budget zustande zu bringen. Das braucht nämlich die Stadt. Ihr habt gesagt die Stadt ist pleite und ihr habt so getan, als ob wir kein Budget brauchen würden. Wir wollten ein Budget, wir fühlen uns verantwortlich und die GAL hat mit uns dieses Budget beschlossen. Die ÖVP hat damals noch, aus ihrer Sicht der Dinge heraus, eine etwas andere Position vertreten, demokratisch natürlich, auch zu akzeptieren. Mittlerweile zeigt es sich aber, daß hier konstruktiv an dieser Entwicklung mitgearbeitet wird. Ich, als Bürgermeister, der ich mich verantwortlich fühle ein ordentliches Budget für diese Stadt zu erstellen und es auch im Vollzug seriös zu gestalten, bin froh über eine Entwicklung, wenn Budgets mit einer großen Mehrheit hier zustande kommen. Wenn sie dann, wie im Jahr 1997, zu solchen Ergebnissen führen, dann sind wir eigentlich zu beglückwünschen und alle sollten damit zumindest zufrieden sein. Wir haben beim Personal eingespart, die Einnahmen sind gestiegen - aufgrund einer guten wirtschaftlichen Entwicklung -, wir haben beim Finanzmanagement eingespart, das war eine Eigenleistung, die auch hier mit zu dieser positiven Entwicklung beigetragen hat. Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen, es kommt ihnen immer so vor, wie wenn das Familienoberhaupt sagt, wir müssen sparen und dann bleibt etwas übrig, das ist doch eh logisch, so ist ja das alte Sprichwort ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... „Spare in der Not, dann hast du in der Zeit“.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich anders gemeint.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn wir jetzt einige Mittel zurücklegen, meine Damen und Herren, und ich sage immer noch sparen, fortgesetzt sparen, können wir uns jetzt ein bißchen mehr leisten, aber es kann auch wieder einmal anders kommen. Vor allen Dingen wird es wieder enger werden, auch wenn die Zeiten nicht schlechter werden, was ich hoffe. Aber wir haben uns große Dinge vorgenommen. Wir reden von einer neuen Dreifachturnhalle, von einer neuen Volksschule, von einem neuen Altersheim und beim 6-gruppigen Kindergarten haben wir schon begonnen. An allen Ecken und Enden häufen sich neue Wünsche der Bevölkerung, die wir realisieren sollen. Also ist es gut, wenn wir etwas auf der Kante haben. Dieser Rechnungsabschluß 1997 trägt dazu bei. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bitte sie dem Rechnungsabschluß ihre Zustimmung zu erteilen.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Rechnungsabschluß die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, ÖVP und GAL) Wer ist dagegen? (1 FPÖ - GR Stieglitz Siegfried). Wer übt Stimmenthaltung? (LiF und FPÖ). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren, betrifft die Vorwärts Steyr. Die Vorwärts Steyr ist so ein unvorhergesehener Fall von dem ich gerade gesprochen habe. Wir sind nicht hingegangen, weil wir den Ehrgeiz gehabt haben uns plötzlich ins Fußballgeschehen einzumischen. Wir sind auch nicht hingegangen um plötzlich eine Abteilung Nr. 9 - namens Vorwärts - zu gründen, weil wir uns einen Fußballverein halten wollen. Wir sind dort hingegangen, weil wir uns in einer Situation befinden, wo wir eigentlich aus zwei Gründen hingehen mußten.

Erster Grund: Es ist außerordentlich erfreulich, für jede Stadt, wenn ein Sportverein, der diese Breitenwirkung, diese Chance hat, in der höchsten österreichischen Spielklasse zu spielen, weil natürlich dieser Verein täglich oder wöchentlich in den Medien vorkommt, weil er den Namen unserer Stadt mittransportiert, positiv besetzt ist. Das unterstützt wiederum unsere Bemühungen die Stadt in einem guten Licht zu präsentieren. Natürlich auch unsere Bemühungen, die wir anderweitig, im Wirtschaftsbereich oder bei der Imagekampagne, mit viel Geld in der Hand, sozusagen uns auch wünschen und erreichen wollen.

Der zweite Grund: Wir haben in der Vergangenheit schon einmal der Vorwärts Steyr unter die Arme gegriffen, nämlich indem wir eine Haftung über 9 Millionen Schilling übernommen haben. Hätten wir uns also zurückgelehnt und hätten gesagt, eigentlich interessiert uns der Fußball nicht, und die haben sich halt in eine Situation hineinmanövriert, da können wir nichts tun und nichts dafür, dann wäre der Umstand eingetreten, daß die Vorwärts in die Regionalliga zurückversetzt worden wäre. Das hätte bedeutet, daß hier massive Einnahmemöglichkeiten, die aus der Bundesligazugehörigkeit resultieren, nicht vorhanden gewesen wären. Bei den Verbindlichkeiten, die der Verein hat, hätte das den sofortigen Konkurs bedeutet. Für uns hätte es bedeutet, daß 8,2 Millionen Schilling an ausständigen Darlehensbeträgen, für die wir haften, fällig geworden wären und wir hätten 8,2 Millionen Schilling berappen müssen. Das wollten wir nicht. Daher haben wir um 5 Minuten vor 12.00 Uhr, oder es war schon fast 12.00 Uhr, von unserer Seite her auch den Kontakt gesucht, den die Vorwärts auch suchen wollte, und haben im Kreise der Vorsitzenden, der Stadtsenatsfraktionen mit dem Präsidenten der Vorwärts ein Gespräch zur Lage gemacht. Wir haben uns am Ende dieses Gespräches entschieden, daß wir eingreifen wollen. Das ist auch in einer sehr aktiven, effektiven und wirksamen Weise geschehen, indem wir uns als Stadt Steyr hinter die Vorwärts gestellt haben und das auch dem Präsidenten der Bundesliga und den anderen Herren, die dort dabei waren, klar gemacht haben. Das hat auch dort seine Wirkung nicht verfehlt. Das freut mich eigentlich. Wir haben allerdings auch eine neuerliche Verpflichtung eingehen müssen, nämlich, daß wir eine Haftung für ein Budget, das bei der Bundesliga akzeptiert werden kann, eingegangen sind. Dies hat der Stadtsenat beschlossen. Ich glaube, daß dieser Beschluß richtig war. Ich war in jeder Phase dieses Geschehens, obwohl ich bei den Beratungen des Stadtsenates und bei denen, die in Wien stattgefunden haben nicht dabei war, informiert und habe auch alle diese Entwicklungen mitgestaltet. Ich trage sie auch mit, so wie alle anderen auch. Es ist also nicht so, daß irgendjemand wo hingehen soll und sagen soll - irgend ein politischer Funktionär aus der Sicht seiner Partei heraus - „Ich habe die Vorwärts gerettet!“ Ich glaube, daß wir gut beraten sind, daß wir als Stadt sagen, wir haben die Schwierigkeit erkannt und wir sind hingegangen um zu helfen. Es ist auch ein Kind von uns das sich nicht immer so verhalten hat, wie wir es gerne gehabt hätten. Es war natürlich, nachdem die Lizenz erteilt wurde, zu sorgen, daß die Geschäfte dort weitergehen, nachdem die Präsidenten demissioniert haben. Wir haben kurz entschlossen auch ein Krisenmanagement eingesetzt. Vertreter des dort sehr engagierten Baumeister Müllner und Vertreter der Stadt sind aufgerufen, aufgrund unserer Weisungen, dort ein Krisenmanagement auszuüben, bis zur Abhaltung einer Generalversammlung, wobei ein Zeitraum von ca. sechs Wochen programmiert ist. Bis zu diesem Zeitpunkt soll ein Wahlausschuß tätig werden und ein neuer Vorstand für die Vorwärts gewählt werden. In der Zwischenzeit wird es notwendig sein, daß die finanzielle Situation penibel untersucht und sehr genau aufgelistet wird, welche Verbindlichkeiten der Verein tatsächlich hat. Diese Aufstellung wird man mit den möglichen Einnahmen in Bezug setzen und weitere Schritte einleiten müssen. Das ist in etwa, aus meiner Sicht, die Situation. Es gibt hier im Umfeld viele Dinge und Gerüchte. Wir haben nicht vor, jedenfalls ist das meine Position, einen Fußballverein, sei es auch die Vorwärts, längerfristig zu managen. Unser Engagement ist bis zur Generalversammlung temporär. Ich hoffe, daß das so möglich ist. Dann wollen wir uns auf die Kontrollfunktion zurückziehen und die Fußballfunktionäre sollen wieder das Ruder in die Hand nehmen. Ziel ist, daß hier mittelfristig eine finanzielle Konsolidierung, bei gleichzeitigem Klassenerhalt, erreicht wird und wir letzten Endes weniger als 8,2 Millionen Schilling dort aufwenden wollen. Eines ist dazu noch zu sagen: Bis jetzt haben wir aus dem Titel von Haftungen keinen einzigen Schilling „Cash“ aufgewendet, sondern wir sind zwei verschiedene Haftungen eingegangen. Eine Haftung für ein Darlehen von 9 Millionen Schilling bei der Raika in Sierning, von denen bisher S 800.000,- von der Vorwärts zurückbezahlt wurden, die 2. Haftung, die jetzt zur Debatte und Beschlußfassung ansteht, von 6 Millionen Schilling, die sich allerdings nur auf die Spielsaison 1998/99 bezieht. Dann erlischt diese Haftung. In diesem Zusammenhang möchte ich ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen.

ÖAG-2/94 Abgabe einer Garantierklärung gegenüber dem SK Vorwärts Steyr und Annahme einer

Garantieerklärung des Herrn Herbert Müllner sowie der Herbert Müllner GesmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Abgabe einer Garantieerklärung im Betrag von S 6.000.000,-- (in Worten: Schilling sechsmillionen) gegenüber dem SK Vorwärts Steyr zur Sicherung des Spielbetriebes der Saison 1998/99 sowie der Annahme der gemeinsamen Garantieerklärung des Herbert Müllner und der Herbert Müllner GesmbH, beide 3910 Zwettl, Kremserstraße 50, im Betrag von S 3.000.000,-- (in Worten: Schilling dreimillionen) entsprechend den beiden in der Anlage beigeschlossenen Entwürfen wird zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 (StS 1992) der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich bitte sie diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Aus zwei Gründen habe ich mich besonders für den Weiterverbleib vom SK Vorwärts in der obersten Bundesliga, in der 1. Division, eingesetzt. Erstens einmal als Vertreter der Bürger, die 8,2 Millionen Schilling draußen haben und der 2. Grund ist, daß ein Fußballklub in einer Bundesliga ein enormer positiver Imageträger für die Stadt Steyr und für die Region ist. Professor Karmasin hat das auch vor einigen Jahren erwähnt wie Steyr in Vorarlberg identifiziert wird. Da ist neben den Steyrer-Werken und den BMW immer wieder der Name Vorwärts Fußballklub genannt worden. Er hat das auch ausdrücklich betont, daß das ein positives Image ist. Also, wir sparen uns sehr viel Werbeausgaben, wenn wir die wöchentlichen und täglichen Sportberichte eines Bundesligaverains in der Stadt, in der Region haben. Zusätzlich kommt, ähnlich wie im kulturellen Bereich, über die Umwegsrentabilität mehr als 1:1 Schilling pro ausgegebenen Schilling herein. D.h., es ist durchaus, auch von der wirtschaftlichen Seite her, sehr interessant einen Bundesligaverain zu führen. Ich bin absolut auch der Meinung, daß es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, im operativen Bereich eines Fußballvereines tätig zu werden. Aber hier war Gefahr im Verzug und eine gewisse Hilfestellung seitens der Stadt ist notwendig gewesen. Mir persönlich wäre es lieber gewesen, wenn sich die Stadt überhaupt nicht, also in Form eines Kurators - wie wir es genannt haben - engagiert hätte, sondern, daß ein externer Wirtschaftsfachmann diese Dinge, beauftragt durch die Stadt, ins Lot bringt und sich nach der Generalversammlung zurückzieht. Ich kann aber auch mit dieser Lösung gut leben. Es ist von meiner Seite her die zweitbeste Lösung. Wichtig ist, daß es passiert ist. Ich möchte mich auch an dieser Stelle für die Zusammenarbeit, die auch hier, besonders von Herrn Mag. Lemmerer und Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann, bestens funktioniert hat und die auch mit persönlichem Einsatz am Gelingen beigetragen haben, bedanken. Eines ist hier schon sehr bemerkenswert, daß Aussagen, die man von gewissen Herrschaften bekommt oder auch schriftlich vorgelegt bekommt, einfach nicht stimmen. Wir haben das im nachhinein erfahren, aus dem Jahre 1995, wie wir das 1. Mal für einen Kredit gebürgt haben. Ich habe heute noch diese sogenannten verbindlichen Erklärungen, wem was gehört und, daß keine Außenstände da sind. Alles unterschrieben, alles abgefertigt. Nur, es sind lauter unverbindliche Erklärungen. Sie stimmen leider alle zum Großteil nicht. Die Sitzungen, die wir da in diesen zehn Tagen gehabt haben, waren so ziemlich die interessantesten Sitzungen, die ich je in meinem Leben erlebt habe, vergleiche ich nur mit der Generalversammlung des Tierschutzvereines, wo es ähnlich zugegangen ist. Das zeigt aber schon, daß hier das professionelle Management in der Führung eines Bundesligaklubs fehlt. Ich hoffe, daß es innerhalb von sechs Wochen möglich sein wird, daß ein neuer Boden gelegt wird, daß mit der Generalversammlung ein Präsident herauskommt, der einen sanierten Bundesligaklub übernimmt, zu dem wir auch als Stadt eine gute Beziehung und ein gutes Einvernehmen haben, und, daß eine begleitende Kontrolle, seitens der Stadt, stattfinden kann. Dann bin ich um den Fußballklub auch nicht bang. Dann bin ich auch nicht um die Haftung, insbesondere um die Haftung für den aushaftenden Kredit von 8,2 Millionen Schilling, bang. Ich danke und ich ersuche auch den Antrag in dieser Form zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht noch das Wort? Gemeinderat Stieglitz. Bitte sehr.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. In meiner letzten Rede über Vorwärts Steyr habe ich die Situation schon auf uns zukommen gesehen. Ich möchte mich bei der Stadt bedanken, daß sie am Vorwärtsstadion Verantwortung übernommen hat. Zum Amtsbericht vom 3. Juni möchte ich noch folgendes anmerken. Es sind gewisse Punkte angeführt, die nicht richtig interpretiert sind. Ich weiß von was ich spreche, weil ich lange im Fußballgeschäft tätig war. Ich bitte sie, daß sie meinen Ausführungen Folge leisten. Z.B. bei den Einnahmen: Hallenturniere S 600.000,-- . Ein Klub wie Vorwärts Steyr wird nicht S 600.000,-- in der derzeitigen Situation - und auch wie es in der max.bundesliga ist - an Einnahmen lukrieren können, das ist nicht realistisch. Der nächste Punkt ist ein ganz wichtiger Punkt. Pächterlös Kantine: S 100.000,--, Kantinenerlös S 750.000,--. Das sind sozusagen S 850.000,--, wobei ich schriftliche Unterlagen haben, daß der Vorstand von Vorwärts Steyr diese Pachteinahmen schon für die nächsten fünf Jahre bekommen hat. Also, die können wir herausstreichen. Da haben wir dann bei den Einnahmen schon ein Loch von 850.000,-- Schilling. Die S

600.000,-- bei den Hallenturnieren werden wir auch nicht erwirtschaften. Bandenwerbung: Die Werberechte wurden an die Firma Rappl in Wien vergeben. Da gehört sicherlich noch abgeklärt, ob die nicht auch Vorauszahlungen gemacht haben. Also, diese kalkulierten Einnahmen entsprechen nicht den Tatsachen. Ich möchte nur der Stadt helfen, damit wir alle wissen, was da auf uns zukommt, daß wir den Karren rausmanövrieren können.

Bei den Ausgaben: Eine max.bundesliga kann man nicht mit Materialaufwand von S 600.000,-- und betrieblichen Aufwand von S 1,035.000,--, das sind 1,7 Millionen, bestreiten. Da kann man in keiner Bundesliga den Betrieb bestreiten, das geht nicht. Personalkosten: Ich habe mir die Gehaltslisten angesehen. Da werden zum Teil Summen für Spieler bezahlt die gar nicht spielen. Ein Fixum von 17.500,-- Schilling. Also, da gehört dringend ein Management her, das sich mit diesen Kosten auseinandersetzt. Das nächste sind die rückständigen Spielergehälter. Der ehemaligen Trainer hat z.B. noch sehr viel Geld zu bekommen. Da kommen wir mit der Summe gar nicht aus. Ein weiterer Punkt, und das ist ein ganz schwieriger Punkt, sind die Forderungen der Fa. Werner Ungerhofer. Im Amtsbericht steht: „Die Bedeckung dieser Garantie ist, für den Fall, daß die Stadt tatsächlich zur Zahlung veranlaßt wird, durch den sich ergebenden Überschuß, weiters durch die Tatsache, daß die möglichen stillen Reserven bisher in der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung keine Berücksichtigung fanden und auch dadurch, daß die Forderungen der Firma Ungerhofer zwar in voller Klagshöhe - ich wiederhole, in voller Klagshöhe - von S 2.000.000,-- in die Kostenrechnung aufgenommen wurde, tatsächlich jedoch, während der Laufzeit der kommenden Spielsaison, nur ein Betrag von S 500.000,-- nach den vertraglichen Verpflichtungen des SK Vorwärts fällig sein wird, gegeben.“

Das stimmt nicht. Ich war heute bei Herrn Ungerhofer in Linz und habe mir ein Dossier von ihm kopieren lassen, wo der ganze Sachverhalt dargestellt ist. Die volle Klagshöhe wird hier mit S 2.000.000,-- angeführt, wobei nur S 500.000,- - zu bezahlen sind. Der Amtsbericht ist vom 3. Juni, ich möchte jedoch erwähnen, daß mit 5. Juni, zwei Tage später, eine Klage, nicht von S 2.000.000,-- sondern von 5,6 Millionen Schilling, eingebracht wurde. Dieser Betrag kommt auf die Stadt und auf Vorwärts Steyr zu, die dann irgendwo bezahlt werden müssen. Das ist schon ein riesengroßer Unterschied. Des weiteren möchte ich dann mit Herrn Steindl fortfahren. Der soll auch noch S 300.000,-- vom Verein bekommen. Es hat geheißt, er hat es schon bekommen. Bis gestern hat er es noch nicht bekommen. Dann gibt es noch einen weiteren Steyrer der einen Wechsel von S 700.000,-- in der Hand hat. Ich möchte eines sagen: Diese Kalkulation, die da drinnen ist, muß korrigiert werden, das paßt so nicht. Ich möchte uns alle warnen, daß wir jetzt alle einmal einen reinen Tisch machen können. Wir müssen wissen was da oben wirklich los ist. Wo geben wir das ganze Geld rein? Alleine von der Kalkulation, die ich angestellt habe, haben wir eine Differenz. Wir machen keinen Gewinn sondern wir machen schon in diesem Jahr ein Minus von S 3.112.000,--.

Jetzt kommen wir zu den stillen Reserven, die angeführt sind. Stille Reserven - alles gut und schön. Firma Top Secret, die gibt es schon gar nicht mehr, die ist in Konkurs. Alles heute Aussagen von Herrn Ungerhofer, die er mir belegen konnte.

Also ich möchte noch einmal erwähnen, daß wir uns über diese Einnahmen- und Ausgabenkalkulation noch einmal Gedanken machen müssen. Das Management muß sich Gedanken machen. Herr Bürgermeister das ist so.

Vorwärts Steyr ist ein Steyrer Klub und ist unser Klub. Jetzt kommt der Herr Müllner und gibt eine Garantieerklärung von 3 Millionen Schilling ab. Ich nehme an, nicht ein jeder kennt den Herrn Müllner. Herr Müllner wird im Amtsbericht als Mäzen bezeichnet. Er selbst aber bezeichnet sich nicht als Mäzen. Er sagt immer ich bin kein Mäzen, ich bin kein Sponsor, ich bin Geschäftsmann. Er möchte das optimale für sich herausholen. Ich hoffe auch für Vorwärts Steyr. Der Herr Müllner wird natürlich jetzt da oben eine Garantieerklärung abgeben, wo er 3 Millionen Schilling garantiert. Er wird versuchen seine Leute oben zu installieren. Das sieht man ja schon, daß er einen sportlichen Manager, den Polster, vorher bestimmt. Man sieht einfach schon, daß er seine Leute da oben installieren möchte um, ich sage es ganz deutlich heraus, seine 200 Auslaufmodelle, die er als Fußballer hat, im Vorwärtsstadion spielen zu sehen. Dies hat er schon bei der Vienna, bei Zwettl und bei St. Pölten praktiziert. Jetzt macht er es bei uns. Ich hoffe, er macht es bei uns jetzt besser, daß er uns wirklich hilft.

Ich möchte noch einmal erwähnen, daß der Mäzen Müllner sagt, ich bin kein Mäzen, ich bin kein Sponsor, ich bin ein Geschäftsmann. Der möchte etwas für sein Geld. Was möchte er? Transferrechte. In der Presse hat er gesagt: „Die Spieler von Vorwärts Steyr gehören alle mir.“ Fußballer sind Kapital - Transferrechte sind Kapital. Das ist auch etwas was bei einer seriösen Ausgaben-Einnahmen-Rechnung angeführt gehört. Das Kapital, wem gehört das? Die Spieler, wem gehören die? Das ist nicht angeführt. Der Müllner sagt, daß die Transferrechte ihm gehören. Der Herr Ungerhofer sagt, stimmt nicht, diverse Spieler gehören mir. Diesbezüglich hat Herr Ungerhofer ein Schreiben, datiert mit 15. Juni, an den Bürgermeister Leithenmayr geschrieben, wo er ausdrücklich darauf aufmerksam macht, daß Pavlik Nikitscha, Irrendorfer Karl und Woldeab, ihm gehören. Das gehört alles berücksichtigt, Herr Bürgermeister! Dieses Schreiben ist am 16. an sie gegangen. Ich bitte, daß man das wirklich in die Kalkulation miteinbezieht. Dieses Schreiben wurde von Herrn Ungerhofer auch an den ÖFB weitergegeben. Ich möchte noch auf die S 500.000,-- eingehen, die im laufendem Jahr noch an Herrn Ungerhofer zu bezahlen sind. Das stimmt nicht. Der Vorstand von Vorwärts Steyr hat zwar einen Vergleich mit Herrn Ungerhofer abgeschlossen aber, nachdem die ersten zwei Raten, die 1. Rate hätte im Februar und die 2. Rate im Mai bezahlt werden müssen, noch nicht bezahlt wurden, kommt natürlich auf uns die ganze Lawine von 5,6 Millionen zu. Das gehört im Amtsbericht unbedingt korrigiert. Es sind keine 500.000,-- Schilling sondern 5,6 Millionen. Ich möchte auch noch erwähnen, daß Herr Ungerhofer am Montag mit Herrn Dr. Schmolz einen Termin hat

und mir jetzt schon ausrichten läßt, daß er bereit ist, einen Vergleich mit dem Verein, über die Stadt Steyr inszeniert, zu machen. Er will aber 4 Millionen Schilling haben. Er möchte 4 Millionen Schilling haben, dann ist die Geschichte vergessen - und das bis zur nächsten Verhandlung.

Dann ist hier noch angeführt, daß die Präsidenten zurückgetreten sind. Letzte Woche war der Herr Dittrich noch beim Herrn Ungerhofer und hat für Vorwärts Steyr wieder verhandelt. Herr Ungerhofer hat ihn gefragt: „Wer sind sie? In welcher Funktion sind sie hier?“ Herr Dittrich antwortete: „Ich bin der Präsident, ich bin nicht zurückgetreten!“ Also das ist ein wichtiger Punkt. Ist das Präsidium jetzt zurückgetreten oder nicht? Ist dieses Präsidium, welches uns diesen Schlamassel eingebrockt hat, jetzt noch handlungsberechtigt oder nicht? Ja, wie gesagt, die Situation ist sehr schwer und die Verantwortung muß auch die Stadt übernehmen, Herr Bürgermeister. Da haben wir ein riesengroßes Problem. Wenn wir das nicht lösen, haben wir eine Katastrophe am Vorwärtsplatz. Da sind dann auch sie dafür verantwortlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin ja nicht Präsident, Herr Kollege. Das kann ich ausschließen, daß ich Präsident werde.

Gelächter

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Alles klar. Aber wir investieren in einen Klub, wir helfen einen Klub. Ich glaube, wenn die Stadt schon so kräftig unterstützt, dann sollten auch die Rahmenbedingungen zuerst geprüft werden, ob da oben das ganze Konzept auch paßt. Man muß auch den jetzigen Sanierern, die sie installiert haben, die Möglichkeit geben, daß sie auch die ganze Wahrheit wissen.

Von diesen Geschichten weiß noch niemand etwas. Des weiteren möchte ich noch sagen - Dr. Lemmerer in ehren, ein guter Wirtschaftler - ich kann mir aber nicht vorstellen, daß er ein Fachmann betreffend Spielereinkauf ist. Was kostet ein Spieler?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das macht er ja nicht, Herr Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Das macht er nicht? Das ist aber jetzt zu machen. Jetzt ist Transferzeit. Am 29. Juli geht die Saison an und wenn er es jetzt, oder wenn das jetzt niemand macht, dann stehen wir mit einer Diskontruppe am Platz oben und steigen wieder ab. Dann haben wir in etwa 14 Millionen Schilling in den Klub investiert und steigen wieder ab.

D.h., es gehört am Vorwärtsplatz ein Mann hinauf ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Oder eine Frau!

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

... - oder eine Frau, gerne -. Es gehört ein Fachmann oder eine Fachfrau hinauf, die von der Wirtschaft und vom Fußball einen Ahnung haben. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Das jetzige Präsidium, welches uns in diese Situation hineinmanövriert hat, gehört wirklich von höchster Stelle der Stadt ersucht, daß sie endlich einmal Ruhe geben, weil die neuen Kuratoren haben wirklich keine Möglichkeit wenn die alten Präsidenten noch herumwerken und die Türen zuwerfen. Solange diese Herrschaften dort oben sind, werden sich auch keine Sponsoren finden. dh. es gehört endlich einmal ein klarer, reiner Tisch gemacht, es gehört ein Fachmann hinauf der sich beim Fußball und in der Wirtschaft auskennt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Kollegin Koppensteiner.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich bin, Gott sei Dank, keine Fußballexpertin und auch keine Wirtschaftsexpertin, folglich geht die Präsidentschaft bei Vorwärts an mir vorbei.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Aber, nachdem ich den Herrn Vizebürgermeister Pfeil, er ist leider jetzt nicht hier, als den sich selbst apostrophierten Retter von Vorwärts gehört habe, war für mich klar, dem mußst du zustimmen. Jetzt höre ich Herrn Stieglitz zu, höre mir das an, ihn als Finanzexperten - jetzt stehe ich zwischen zwei Experten. So wie es uns oft im Leben passiert. Wer hilft mir jetzt aus dieser Affäre, aus dieser Situation heraus?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Der Bürgermeister?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Nein, vielleicht der Parteiobmann der FPÖ, damit wir einen dritten Unabhängigen haben.

Gelächter

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Parteiobmann hat sich schon gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrte Frau Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Payrleithner, persönlich kein Fußballfan und in Zeiten wie diesen daher auch nicht rotgerändert, nächtelang vor dem Fernsehapparat sitzend. Wenn man kein Fußballfan ist, sieht man vielleicht die Dinge etwas nüchterner und vielleicht auch so, wie sie tatsächlich sind. Ich würde mich sonst wahrscheinlich, ähnlich wie die Frau Koppensteiner, auch nicht mehr auskennen. Tatsache ist, daß wir für rund 9 Millionen Schilling vor Jahren die Bürgerschaft übernommen haben. Es hat heute sehr viele Gründe dafür gegeben, warum wir uns abermals, trotz all dieser widrigen Umstände, die auch ich persönlich aus dem Prüfungsausschuß kenne, aufgerungen haben, der Vorwärts unter die Arme zu greifen. Der Bürgermeister hat einige sehr gute und verständliche Argumente, ebenso wie der Fraktionsobmann Dr. Pfeil, heute erwähnt. Wenn wir es nicht machen, was passiert denn dann? Es werden auf alle Fälle diese 9 Millionen fällig. Ich habe auch meine Skepsis, aus den erwähnten Gründen, weil ich dem Ganzen nicht so nahe stehe und ich mache das nur mit ganz viel Bauchweh. Wenn wir es nicht machen verliert die Stadt unter dem Strich sehr viel. Einer der Gründe, warum wir auch dafür sein sollten, und warum auch ich dafür bin, diese Haftung zu unterstützen, ist auch der, daß das 1. Mal der Versuch gemacht wird, nicht nur der Versuch sondern tatsächlich Einschnitte gemacht werden, indem auch personelle Änderungen nicht nur gefordert sondern auch konsequent durchgesetzt werden, und damit die Hoffnung wieder steigt, daß sich wirklich in Zukunft etwas ändert, mit einem neuen Management, mit einem neuen Präsidenten und auch einer gewählten und tatsächlich abgehaltenen Generalversammlung. Ich weiß nicht, ob das heute auch schon gesagt wurde, daß jahrelang, entgegen dem Vereinsgesetz, nicht einmal Versammlungen abgehalten wurden, daß man uns jahrelang an der Nase herumgeführt und leider in vielen Dingen angelogen hat. Ich weiß das aus dem Prüfungsausschuß und von den zuständigen Beamten, die dort dabei waren, aber auch nicht immer die richtigen, und für uns wichtigen, Informationen erhalten haben, daß man dort eine Schuhschachtel-Kassaführung u.ä. betrieben hat. Abenteuerliche, fürchterliche Zustände. In jedem anderen kleinen Verein, der vielleicht mit einem ganz anderen Budget auskommen muß, wären solche Dinge vollkommen unverständlich. Ich würde daher, um das vielleicht abzuschließen, alle auffordern, dem Verein Vorwärts und damit auch der Stadt, aus vielen heute bereits erwähnten Gründen, noch einmal eine Chance zu geben. Ich glaube, es verdient es nicht nur die Vorwärts sondern auch die Stadt. Mit einem wichtigen Werbeträger, wo über die Umwegsrentabilität viel über das Fernsehen usw. für uns wieder hereinkommt. Ich hoffe damit etwas zur Aufklärung beigetragen zu haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hauser. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Für mich ist ein Faktum, da brauche ich mich nicht mehr überzeugen oder einstimmen lassen, daß ich glaube, daß es gut, richtig und klug ist, die Vorwärts hier zu unterstützen, weil ich glaube, daß hier ein Verein kaputtgehen würde bzw. die Spieler auch draufzahlen, da halt, ich sage es einmal unter Anführungszeichen, ein paar „Strolche“ an der Führung sitzen, die hier alles - mehr oder weniger - nach unten führen und dann alle anderen draufzahlen. Das wäre nicht im Sinne aller. Vor allen Dingen auch nicht im Sinne der Stadt. Schließlich und endlich möchte ich aber auf ein paar Bemerkungen von dir, Siegfried, aufmerksam machen, weil du gesagt hast, du bis so ein guter Geschäftsmann. Ich denke mir, dann solltest du auch alles lesen, was hier drinnen steht. Dann müßte man auch davon ausgehen, daß das die Informationen sind, die sie von dem Verein bekommen haben. Daher kann halt auch nur dieses aufgelistet sein, was hier im Verein drinnen ist. Dann müßte man unter anderem auch sehen, daß wir in der 2. Bundesliga oder Nationalliga - wie immer man das nennen will - bis jetzt schon ca. 2.000 Zuschauer hatten, und wir davon ausgehen können, daß sich das vermehrt. Wenn wir uns an die letzten Saisonen erinnern, wo die Vorwärts in der 1. Bundesliga war, war es nicht selten, daß sie mehr als 7.000 Zuschauer hatten. Daher kann auch hier von einer eklatanten Einnahmenssteigerung die Rede sein, die man hier einkalkulieren müßte. Viele andere Dinge hier sind auch so zu bewerten, daß sie eher tiefgestapelt bei den Einnahmen, Ausgaben, da gebe ich durchaus Recht, daß da vielleicht der eine oder andere Hund begraben sein könnte, oder wie Dr. Gottlieb-Zimmermann es zu sagen pflegt - wieviele Leichen im Keller sind nur wissen wir noch nicht, wieviele Keller es gibt - bewertet wurden. Daher muß man auch das eine sagen, daß letztendlich noch das eine oder andere auf uns zukommen wird. Nur, wen meine ich mit uns? Ich weiß nicht, ob es da nur alleine die Stadt trifft bzw. wie es hier mit

den Verbindlichkeiten sein wird. Eines muß man auch klar sagen - jeder, der bis jetzt nicht begriffen hat, daß Alois Radspäck und Leo Dittrich nicht mehr Verhandlungsführer bzw. Verantwortliche sein können, weil das schon jede Presse und alle Gazetten veröffentlicht haben und letztendlich, soweit ich informiert bin, durch die Stadt auch schon die Schlösser im Sekretariat ausgewechselt wurden und keine Handlungsmöglichkeiten mehr für viele Leute vorhanden sind, denke ich mir ganz einfach, daß man halt das diesen sogenannten Sponsoren auch sagen muß, wenn sie das nicht begriffen haben, dann nähern sie sich bei mir an der Grenzdebität. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben uns hier in den Vorgesprächen, und wie wir uns mit dem Thema Vorwärts beschäftigt haben, vor Augen geführt, welches Risiko und welche Chance gehen wir ein. Ich glaube, hier ist für uns herausgekommen, daß die Chance, wenn wir der Vorwärts beistehen, wesentlich größer ist, als das Risiko. Natürlich können wir das Risiko nicht komplett ausschalten oder beiseite schieben. Wenn es kein Risiko gäbe bräuchten wir keine Haftung seitens der Stadt übernehmen. So ist doch eine große Chance gegeben, daß mit allen begleitenden Maßnahmen, die hier auch in den Vorgesprächen stattgefunden haben, eine Basis geschaffen werden kann - vor allem eine finanzielle Basis - damit die Vorwärts auch langfristig geführt werden kann und, daß vor allem die Chance gegeben ist, daß sie in der Bundesliga, wenn die sportlichen Leistungen passen und ich glaube, daß hier die Chancen gegeben sind, in der Zukunft spielen kann, was uns auch als Steyrer und Verantwortliche der Stadt, wie es auch schon der Bürgermeister erläutert hat, bewegt hat. Zu ihnen Herr Kollege Stieglitz möchte ich schon sagen: Sie haben zwar viele Dinge angeführt und infrage gestellt, wenn das der Kollege Payrleithner getan hätte, als Gegenposition vom Herrn Pfeil, dann hätte ich es verstanden. So aber verstehe ich es natürlich nicht wie sie dazukommen. Wenn man ihnen folgen würde, müßten wir sagen wir tun es nicht. Sie haben nämlich keine Alternative angeboten. Sie haben nur alles infrage gestellt, Dinge hineininterpretiert, die uns als Stadt nicht bewegen und für die wir auch als Stadt nicht zuständig gemacht werden können, weil ich auch glaube, wie es schon erwähnt wurde, daß wir eine zu starke Umklammerung der Vorwärts nicht wünschen. Wir wünschen, daß der Verein existiert, daß hier Bundesliganiveau erhalten bleibt. Wir wollen kein eigenes Bundesligaressort in der Stadtgemeinde gründen. Der Verein, und hier sind auch die Maßnahmen gesetzt worden, wurde auf neue Füße gestellt. Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn wir uns jetzt herstellen und Personen ankreiden. Ich glaube, es haben sich viele bemüht, aber es ist halt so manches entglitten. Die Gefahr ist natürlich immer wieder gegeben. Es sind in der Vergangenheit auch viele Leistungen erbracht worden. Ich glaube, daß hier wirklich die Chance gegeben ist, mit Gründung eines neuen Vorstandes, wo auch eine zeitliche Vorgabe gegeben wurde, daß der Verein auf neue Füße gestellt wird. Es wäre - vielleicht haben sie zuwenig mit ihrem Fraktionsvorsitzenden kommuniziert - keine Zeit mehr gewesen, viele Dinge, die im Laufe der nächsten Wochen von den Vereinsverantwortlichen noch diskutiert werden müssen, alles einer Klärung zuzuführen. Es ist vom Bürgermeister schon gesagt worden, daß es nicht 5 Minuten vor 12 sondern 5 Sekunden vor 12 war. Wenn wir hier als Stadt nicht sofort reagiert hätten, dann wäre der Zug abgefahren gewesen. Aus diesem Grund heraus haben wir alle gemeinsam, nicht einzelne die als Retter und spitzschießend am Vorwärtsplatz herumgehen, ...

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

... im Interesse der Steyrer Fußballfans, diese Haftung übernommen. Wenn es anders gewesen wäre, hätte vielleicht mit einem Haus in Salzburg oder Wien für die Vorwärts gehaftet werden müssen. Ich glaube, wir sollten das nicht zu parteipolitisch diskutieren wer der gewesen ist, sondern wir, die Verantwortlichen der Stadt, haben hier das gemacht. Ich möchte auch nicht hören, Herr Kollege Stieglitz, in Zukunft, wenn das Risiko, das wir eingehen möglicherweise doch überhand nimmt, daß die Lösung des Problems nicht so einfach ist wie wir es uns wünschen, weil sie haben gesagt, daß dann der Bürgermeister die Schuld hat. Ich glaube, wir haben hier die Entscheidung getroffen. Der Bürgermeister hat es selber gesagt, daß er nicht der Präsident der Vorwärts werden wird. Dort werden Vereinsfunktionäre das übernehmen müssen. Ich glaube, daß wir uns heute nicht schon ein Türchen aufmachen sollten, damit wir dann sagen können, ich habe es eh am 18. Juni bei der Gemeinderatssitzung schon gesagt, daß das Risiko zu groß ist. Das wäre eine unfaire Vorgangsweise. Wir sollten das, was wir heute entscheiden, gemeinsam tragen, mit dem Wissen, daß natürlich ein gewisses Risiko nicht zu vermeiden ist.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung. Frau Gemeinderätin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Mir kommt diese Geschichte ein bißchen wie eine unendliche Geschichte vor. Was heute noch nicht zur Sprache gekommen ist, ist das Faktum, daß wir eigentlich nicht vor einer neuen Situation stehen sondern wir haben etwas von unseren Vorgängern geerbt. Wir haben etwas geerbt, was einem nicht mit Freude erfüllt, nämlich eine Bürgschaftserklärung über 9 Millionen Schilling. Einige herinnen waren damals zugegen, der Großteil nicht, weil er neu im Gemeinderat ist.

Solche Erbschaften sind nicht besonders erfreulich. Ich glaube, da werden sie mir Recht geben. Auch wenn heute gekommen ist, es war 5 Minuten vor 12 oder schon 5 nach 12, wir haben nicht früher reagieren können. Na ja, dann darf ich sie bitte daran erinnern, daß ja die Causa nicht neu ist, sondern wir sind vor drei Jahren diesen Bürgerschaftsvertrag über diese 9 Millionen eingegangen. In diesen drei Jahren ist eigentlich sehr viel seitens der Vorwärts, aber halt sehr wenig seitens der Stadt passiert. Man hätte sich all diese Unterlagen, um die es hier geht, viel früher zu Gemüte führen sollen oder dem nachgehen. Soviel dazu.

Was jetzt die neue Lage mit dieser weiteren Haftungserklärung über weitere 6 Millionen anbelangt, so war das liberale Forum und auch die GAL bei dieser schon fast legendären Stadtsenatssitzung, wo es eben um diese Haftungserklärung gegangen ist, eingeladen. Ich habe damals gesagt, ich bin ja nicht stimmberechtigt aber ich habe meine Vorbehalte geäußert. Ich habe auch artikuliert, daß ich meine Zustimmung oder Ablehnung im Gemeinderat von einer weiteren Prüfung der Aktenlage abhängig machen werden. Ich habe das jetzt auch getan. Ich habe mich sehr intensiv mit Vorwärts beschäftigt. Ich habe mir sehr viele von diesen Prüfberichten, den alten Protokollen usw. angesehen. Ich muß sagen, es war nicht erfreulich, was ich gesehen habe. Ich könnte ihnen jetzt 2, 3 Stunden darüber berichten, um zu ihrer Entscheidungsfindung beizutragen. Ich werde es nicht tun. Aus einem ganz einfachen Grund - ich will der Stadt nicht schaden. Ich will auch Vorwärts nicht schaden, weil ich der Auffassung bin, daß jetzt, ich habe schon die Hoffnung, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat, mit dieser interimistischen Führung durch den Herrn Mag. Lemmerer, einem Anwalt sowie den Bohensky doch eine gewisse Chance besteht, daß sich das alles bessert, und das möchte ich nicht behindern. Aus diesem Grund werde ich also auf die Details meiner Recherchen nicht eingehen. Nur soviel. Mich erinnert das schon ein bißchen an diesen alten Witz von einem Physiker, einem Chemiker und einem Steyrer Politiker, die nach einem Schiffbruch auf eine einsame Insel geschwemmt werden. Eines Tages schwemmt es eine Konservendose hinzu. Jetzt ist es die große Frage vom Physiker, vom Chemiker und vom Steyrer Politiker - wie machen wir denn die Dose auf? Da sagt der Physiker: „Na ja es ist ganz einfach. Wir suchen uns einen Stein und klopfen ganz lange darauf und die Dose geht auf.“ Da sagt der Chemiker: „Ich habe eine viel bessere Idee. Wir stellen die Dose ins Meerwasser und das Salz wird mit der Zeit seine Wirkung tun - Erosion - Dose geht auf.“ Dann sagt der Steyrer Politiker: „Ach, ihr habt ja alle nur blöde Ideen. Wir nehmen einfach an, wir hätten einen Dosenöffner.“ So kommt mir das vor. Wir nehmen einfach an, daß die Haftung nicht schlagend wird. Wir nehmen an, daß sich ein tolles Management finden wird. Wir nehmen an, daß die finanziellen Sponsoren zuhauf vor der Tür stehen. Wir nehmen an, daß die Einnahmen ohnedies viel höher sein werden, als in dieser Liste und wir hoffen, daß die Ausgaben geringer sein werden. So wie im Toto und Lotto. Alles ist möglich, aber nix ist fix. Ich habe mir auch ein paar Fragen gestellt. Es sind nicht die Fragen eines lesenden Arbeiters nach Brecht, aber die Fragen eines schon nachdenklichen Politikers. Die eine ist: „Ist es Aufgabe einer Stadt Steuergelder zu verpfänden? Soll eine Stadt Bürgerschaften für Profisportvereine eingehen? Ist es fair und gerecht, daß fast alle Sportgelder in einen Verein gesteckt werden und die anderen quasi mit einem Butterbrot abgespeist werden?“ Das sind drei Fragen und für mich drei deutliche „nein“. Hat die Stadt Steyr vor dem Eingehen der ersten Bürgerschaft im März 1995 den Finanzstatus überprüft?

Hat die Stadt Steyr aus der Verantwortung für die Bürgerschaftsübernahme heraus alles getan um eine solide finanzielle Entwicklung zu gewährleisten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Hat sich der Vertragspartner SK Vorwärts an die vertraglichen Vereinbarungen aus dem März 1995 in allen Punkten gehalten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Drei weitere Fragen, drei deutliche „nein“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nicht drei, ein „nein“.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Können wir mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Haftung über 6 Millionen nicht schlagend wird? Immerhin sind diese 6 Millionen, wie sie im Amtsbericht sehen, unter Einnahmen bereits eingetragen. Das ist für mich auch ein bißchen ein Unterschied zu der Bürgerschaft damals, für diesen 9 Millionenkredit, weil im Großen und Ganzen können wir höchstwahrscheinlich davon ausgehen, daß wir diese 6 Millionen, oder zumindest 3 Millionen davon, bereits für diese Spielsaison tatsächlich ausgeben werden. Wissen wir hier und heute, wie es mit dem Verein mittel- und langfristig weitergehen wird? Wußten, oder besser gesagt, wollten wir eigentlich wissen, wer in diesem Verein im Vorstand sitzt und wer eigentlich die Haftung übernehmen müßte? Weil es ist ja auch der Vereinsvorstand finanziell zur Haftung zu

ziehen. Drei weitere Fragen, drei weitere „nein“.

Dann gibt es noch eine offene, eine unbeantwortete Frage. Woher nehmen wir eigentlich die 6 Millionen Schilling im Fall des Falles? Von dem Wenigen, das die anderen Sportvereine bekommen? Da möchte ich einhaken. Es ist mir schon ein bißchen die Grausbirne aufgestiegen, wenn man sich ansieht, was der Rest unserer Vereine bekommt. Das hat zwar mit Vorwärts nur indirekt zu tun, aber ich möchte es ihnen trotzdem zur Kenntnis bringen. Ich habe mir die Sportförderung in Steyr angesehen, wie sie aussieht. So haben im letzten Jahr die Steyrer Sportvereine ungefähr S 600.000,- bekommen. Das sind insgesamt 30 Vereine gewesen. Wenn sie da den Durchschnitt ausrechnen, kommen sie auf S 18.000,- pro Verein und Jahr, auf S 1.500,- pro Monat oder auf S 50,- pro Tag - das ist der Gegenwert von einem Zigarettenpäckchen. Also, ich denke mir, es ist längstens an der Zeit wirklich die ganzen Sportvereine in Steyr mehr zu fördern, die sehr engagiert und sehr begeistert bei der Sache sind und auch sehr viel für den Sport tun. Nicht nur Fußball ist Sport. Es gibt auch noch andere Sportarten und die gilt es sicherlich mindestens genauso zu fördern wie einen einzigen Verein, der halt schon sehr publikumswirksam ist. Ja, wo nehmen wir dann das Geld her? Aus dem Sozialbereich, aus dem Kulturbereich? Wir haben heute ohnedies am Ende der Sitzung einen Antrag zum Thema „AKKU“, von dem ich eigentlich jetzt schon ziemlich sicher weiß, daß er nicht angenommen werden wird. D.h. von der Kultur werden wir es uns auch nicht holen können und wir sollen es uns auch nicht holen. Ich glaube schon, bei allen Verständnis für die Anliegen der Fans von Vorwärts Steyr, daß wir uns deutlich vor Augen halten sollten, was solche Bürgschaftsübernahmen für Folgen haben können. Weil eine „es wird uns schon nichts passieren Mentalität“ wird uns eigentlich wenig nutzen, wenn die Haftung akut werden sollte. Immerhin stehen jetzt 14 Millionen Schilling auf dem Spiel und das ist kein Klacks. Im alten Rom hat die Devise - Brot und Spiele - gelautet. In Steyr sollten wir halt nicht vergessen, daß wir uns möglicherweise die Spiele zulasten des Brotes leisten. Ich weiß, daß derartige Bedenken nicht sehr populär sein werden, gerade wenn eine Fußballweltmeisterschaft stattfindet, aber an ihrer Berechtigung ändert sich daran absolut nichts. Gerade in Zeiten von Sparpaketen und der Nichtdurchführung sozialer, wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Maßnahmen in Steyr, aufgrund vielzitiertes mangelnder Finanzmittel, stelle ich schon derartige weitreichende Haftungsübernahmen grundsätzlich infrage. Wenn sie jetzt sagen, Herr Kollege Bremm, na gut, was wäre die Alternative gewesen, kritisieren kann man ja locker, dann würde ich sagen, die Alternative Pkt. 1: Ich persönlich hätte niemals meine Zustimmung für die Übernahme einer Bürgschaft vor drei Jahren gegeben. Da bin ich mir sehr sicher. Ich weiß, aus der Vergangenheit kann man gut reden - die Gnade der späten Geburt. Aber für die Lösung der jetzigen Situation hätte ich schon vorgeschlagen, daß man versucht hätte, genauso intensiv wie man alle anderen Gespräche geführt hat, eine rein private Lösung, durch Sponsoren aus der Wirtschaft sowie die tatsächliche Haftungsübernahme durch den bestehenden Vorstand, herbeizuführen. Die hätte man meines Erachtens stattdessen angehen sollen., Abschließend habe ich noch eine Frage an sie, werte Kolleginnen und Kollegen: “Würden sie derartige Bürgschaften auch in ihrer Rolle als Privatperson übernehmen?“ Wer das tun würde, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer von ihnen würde so eine Bürgschaft übernehmen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer könnte das?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Angenommen sie hätten soviel Geld, würden sie das tun? Jetzt sind wir wieder bei der Geschichte - „wir nehmen an, wir hätten einen Dosenöffner“ -. Wir nehmen an, wir hätten sehr viel Geld.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen an!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wir nehmen an. Aber wenn sie es als Privatperson nicht tun, dann frage ich sie schon, warum tun sie es als Politiker, weil hier geht es schlichtweg um Steuergelder und das sollte man in dieser ganzen Sache nicht übersehen. Bei aller Liebe für Vorwärts und bei aller Liebe für den Sport. Ich habe mir gestern selber das Fußballspiel Österreich gegen Chile angesehen und habe mich gefreut, als endlich zum Schluß das Tor geschossen wurde. Ich habe mir auch Österreich gegen Kamerun angesehen und mich gefreut.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber das ändert nichts. Meine emotionale Begeisterung in dem Fall ändert nichts an der nüchternen Betrachtung, die ich als Politiker an den Tag legen sollte und das ist dann die andere Seite der Medaille und die ist hier herinnen leider viel zu wenig zur Sprache gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin der Ansicht, daß alleine die Aussagen und die wirtschaftlichen Argumente des Bürgermeisters und des Dr. Pfeil schon ausreichen, um dem Antrag die Zustimmung zu

erteilen. Ich möchte sie auch gar nicht wiederholen. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, vielleicht ein paar andere Argumente anzuführen, die eigentlich noch nicht zur Sprache gekommen sind. Einen Teil hat Kollege Hauser schon vorweggenommen. Wir sind uns ja alle darüber im Klaren, daß die Spieler, die Zuschauer, die Anhänger und vor allem auch die Nachwuchskräfte an der Finanzmisere wohl nichts dafür können. Alleine diese Spieler und Anhänger des Traditionsvereines verdienen es sich schon, daß die Vorwärts in diesem Fall auch wieder die Unterstützung erhält. Vor allem die Spieler haben eine hervorragende Leistung gebracht, sind Meister geworden. Ich kann das selbst als Sportler beurteilen. In der Situation haben sie teilweise das Geld und auch den Trainer nicht erhalten können. Da ist es dann in vielen Vereinen so, daß es bergab geht. Aber die Spieler haben Charakter gezeigt und sind aufgestiegen bzw. sind 1. geworden und die Stadt Steyr ermöglicht jetzt den Aufstieg.

Allerdings sollte man, Herr Bürgermeister, nicht vergessen, was die Herren Radlspäck und Dittrich aufgeführt haben. Das ist gar nicht zur Sprache gebracht worden. Im Amtsbericht steht, wenn ich da vorlesen darf, es ehrt den Herrn Dr. Schmoll wenn er sich vornehm ausdrückt, aber wenn er da schreibt: „Die beiden Präsidenten haben den Rücktritt erklärt, um auch in Hinkunft ein professionelles Management beim Sportverein installieren zu können.“ „Um auch in Hinkunft“ - dann muß ich da schon ein bißchen Kritik an diesem Bericht üben. Weil was die zwei aufgeführt haben und wie die der Stadt Steyr auf der Nase herumgetanzt sind, da gibt es wahrscheinlich in Österreich kein zweites Beispiel dafür. Dr. Gottlieb-Zimmermann hat auch ausgeführt, damals sind ja bei der Übernahme der Haftung der Stadt Steyr gewisse Kontrollrechte eingeräumt worden, die beiden Herren haben sich einen Dreck darum gekümmert, um es ganz salopp zu formulieren, und haben ihn an der Nase herumgeführt. In die Buchhaltungsunterlagen hat er keine Einsicht erhalten. Es ist auch kein Wunder, weil wie Dr. Gottlieb-Zimmermann selbst gesagt hat, es war eine Buchhaltung nach dem Schuhschachtelprinzip - dort ein Beleg, da ein Zettel usw. So ist gewirtschaftet worden. Ich meine, Herr Bürgermeister, daß man vielleicht damals, im Jahr 1995 oder 1996, als die erste Bürgerschaft übernommen worden ist, vielleicht war es auch 1997, korrigieren sie mich, schon die beiden Herren veranlassen hätte müssen zurückzutreten, um ein neues Management, um neue Kräfte zu installieren. Wenn man sich das damals schon genauer angeschaut hätte, wie die beiden gewirtschaftet haben, hätte es, glaube ich, doch einen gewissen Handlungsbedarf gegeben. Vielleicht hätte man dann die neuerliche Haftung, die eingehende Haftung, von 6 Millionen verhindern können.

Es sollte auch nicht vergessen werden, das hat der Bürgermeister auch schon angesprochen, daß Vorwärts Steyr doch ein erheblicher Werbeträger für die Stadt ist. Man kann den Fußball gegenüberstellen wie man will, aber Fußball hat in der Gesellschaft einen enormen Stellenwert. Jede Woche wird übertragen, jetzt bei der WM sowieso jeden Tag, aber auch abseits der WM jede Woche. Die Fußballsendung dauert jetzt 1 ½ Stunden und immer wieder kommt der Name Steyr vor. Das ist natürlich positiv wenn Steyr ständig erwähnt wird. Es sei denn, wie vor zwei Jahren, als wir nur 6 Punkte gemacht haben. Da waren wir im Guinness Buch der Rekorde. Das war eher schlecht. Aber mit der jetzigen Mannschaft, die soviel Charakter gezeigt hat, wird es sicher anders aussehen.

Zuletzt darf man auch nicht vergessen, daß die Teilnahme an der Bundesliga in der 1. Division in der gesamten Region Steyr, nicht nur für den Nachwuchs der Vorwärts Steyr, eine erhebliche Motivation darstellt. Die Spieler haben ja Vorbildwirkung. Sport ist meines Erachtens, ich war selbst sechs Jahre im Profieishockey tätig, enorm wichtig, um die Jugendlichen von Drogen, Alkohol usw. abzuhalten, wenn es auch gewisse Ausnahmen gibt - sh. Goldberger.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wie gesagt, einen Punkt möchte ich doch noch anführen. Das ist ein besonderes Anliegen. Kollege Stieglitz hat das damals schon in der Gemeinderatssitzung angesprochen, sein Wunsch, und der ist meines Erachtens durchaus legitim und das wünschen sich auch viele Steyrer, ist, daß in der Zukunft in der Mannschaft mehr Steyrer spielen. Man muß, das ist natürlich nicht leicht, mehr Geld in den Nachwuchs investieren um bessere Spieler heranzüchten zu können. Bis jetzt ist für den Nachwuchs viel zu wenig getan worden, weil die Herren Radlspäck und Dittrich das ganze Geld in die 1. hineingetan haben. Wenn der Kollege Kupfer damals gemeint hat, es sei Rassismus, wenn man Steyrer Spieler haben will, weil wenn wir gegen die ausländischen Spieler sind usw. und so fort - dann muß ich doch entgegenen, daß einheimische Spieler eine erhebliche Zugkraft darstellen. Eine Zugkraft für das Publikum. Da werden sie mir auch Recht geben. Sie haben damals auch gesagt, daß es für eine Mannschaft egal ist woher die Spieler kommen. Das ist nicht ganz richtig bzw. es ist nicht richtig. Die Herren, die Funktionäre die das sagen, die irren und landen dann oft gewaltige Bauchflecke. Für einen Verein ist es wichtig, gerade in einer kleineren Stadt wie Steyr, daß einheimische Spieler spielen, Lokalmatadore. Weil die Leute gehen ja wegen denen hin. Wenn da einer in den Steyrer-Werken groß geworden oder jahrelang da in die Schule gegangen ist, den kennt jeder und wenn der nachher ein Zugpferd ist, dann kommen ja schon 100 Leute wegen dem hin. Das können sie mir glauben. Ich habe jahrelang, wie gesagt, Eishockey gespielt. Ich weiß wie das läuft. Da kann mir keiner etwas vormachen. Da hat Steyr nichts gemacht. Kollege Kupfer hat damals erwähnt: „Wie sollen wir das machen, mit einem Gesetz, mit einer Verordnung.“ So können wir das nicht machen, aber ich glaube es ist legitim, wenn die Stadt jährlich Subventionen hergibt, noch dazu jetzt eine Haftung von 15 Millionen eingeht, daß man schon den Wunsch an den zuständigen Vorstand herantragen kann, daß man auf den Nachwuchs schaut. Schaut's, daß sich in den nächsten Jahren etwas tut und daß ihr Spieler heranbringt. Wenn einmal Spieler da sind, dann wirkt sich das auch positiv auf die Zuschauer aus. Kommen die Zuschauer, dann kommen wiederum auch die Sponsoren. Das hängt ja alles wechselseitig voneinander ab. Überdies, Herr Bürgermeister, sind die einheimischen Spieler auch billiger. Die brauchen keine Wohnungen, keine Autos und sind einfach auch mit der Stadt

mehr verbunden. Die spielen auch für weniger, das ist gar keine Frage. Aber das ist nie beachtet worden. Diese Punkte sollten schon beachtet werden.

Diskussionen verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Herr Bürgermeister, wenn wir uns überlegen was die Ursache des Niedergangs der Finanzmisere war, davon abgesehen, daß die beiden vielleicht nicht die tauglichsten in wirtschaftlicher Hinsicht waren, haben wir einen enormen Zuschauerrückgang. Wenn wir uns heuer in der 2. Division angesehen haben, Herr Stadtrat, haben wir ungefähr nur 1.500 Zuseher im Schnitt gehabt. Das ist wenig. Worin liegen die Ursachen? Meines Erachtens, und das sagen auch viele Leute, weil keine Steyrer Spieler mehr drinnen sind. Die Identifikation fehlt. Die wollen sie haben, manche Steyrer.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Jetzt bin ich dran, du kannst dich ja nachher replizieren wenn du willst. Zwei, drei einheimische Spieler in jeder Mannschaft sind ein Zugpferd. Wenn du das Gegenteil behauptest, dann muß ich dir sagen, daß du in deinem ganzen Leben wahrscheinlich noch nie Sport gemacht oder zumindest nicht aktiv in dieser Form betrieben hast.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Was glaubst du, wie oft ich in der Woche Fußball spiele?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, in einer Hobbymannschaft, da schauen drei Leute zu, wenn überhaupt, und die schütteln den Kopf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Herren, das könnt ihr euch in der Pause ausmachen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Gut. Abschließend möchte ich noch ersuchen, Herr Bürgermeister, daß man den neuen Funktionären, welche das Ruder übernehmen werden, vielleicht ein bißchen auf die Finger schaut. Wenn wir vielleicht auch nicht zuviel eingreifen sollen, da gebe ich voll Recht, aber ein bißchen auf die Finger würde ich schon schauen, weil sonst haben wir vielleicht in drei Jahren die nächste Haftungserklärung von 6 oder 7 Millionen. Da müssen wir dann auch wieder sagen, damit wir die 15 Millionen nicht verlieren, für die wir haften, müssen wir noch eine Haftung abgeben. Also, wenn Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann, von dem ich sehr viel halte, der sicher kompetent ist, der Vorwärts in wirtschaftlicher Hinsicht ein bißchen auf die Finger schaut und sie ja den Wunsch äußern, daß in der Jugendarbeit, in der Nachwuchsarbeit mehr getan wird, dann glaube ich, kann die Vorwärts á la longue wieder auf finanziell gesunde Beine gestellt werden und auf das kommt es an, weil sonst haben wir wirklich in ein paar Jahren, das befürchte ich, vielleicht den nächsten Fall. Dann muß man sich wirklich überlegen, was auch die Frau Mag. Frech schon gesagt hat, wieviel man noch reingeben soll, weil dann werden die Bürgschaften schlagend werden, weil ein gewisses Mißverhältnis ist schon da, da muß man der Kollegin Frech Recht geben. In Vorwärts Steyr wird viel investiert, meines Erachtens auch zu Recht, weil Vorwärts Steyr ist der Werbeträger der Stadt Steyr. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächstes hat sich StR Eichhübl zu Wort gemeldet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Obwohl ich nicht von der Kollegin aufgefordert wurde, hier Aufklärungsarbeit zu betreiben und auch keinen Dosenöffner dabei habe, möchte ich mich deshalb zu Wort melden, weil ich als Mitglied des Stadtsenates vor der Entscheidung gestanden bin, dem Antrag die Zustimmung zu geben oder nicht. Der Herr Bürgermeister und der Kollege Bremm haben es ein bißchen leichter gehabt in dieser Fußballentscheidung mitwirken zu müssen, denn sie waren Tennis spielen, wobei uns aber mitgeteilt wurde, daß der Herr Bürgermeister durchaus diese vorliegenden Probleme so sieht und auch wenn er anwesend wäre, die Haftungserklärung mitunterzeichnen würde. Das darf ich auch noch sagen. Der wahre Grund meiner Wortmeldung ist eigentlich der, daß ich mich an den Kollegen Bremm wenden möchte, der davon gesprochen hat, daß es unfair ist, wenn vonseiten der Freiheitlichen das parteipolitisch beurteilt wird und er da den Herrn Dr. Pfeil auf sehr tiefster Ebene angreift, weil er am Vorwärtsplatz war. Er wurde dort eingeladen, Herr Bremm. Es war von euch niemand da, außer Kollege Keiler und auch der Bürgermeister, wie dir ja sicherlich bekannt sein wird, wurde dort für seinen Einsatz öffentlich bedankt. Ich glaube nicht, daß von unserer Seite her das parteipolitisch beurteilt wurde. Ich glaube eher,

Kollege Bremm, daß du es nicht vertragen kannst, wenn die Freiheitlichen einmal in einer positiven Angelegenheit oder überhaupt positiv, aus deiner Sicht, aktiv werden. Auch die Anmerkungen vom Kollegen Stieglitz, meine Damen und Herren des Gemeinderates, waren durchaus gerechtfertigt, der einen Blick in die Zukunft gemacht hat, wie es nicht sein soll, um eben zu verhindern, daß tatsächlich die Stadtgemeinde Steyr hier vollen Ersatz für die Haftung leisten wird müssen. Aber er hat ja auch erklärt, das dürften offensichtlich viele überhört haben, daß er diesem Antrag heute die Zustimmung geben wird. Ich darf hier nur abschließend noch eine Anmerkung machen. Ich habe für mich ebenfalls das Recht in Anspruch genommen, als Nichtkenner der Fußballszene, als nicht der Fußballfanatiker schlechthin, handeln zu müssen und daher den Vorteil gehabt die Problematik Vorwärts Steyr aus einer gewissen Distanz zu beurteilen. Daher waren für mich folgende Entscheidungskriterien maßgebend. Für mich war in erster Linie wichtig, dafür Sorge zu tragen, daß die Stadt Steyr diese Haftung, die noch in der Größenordnung von etwa 8,3 Millionen Schilling ist, berappen zu müssen. Das war für mich der Hauptgrund. Ich habe auch Verständnis für jene, die diesen Fußballsport nachgehen, und das geht ja weit in die breite Bevölkerungsschicht hinein, daher hat ja das auch eine derartige Wirkung, auch für einen Ort oder eine Stadt, wenn ein Fußballverein in einer oberen Liga spielt. Daher war es auch für mich wichtig, dafür Sorge zu tragen, nach Möglichkeit den Vorwärtsverein nicht den Todesstoß zu geben, denn das wäre, ohne lange Nachdenken zu müssen, das „Aus“ gewesen, wenn der Stadtsenat diesen positiven Beschluß nicht gefaßt hätte. In weiterer Folge zählt für mich auch die Imageangelegenheit, die auch mit der Stadt Steyr im Zusammenhang steht, denn es ist zweifelsohne so, da gibt es auch genaue Berechnungen in wirtschaftlicher Hinsicht, daß, wenn man vonseiten der Gemeinde einen Fußballverein mit einem Schilling unterstützt, der in etwa in 1 ½-facher Größenordnung aufgrund der Umwegrentabilität des Images, des Fremdenverkehrs usw. wieder zurückkommt. Das, meine Damen und Herren, waren für mich die entscheidenden Kriterien, daß ich diesem Antrag im Stadtsenat die Zustimmung gegeben habe und selbstverständlich auch heute, vor diesem Gremium, mich nicht davor scheue dazu zu stehen und ebenfalls die Zustimmung erteilen werde, weil ich glaube, daß es von vielen, eher schlechten, Möglichkeiten die beste Möglichkeit war, was wir im Stadtsenat beschlossen haben.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich Kollege Gabath zu Wort gemeldet. Bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Presse. Vorwärts Steyr. Es hat sich heute durchgezogen. Auf der einen Seite ein rotes Tuch für alle, auf der anderen Seite Begeisterung und Freude für die Zuschauer, für die Fans. Ich bin einer der häufiger am Vorwärtsplatz zu finden ist, weil ich einfach gerne hingehe, wenn es meine Zeit erlaubt. Jetzt möchte ich noch gern ganz kurz an das letzte Match, Steyr gegen Casino Bregenz, anschließen. Steyr hat, Gott sei Dank, 1:0 gewonnen, war schon feststehender Meister. Es war trotzdem ein würdiger Abschluß. Im Anschluß an dieses Match wurde Herr Dr. Pfeil mit drei Begleitern, Herrn Stieglitz, Frau Reznar und Herrn Hoflehner, als die großen Retter der Vorwärts gefeiert. Ja, der Herr Baumeister Müllner hat Herrn Dr. Pfeil vor Freude fast umarmt, daß er ihn gerettet hat. Der Herr Keiler ist auch einer, der fast regelmäßig oben ist.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Aufgabe ist ihm zugefallen ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte Herr Stadtrat lassen sie den Gemeinderat Gabath ausreden.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Ich habe sehr interessiert den Ausführungen des Herrn Stieglitz zugehört und würde jetzt einen Vorschlag für das Wahlkomitee, das einen Wahlvorschlag für die Generalversammlung machen muß, machen. Frau Frech und Herr Stieglitz haben sehr fundiertes Wissen von sich gegeben. Ich würde vorschlagen: "Stieglitz und Frech for president der Vorwärts!" Danke.

Gelächter

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal Herr Gemeinderat Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte nochmals erwähnen, ich bedanke mich bei der Stadt, daß sie am Vorwärtsplatz jetzt einigermaßen die Verantwortung übernommen und das Ruder in die Hand genommen hat. Retter hin, Retter her. Es geht um die Sache. Es ist nicht angenehm, wenn es auf so eine Art und Weise ins Lächerliche gezogen wird. Herr Gabath, sparen sie sich das. Das nächste ist, daß es mir doch gelungen ist, daß ich den Herrschaften in diesem Raum Informationen geben konnte, daß das Risiko höher ist als wie es im Amtsbericht geschildert wird. Das

war eben mein Grund, daß ich die Rede gehalten habe und es ist mir gelungen. Willi, zu dir möchte ich noch sagen: Du erwähnst, daß die Präsidenten zurückgetreten sind und nicht mehr Handlungen setzen. Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Handlungen setzen dürfen, habe ich gesagt.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:
Dürfen, richtig. Dann glaube ich, daß die Stadt aufgefordert ist, daß wir da etwas dagegen machen, daß am 8. Juni Herr Dittrich nicht mehr in Linz Verhandlungen für Vorwärts Steyr führt und, daß der Expräsident Radlspäck am Europatag vor ein paar Tagen noch auf der Bühne mit Tormann Walker steht und Vorwärts Steyr vertritt. Zu Herrn Bremm muß ich noch sagen, daß das kein Spitz von Herrn Dr. Pfeil war sondern das war in der Fußballgeschichte ein „Bradling“. Danke.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Wir haben, ich weiß nicht wieviele, Tagesordnungspunkte heute zu behandeln und führen hier eine Sportdiskussion ab, die wir eigentlich irgendwo anders führen müßten oder könnten und nicht hier führen sollten. Einiges, was da jetzt geliefert wurde, ist wirklich dermaßen zeitraubend, daß ich mich selbst fast frage, warum stehe ich jetzt da und rede auch über dieses Thema. Aber es sind einige Dinge in den Raum gestellt worden, die ich einfach widerlegen muß. Ich denke mir, man muß nicht Sportler oder Profifußballer sein, um diese Thematik zu behandeln. Das sage ich als Stehplatzbesucher und als Hobbyfußballer. Da muß ich kein Profifußballer sein um eine finanztechnische Angelegenheit objektiv zu betrachten. Weiters möchte ich noch sagen: Wenn so viele Leute wirklich gegen diesen Deal oder gegen diese Haftungsübernahme sind, wie jetzt geäußert wurde, dann sollten sie auch den Mut aufbringen, wirklich dagegen zu stimmen. Das traut sich nämlich keiner, hier im Gemeinderat, gegen die Vorwärts zu stimmen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:
Es ist ja keiner dagegen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Na ja. Man muß auch ganz klar sagen, über was hier gesprochen wird und die Kirche wirklich im Dorf lassen. Da geht es nicht um Cash, das läuft, das ist eine Haftung und das ist zieht sich eigentlich durch die ganze Diskussion. Das ist ja kein Geld, das jetzt aufwenden müssen. Es sind genug gute Gründe genannt worden. Kollege Payrleithner kann ich ausnahmsweise vollinhaltlich zustimmen. Er hat es auf den Punkt gebracht. Es stimmt alles was er gesagt hat, mit den Gründen, warum er für die Zustimmung zu dieser Haftung ist. Der wichtigste Grund, das ist auch schon mehrmals erwähnt worden, ist eindeutig der, wenn Vorwärts in die Regionalliga absteigt, haben wir die volle Haftung. Da können wir hin und her diskutieren was wir wollen, wir wissen genau, da wäre die Stadt fällig gewesen zu zahlen. Es stimmt, daß dieser Wirtschaftsplan, der uns vorgelegt worden ist, nicht stimmt. Das ist uns allen klar und da sind genug Leichen im Keller, das wissen wir auch alle. Aber gerade aus diesem Grund ist es jetzt wichtig, daß in dieser Überbrückungszeit ein Wirtschaftsfachmann der Stadt hier mittätig ist, weil es ja auch um eine Haftung der Stadt, um eine sehr große Haftung, geht. Es ist wichtig, in der nächsten Zeit, diese Leichen zu bergen und wirklich eine gesunde Basis für den Verein zu schaffen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:
Du sagst ja eh dasselbe was ich sage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, heute sagt im Grunde jeder, vom Inhalt her, dasselbe aus, aber es ist halt der Fußball.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ganz kurz noch zu diesen sportlichen Meldungen, die da getätigt worden sind. Radlspäck und Dittrich. Radlspäck hat 19 Jahre für den Verein gearbeitet und hat sicherlich einiges, daß muß man glaube ich auch sagen, für den Verein gemacht. Aber man muß auch hier dezidiert sagen, daß er in den letzten Jahren in Bereichen gearbeitet oder Handlungen getätigt hat, die absolut nicht sein Metier sind. Wie in diesem Verein gewirtschaftet wurde ist wirklich haarsträubend. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, daß Radlspäck und Dittrich nicht mehr im neuen Vorstand tätig sind. Man kann aber jetzt nicht die ganze Schuld nur auf die 2 abwälzen, wenn es einen Vereinsvorstand gibt, der 5 Jahre nicht zu einer Vollversammlung eingeladen hat.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Das sind ja die 2.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Na ja, aber da muß ja auch das Vorstandsmitglied einmal etwas sagen. Es gibt ja gewisse Kontrollgremien. Wenn immer nur zwei an den Pranger gestellt werden, denke ich mir, da sind einige andere auch dabei. Zu der Nachwuchsarbeit: Bis vor kurzer Zeit war der freiheitliche Ernst Fuchs für die Nachwuchsarbeit sehr stark tätig. Was der für Nachwuchsarbeit getätigt hat, das wissen wir eh, wo der Wunderheiler und Urscovic etc. eingeflogen worden sind. Sind wir froh, daß diese Nachwuchsarbeit so nicht mehr getätigt wird. Kollege Hauser hat mir gerade von einem Nachwuchsturnier der Vorwärts erzählt. Ich weiß nicht wieviel Jugendliche, wieviel ausländische Jugendliche hier in dem Verein tätig sind und hier ganz wichtige Integrations- und Jugendarbeit auch in diesem Bereich getätigt wird. Also, wir stimmen dieser Haftung natürlich zu, wie wir auch in den Verhandlungen zuvor bereits unsere Zustimmung gegeben haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Vizebürgermeister Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als einer, der an dem ominösen 3. Juni, um 8.00 Uhr früh die Verhandlungen eröffnet hat, Herr StR Mayrhofer, wir kennen uns noch aus dieser Zeit, um was es dabei gegangen ist, wo ein jeder mit etwas Federn hineingegangen ist, noch dazu, wo mir Kollege Schmidl bzw. die Kollegen die in Wien waren, erklärt haben, wie es sich in etwa abspielen wird. Ich habe den Müllner nämlich relativ schlecht gekannt. Ich habe ihn dann relativ gut kennengelernt, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

... in seinen ersten Auszügen, die er dann in seinem Wortstoß heraus, auch die Schimpfwörter, getätigt hat. Im Stadtsenatssitzungszimmer oben, du hast es leider nicht miterleben können, aber dein Kollege und Fraktionsvorsitzender hat es miterlebt, wie das abgelaufen ist. Ich habe mich in der früh eigentlich ein bißchen gewundert und habe mir gedacht, das wird fürchterlich ausgehen, bis wir zu einer Einigung kommen. Noch dazu, wo manche Dinge erst während dieser Verhandlung aufgetreten sind, wo es noch Erklärungsbedarf gegeben hat. Ich denke da an 50.000,-- Schilling, die hin und her geschupft wurden. Der eine hat gesagt, da gibt es schon eine Bestätigung, der andere hat gesagt, es ist noch nicht einbezahlt. Solche Dinge sind dort gelaufen. Bis hin, daß am nächsten Tag um 9.00 Uhr die Schiedskommission in Wien, drei Mann hoch, dort erklären, ob es eine Lizenz geben wird oder nicht. In diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es für uns sehr wichtig, ich bin einer, der vielleicht am wenigsten hinaufgeht, weil ich auch in anderen Vereinen tätig bin, in Übereinstimmung mit vielen anderen, aber auch mit dem Bürgermeister, permanent in Kontakt zu stehen, sozusagen um die Dinge klar darzustellen, daß wir die Vorwärts bei unseren Verhandlungen nicht als teures Leichenbegängnis verabschieden. Das kann es ja wohl nicht sein. In diesem Zusammenhang war uns klar, was es heißt, wenn wir der Vorwärts - und es wurde heute auch schon mehrmals gesagt - den „Todesstoß“ verpassen. Wenn wir diese Verhandlungen anders geführt hätten, und es war einige Zeit der Tenor von verschiedener Seiten her - konkret von einer - ich äußere mich jetzt nicht fraktionell, wäre es so, daß die sofort abtreten hätten müssen. Dort darauf verweisen, daß es dem Vereinsstatut entsprechend gar nicht möglich ist, und dem Vereinsstatut entsprechend sind nämlich alle noch im Vorstand drinnen die in der Zwischenzeit ausgeschieden sind, aber in der Zwischenzeit auch keine Generalversammlung stattgefunden hat. Wir müssen uns auch über diese Dinge klar sein. Was Recht ist, ist Recht. In diesem Zusammenhang, werte Damen und Herren, war es für uns wichtig, daß wir die Verhandlungen auch an diesem Vormittag in dieser Art abgeführt haben, auch wenn es turbulent zugegangen ist. Manchmal war mir eher zumute hinauszugehen, als wieder hineinzugehen. In diesem Zusammenhang war es gut, daß am Vortag, und da darf ich noch einmal den Kollegen, Lemmerer und Dr. Gottlieb-Zimmermann, danken, daß die am Vortag weitgehend die Korrekturen durchgeführt haben. Ich darf von Glück sagen, daß es trotz aller Widerlichkeiten, und jetzt sage ich noch etwas dazu, und auch einiger Lügen, die passierten, das ist nämlich auch zutage getreten, noch zu einer Lizenzklärung gekommen ist. Das möchte ich wirklich behaupten und darf diesen beiden ganz besonders herzlich danken. Noch dazu, daß am nächsten Tag bei dem schwierigen Kanossagang, nämlich zu den drei Herren hinzugehen bzw. auf das höchste Plateau vorzutreten und, jetzt möchte ich nicht die Angstgebete, die sie Herr Stieglitz vorgetragen haben erwähnen, daß dort anders gesprochen wurde, daß es möglich wurde, die Lizenz erteilt zu erhalten. Was es geheißen hat, wie das am nächsten Vormittag, gegen Mittag, dann mit der Erklärung via Medien durchgekommen ist, daß die Lizenz erteilt wurde, mit drei Minuspunkten - ich sage dazu drei Strafpunkte, weil das hat nämlich damit zu tun gehabt, daß da unten einiges schief gelegen hat, nämlich schief erklärt wurde vonseiten der Vorwärts, vor allem dem Präsidium, haben sich viele Menschen in Steyr und Umgebung bedankt, daß sich die Stadtgemeinde hier, und ganz egal wer entscheidet, dafür eingesetzt hat, diesen doch sehr mächtigen Werbeträger die Möglichkeit geboten hat noch einmal die Haftungsübernahme - ich war auch im Jahr 1995 dabei und habe damals einiges aufzuklären gehabt, in Bezug auf einige Millionen, die überhaupt nicht bekannt waren und in dem Zusammenhang bin ich mir auch bewußt, daß wir auch eine Verantwortung zu tragen haben und ich darf in diesem Zusammenhang sehr herzlich danken, daß es gelungen ist, diesen Werbeträger, mit unserer Unterstützung, wieder in die oberste Spielklasse aufsteigen lassen konnten. Ich darf jenen ganz besonders danken, die sich unentgeltlich für den Verein eingesetzt haben und vor allem auch Spieler und Funktionäre, die viele mühsame Wege antreten und sich auch vieles gefallen lassen mußten und noch müssen. In diesem Zusammenhang, weil es auch um die Erklärung geht, ob Präsidenten abtreten oder nicht abtreten, ist eine Unterschriftenleistung passiert. Es muß aber zuerst einmal die Vereinsgeneralversammlung durchgeführt werden, dann wird das zutage treten, auf das viele schon warten. Es haben

sich auch schon wieder viele angemeldet, die sagten, wenn da Veränderungen passieren, kommen wir wieder zurück. Sie sind auch bereit ihre Vereinsjahre nachzuzahlen. Sie wären wieder gerne mit dabei. Darum wäre ich auch froh wenn es eine einhellige Zustimmung zu diesem Antrag gäbe. Es ist heute vieles gesagt worden. Vieles ist wahr. Persönlich bin ich über die Aussagen des Kollegen Kupfer sehr froh, die im weitesten Sinne die Dinge direkt auf den Punkt getroffen haben. In diesem Zusammenhang darf ich recht herzlich danken, vor allem auch den Beamten, die sich ganz besonders eingesetzt haben. Es waren vier Juristen, einschließlich dem Magistratsdirektor, permanent fast den ganzen Tag damit beschäftigt. Es war ein Mittwoch Nachmittag, wo wir dann am Abend um 18.00 Uhr die Stadtensatzsitzung durchführten und die haben permanent daran gearbeitet, daß wir am Donnerstag darauf warten konnten, daß wir einen Lizenz bekommen. Recht herzlichen Dank. Ich darf bitten, daß es zu einer einstimmigen Zustimmung kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke auch. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Doch noch eine? Frau Gemeinderätin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer. Ich muß mich leider noch einmal zu Wort melden. Ich habe es zwar nicht mehr vorgehabt, aber da mich der Kollege Gabath so in den 7. Himmel der Präsidentschaft hieven wollten - mich und den Kollegen Stieglitz - muß ich doch noch eines anmerken: Ich bitte sie, um Gottes Willen, machen wir nicht wieder den gleichen Fehler. In diesem neuen Vorstand sollen Politiker nicht mehr vertreten sein. Das war ja das Dilemma der Gegenwart und der Vergangenheit. Wenn sie sich anschauen wer aller von politischer Ebene in diesem Vorstand vertreten war. Ich denke mir, Politik und Sport haben ohnedies schon so viele Verbindungen, aber die Politik sollte sich da nicht zuviel in diese Vereinsgebarungen einmischen und ich hoffe, daß bei einem neuen Vorstand die Politik nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen wird.

Ja, noch eine ganz kurze Anmerkung, weil gesagt wurde, wir sind uns ja eh alle einig und wir werden eh alle mitstimmen, weil es wird sich keiner trauen, daß er die Stimme dagegenhebt und gegen Vorwärts stimmt. Eine Stimme gegen diesen Antrag ist keinesfalls eine Stimme gegen Vorwärts. Ganz im Gegenteil. Selbstverständlich ist klar, daß Vorwärts gefördert werden soll. Vorwärts hat auch in den letzten Jahren immer seine Landesförderungen, seine Förderungen von Gemeindeebene her, für die laufenden Betriebe und außerordentliche Subventionen bekommen. Das soll auch weiterhin der Fall sein. Hier geht es ganz einfach um eine Haftungserklärung und ob man sich dafür oder dagegen ausspricht, daß man Steuergelder verpfändet. Das ist eigentlich die zentrale Frage. Nicht für oder gegen Vorwärts.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da ist aber schon die Frage dafür. Da sind sie nicht am laufenden.

So, meine Damen und Herren, ich glaube ich erteile dem Bürgermeister das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich werde es ganz kurz machen. Die meisten haben sich eigentlich dafür ausgesprochen. Eines muß ich aber schon sagen, Frau Kollegin Frech, mit ihnen habe ich Schwierigkeiten ihnen zu folgen. Sie sind zwar nicht gegen die Vorwärts, aber sie wollen ihnen schon gar nicht helfen. Wenn es nach ihnen ginge, wenn sie diesem Antrag nicht zustimmen, dann würde die Vorwärts in der Regionalliga sein und wir würden 8,2 Millionen Schilling zahlen. So würde die Welt ausschauen. Sie sind zwar für die Vorwärts, aber sie würden sie abstürzen lassen. Sie reden sich natürlich unheimlich leicht, weil sie noch nicht lange im Gemeinderat sind und nicht damit befaßt waren, als Präsident Radspäck im Stadtsenat geweint hat, als wir für die 9 Millionen gehaftet haben. Damals ist der Konkurs vor der Tür gestanden. Wir haben den Konkurs dreimal abgewendet. Wissen sie, wenn man sich mit der Materie ernsthaft beschäftigt hat, so wie wir, und wir haben uns bemüht und wir haben gerungen, es war ja nicht eine Geschichte, die wir haben wollten. Wir haben damals im Stadtsenat, glaube ich, mit drei Fraktionen diesen Beschluß herbeigeführt, weil wir auch damals der Vorwärts helfen wollten. Wenn man natürlich politisch herumgeht und sagt, ich bin so liberal und ich mische mich nirgends hinein und alle sollen die große Freiheit haben und natürlich soll sich die Politik von all diesen Dingen fernhalten. Gleichzeitig werfen sie uns aber vor, was wir alles nicht getan haben. In Wahrheit wollten sie, daß wir die Haftung nicht übernehmen sollen, aber wenn wir sie übernehmen, hätten wir auch gleich das Vorwärtsmanagement übernehmen sollen. Wir wollen nicht Fußballmanagement machen. Wir wollen, daß gute Funktionäre die Vorwärts gut managen. Sowohl im sportlichen als auch im finanziellen Bereich. Das wollen wir. Ich habe gesagt wir wollen dieses Engagement der Stadt als temporär verstehen, wir wollen schauen, daß dieser Werbeträger erhalten bleibt, daß den Fußballanhängern diese gute Mannschaft, auf die wir auch stolz sind, bleibt und wir wollen die Vorwärts in eine positive Situation bringen. Das ist unsere Absicht und wir wollen uns so wenig wie möglich einmischen. Eines muß ich auch noch festhalten. Sie gehen da her und werfen die Sportförderung der Stadt Steyr in die Pfanne. Natürlich kann man das so betrachten. Sie haben mich als Partner. Ich bin schon dafür, daß man dem Sport mehr Geld gibt. Ich habe in der Vergangenheit immer dafür gekämpft. Ich war Sportreferent. Vielleicht habe ich es auch dem Umstand zu verdanken, daß ich dabei, wenn ich bei den Budgetverhandlungen für den Sport mehr Geld verlangt habe, ganz besonders angefeindet und bekämpft wurde. Man muß auch das sehen. Es hat schon eine politische Dimension auch. Es sind halt in der Stadt Steyr von 70 Sportvereinen 28 beim ASKÖ. Wenn man nur ASKÖ sagt, dann läuft manchen schon die Gänsehaut den Rücken runter und wir haben keine Beschlüsse zustande gebracht. Das muß bei der Gelegenheit auch einmal gesagt werden. Natürlich geben wir der Vorwärts für den Sportbetrieb wenig Geld. Sie

zitiert da 700.000,-- Schilling, die wir für den laufenden Betrieb der Sportvereine geben. Das ist richtig. Sie vergessen aber dabei, daß wir jedes Jahr den fünf Fußballvereinen die Sportplätze herrichten und in zeitlichen Abständen auch Generalrenovierungen finanziert haben. Sie vergessen dabei auch, daß wir für den Sportstättenbau Millionenbeträge aufgewendet haben. Für die Vorwärts alleine und für die anderen auch noch einmal. Der Aufwand, den wir für den Sport insgesamt in etwa betreiben, beträgt pro Jahr durchschnittlich 3,5 Millionen Schilling. Natürlich geben wir für den Sport noch mehr Geld aus. Wir haben heute schon ganz kurz von der Kunsteisbahn gesprochen. Nur das Dach und die Reparatur dieser Eismaschinerie hat 21 Millionen Schilling gekostet. Das haben wir in den letzten paar Jahren dort aufgewendet. Wir sind gerade dabei rund 68 Millionen Schilling in zwei Etappen für die Badsanierung auszugeben. Wir reden von einer Bezirkssporthalle welche im Mittelfristprogramm steht. Wir reden da wahrscheinlich von 50 bis 60 Millionen Schilling. Das muß man alles sehen. Da sind wir dann weit über 100 Millionen Schilling. Es ist bisher unsere Gestion gewesen, für den laufenden Betrieb eher weniger, für den Sportstättenausbau ein Drittel zu geben. Das ist nicht so wenig. Das ist auch eine mit dem Land akkordierte Vorgangsweise. Das möchte ich sagen, um alles ein bißchen ins richtige Lot zu rücken. Aber wie gesagt, meine Hand haben sie, wenn wir für den Sport einmal mehr machen wollen. Wir müssen uns nur überlegen woher wir es nehmen. Es ist auch gesagt worden, daß uns die Präsidenten auf der Nase herumgetanzt sind. Ich glaube sie, Herr Dr. Wetzl, haben das gesagt. Ja, mag schon sein. Ich bestreite das nicht. Man kann natürlich hingehen und sagen die Präsidenten oder die Vorstände sollen sich dort verabschieden. Treten wir in dieser Weise als Stadtväter, als Funktionäre der Stadt gegenüber den Vereinsfunktionären auf. Man muß, um der Wahrheit die Ehre zu geben, zugunsten der Vorwärts sagen, daß kein Bundesligaverein mit so einem kleinen Budget das Auslangen finden mußte. Im Laufe der letzten Jahre und auch jetzt. Das steht eindeutig fest. Wir könnten es natürlich auch anders machen. Man kann sagen, so wie andere Städte, die geben halt 2, 2,5 Millionen Schilling pro Bundesligaverein her, soweit ich informiert bin auch bis zu 6 Millionen Schilling, wir geben euch 2,5 Millionen Schilling und damit müßt ihr zurecht kommen und wir mischen uns nicht mehr hinein. Dann bräuchten wir uns aber auch nicht mit Haftungen oder anderen Dingen auseinandersetzen. Letzten Endes ist natürlich auch der Umstand, daß die Vorwärts sehr unterdotiert war, was ihre Budgets anbelangte, mit maßgeblich dafür, daß sie in dieser Spielklasse, die halt sehr teuer ist und die mit einem Vereinsmanagement alleine, oder mit dem alleine, nicht mehr das auslangen findet, sondern schon ein Unternehmensmanagement brauchen, ein Grund, daß diese Schwierigkeiten entstanden sind. Wir können auf der einen Seite nicht hingehen und die Arbeit der Manager machen, oder wenn doch, wie jetzt, machen wir es nur temporär. Auf die Dauer werden wir es nicht tun können. Wir haben uns aber auch nicht dazu aufraffen können, weil es natürlich richtig ist, daß wir der Vorwärts nicht 2 oder 3 Millionen Schilling geben können, oder vielleicht einen Basketballverein, der auch in der höchsten Liga spielt oder anderen Vereinen, die auch sehr gut spielen, gibt man dann verhältnismäßig so wenig. Wenn, dann müßte das Sportbudget wahrscheinlich um Millionen aufgestockt werden, wenn man hier diese Gestion macht. Dann ist aber die Frage aufzuwerfen, in welcher Weise finanzieren wir das, woher nehmen wir das Geld? In der Vergangenheit war die Meinung nicht vorherrschend, daß man für den Sport soviel Geld freimacht und es haben durchaus auch politische Gründe eine Rolle gespielt. Richtig ist eines, daß es wünschenswert wäre, wenn aus der Jugendarbeit mehr eigene Spieler herauskommen würden. Das glaube ich würden nicht nur wir oder die Bevölkerung sehr begrüßen sondern auch die Vereinsfunktionäre, weil es viel billiger wäre, wenn sie selber drei, vier, fünf Spieler in ein paar Jahren herausbringen können, die dieses Bundesliganiveau bringen, wo sie vielleicht den einen oder den anderen verkaufen könnten und nicht nur kaufen müßten. Es wäre sicher auch aus dieser Sicht wünschenswert. Aber sie müssen halt heranwachsen. Aber sie wachsen halt nicht so leicht heran. Soweit ich weiß, hat man sich bei der Vorwärts schon sehr mit der Jugendarbeit bemüht. Zumindest ein Teil der Funktionäre hat sich sehr bemüht. Ihnen, Herr Kollege Stieglitz, muß ich noch eines sagen. Es ist das Budget das die Vorwärts entwickelt, die Bundesliga geprüft und akzeptiert hat. Vorwärtsfunktionäre meinen, sie kommen mit etwas weniger Geld aus. Das kann sein, aber es ist ein Präliminar. So wie wenn wir ein Geschäft machen. Fest steht eines, daß wir uns als Gemeinderäte und Gemeinderat mit Insiderinformationen, die manche vielleicht haben und andere nicht, schwer auseinandersetzen können. Daher ist unsere Vorgangsweise, wie ich meine, bisher sehr effektiv und korrekt. Wir haben am Montag, nachdem diese Lizenz erteilt wurde, am ersten Tag in der Woche blitzartig, ein Manageteam eingesetzt. Sie können den Kopf schon schütteln. Hätten sie sich beworben, vielleicht wären sie zum Zug gekommen. Ich kann nur sagen, daß der Herr Müllner dort schon eine wesentliche Rolle spielt. Ob sie ihn mögen oder nicht ist nicht die Frage. Ich bin in dieser Richtung auch nicht gefragt worden. Fest steht, daß er dort als einziger weit und breit bereit war, ein finanzielles Engagement einzugehen und auch eine Haftung zu übernehmen. Außerdem gehören ihm auch Spieler. Ich will gar nicht darüber streiten, wieviele ihm gehören. Das ist nicht mein Thema. Das kann auch nicht das Thema des Gemeinderates sein. Fest steht, daß die restlichen Mitglieder des Vorstandes, die uns zur Verfügung gestanden sind, auf das Wort des Herrn Müllner hörten. Wieso wird das so gewesen sein, Herr Stieglitz? Weil er wahrscheinlich mit dem Geld drinnen ist. So war das. Wir begrüßen natürlich jeden, der dort auch finanzielle Beiträge leistet. Ich glaube auch nicht daß er bei der Heilsarmee ist. Ich glaube auch nicht, daß er nur Fußballfanatiker ist, weil da müßte er nicht von Zwettl nach Steyr fahren, sondern da könnte er auch woanders hin fahren. Er hat sicher auch seine Absichten dabei. Aber wir haben einen Vertrauensmann des Herrn Müllner, den Dr. Pucher, der ein akzeptierter Mann, auch bei der Bundesliga, ist. Es gibt einen Finanzfachmann namens Hennerbichler, es gibt einen weiteren, für das Management zuständigen Vertrauensmann des Herrn Müllner, namens Polster. Wir haben unseren besten Finanzfachmann, den Mag. Lemmerer, entsendet und haben auch in Übereinstimmung mit den Herrn Müllner, Lemmerer und Pucher, noch den Bohensky in das Feld geschickt, weil man ja für das operative Geschehen vor Ort jemanden braucht, der sich um das umschaute, damit etwas weitergeht und der Start in die erste Bundesliga überhaupt möglich ist. Wir werden uns als Stadt nicht in das sportliche Geschehen einmischen. Ich glaube auch, daß wir falsch beraten wären, wenn wir das täten. Allerdings werden wir sehr klar einen Schalter einbauen. Dieser Schalter wird die Funktion haben und wird von uns betätigt werden können, wenn sich abzeichnet, daß das vorliegende Budget aus dem Ruder zu geraten droht, wenn sich abzeichnet, daß das Budget

ausgabenseitig über diese Größenordnungen hinauswächst oder mit den Einnahmen nicht Schritt hält, dann werden wir diesen Schalter betätigen und schauen, daß hier nicht eine weitere Saison passiert, wie es in den vergangenen Saisonen war. In dieser Zeit bis zur Generalversammlung, und das ist ja eine entscheidende Fallfrist, nämlich jene Frist, wo sich alle Gläubiger der Vorwärts, alle jene, die Forderungen an die Vorwärts haben, melden werden. Das ist ja doch sehr stark anzunehmen. Nachdem die Ehrenpräsidenten schriftlich demissioniert sind, das möchte ich bei der Gelegenheit auch beantworten, und das Büro von Herrn Buchner, Herrn Lemmerer und den beiden Managern, übernommen worden ist, wird wahrscheinlich jetzt dort die Ansprechstelle sein. Ich kann natürlich nicht, und niemand von uns kann, verhindern, daß ein Herr Radlspäck oder ein Herr Dittrich oder andere Herren des Vorstandes, auch Gespräche führen. Sicher werden sie das tun. Die Verbindlichkeit dieser Gespräche ist aber unter dem Aspekt unerheblich ab dem Zeitpunkt der Demission. Ich glaube, daß das auch die überwiegende Zahl der Leute, die hier Forderungen an die Vorwärts haben, in der Zwischenzeit begriffen haben. Es geht jetzt darum, daß in einer professionellen Weise hier diese Finanzsituation aufgearbeitet wird, daß die Forderungen auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden. In diesem Zusammenhang wird die Stadt noch einen weiteren Auftrag zu vergeben haben, nämlich an ein Treuhänderbüro, daß das wirklich auch exakt festgehalten wird, welche Forderungen gibt es, sind sie berechtigt, wenn ja, welchen Umfang hat hier die Gesamtverbindlichkeit der Vorwärts, damit man vor der Generalversammlung im Lichte des tatsächlichen Geschehens die Situation beurteilen und überlegen kann, in welcher Weise es weitergehen kann. Die Liquidität des Vereines ist eine weitere Frage, die natürlich zutage tritt. Man muß natürlich die Schulden und die Barmittel oder die Bankguthaben sichten und man muß laufende Kosten, die bis zum Beginn der Saison der Meisterschaft und der Vorbereitungsspiel usw. anfallen, auch in irgend einer Form begleichen können. Es wird vermutlich auch zu Zwischenfinanzierungen kommen müssen. Es wird auch Gespräche auf einer qualifizierten Ebene geben müssen, mit jenen, die diese Forderungen anmelden. Man wird auch Zahlungsvereinbarungen mit diesen Herrschaften abschließen können. Also, es ist kein Platz für irgend so ein bißchen Parteipolitik oder irgend einen Zinnober, sondern eine Knochenarbeit, für die wir die besten Leute aufgebieten haben, mit dem Ziel, daß wir uns temporär engagieren um langfristig diesen Verein wieder auf Kurs zu bringen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? (1 - LIF) Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich würde vorschlagen, daß wir 20 Minuten Pause machen.

Pause von 17.30 bis 18.00 Uhr

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich ersuche den Bürgermeister den dritten Antrag vorzubringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren. Antrag Nr. 3) beschäftigt sich mit der Förderung für BMW-Motoren GmbH und zwar für die 5. Ausbaustufe. Es waren intensive Verhandlungen notwendig um zu erreichen, daß ein Teil unserer Infrastruktur in Investitionen, hier von BMW aus, auch akzeptiert wurden und zwar in einem Ausmaß von etwas mehr als 6 Millionen Schilling. Ich stelle den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Fin-251/95 BMW-Motoren GmbH Steyr; Förderung der 5. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 2. Juni 1998 wird der BMW-Motoren GmbH, Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr, zur Realisierung der 5. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes Steyr mit Gesamtkosten in der Höhe von S 2,1 Mrd. folgende Förderung durch die Stadt Steyr gewährt:

2000: S 1.920.000,-- (= nicht ausgenützter Betrag aus Phase IV)

2001: S 8.000.000,--

2002: S 8.000.000,--

2003: S 6.244.000,-- (in Form von Infrastrukturmaßnahmen die im Zusammenhang mit dem BMW Motorenwerk stehen - z.B.: Nordspange, Gußwerkstraße, etc.)

S 24.164.000,--

Die einzelnen Beträge sind in den jeweiligen Jahren entsprechend zu budgetieren.

Ich bitte sie hier um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Forstenlechner hat sich als BMW-Vertreter zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich fühle mich als BMW-Mitarbeiter natürlich verpflichtet, daß ich zu diesem Punkt Stellung nehme. Als ich diesen Punkt auf der Tagesordnung gelesen habe, habe ich geglaubt, es handelt sich um einen Irrtum. Die 5. Ausbaustufe ist in unserem Werk eigentlich schon abgeschlossen und an der 6. wird bereits intensiv gearbeitet. Die heute zu beschließende Förderung ist ein Teil eines Förderungskonzeptes zwischen der Republik Österreich, dem Land Oberösterreich und der Stadt Steyr. Die Verhandlungen zu diesem Konzept haben erst vor einigen Wochen geendet. Mit dieser Förderung ist auch eine Absichtserklärung der Firma BMW Motoren verbunden, bis zum Jahr 2003, die 2300 Mitarbeiter zu halten. Gestatten sie mir aber auch ein paar Ausführungen zum Thema Förderungshöhe. Die Stadt Steyr, so steht es auch im Bericht, zahlt an BMW bis zum Jahr 2003 in Summe 159 Millionen Schilling. Aus Steuereinnahmen bekommt die Stadt Steyr ca. 60 bis 70 Millionen Schilling pro Jahr, oder in Summe, wenn man vom Jahr 1980 bis 1998 die Summe hernimmt, dann ist bereits eine Summe von 1 Milliarde Schilling an die Stadt Steyr zurückgeflossen. Die an alle BMW-Mitarbeiter ausbezahlte Lohnsumme pro Jahr beträgt 1 Milliarde Schilling. Jetzt sage ich einmal, ein guter Teil dieser Lohnsumme fließt ebenfalls wieder an die Stadt Steyr zurück. Ein wesentlicher Punkt, den man auch erwähnen sollte, ist die Verbesserung der Handelsbilanz in Österreich. Und zwar: Im Jahre 1997 war das eine Summe von 6,4 Milliarden Schilling, was an positiven Beträgen für Österreich übrig geblieben ist. Selbstverständlich ist BMW keine Firma die am Hungertuch nagt. BMW zählt am Weltmarkt zu den sogenannten Globalplayer. D.h., rund um den Erdball gibt es BMW Standorte. Der Wettbewerb unter den Standorten ist in unserer Firma geübte Praxis. Trotzdem, oder gerade deswegen, ist eine Förderung, welche in unserer Region Arbeitsplätze sichert, nicht nur sichert sondern auch zusätzliche schafft, zu unterstützen und als sinnvoll zu betrachten. Besonders erwähnen möchte ich bei der Gelegenheit auch, daß unsere Firmenleitung sehr bestrebt ist ein gutes Verhältnis mit dem Betriebsrat zu haben. Als eines der Ergebnisse dieses guten Verhältnisses möchte ich die jährlich an alle Mitarbeiter ausbezahlten, zusätzlichen, freiwilligen Sozialleistungen erwähnen. Im Jahr 1998 werden das 73,2 Millionen Schilling sein. Davon 28 Millionen Schilling für die Erfolgsbeteiligung, 27 Millionen Schilling für die Pensionskasse, 7 Millionen Schilling für den KVB-Prozeß - d.h. für den kontinuierlichen Verbesserungsprozeß - 10 Millionen Schilling für Zusatzurlaube und 1,2 Millionen Schilling für Fahrtkostenzuschüsse. Ich meine, daß es in Steyr, aber auch in Österreich, kaum einen Betrieb gibt, welcher ihre Mitarbeiter in so hohem Maße am Betriebserfolg teilhaben läßt. Ein positiver Nebeneffekt dieser Zusatzleistung ist selbstverständlich die positive Einstellung der Mitarbeiter zu ihrem Betrieb. Nicht unerwähnt möchte ich auch das Engagement von BMW im Bereich der Lehrlingsausbildung lassen. BMW wird heuer wieder 19 Lehrlinge aufnehmen. In Summe sind zur Zeit bei BMW 50 Lehrlinge in Ausbildung. Das Engagement am Kultursektor ist, glaube ich, allen bekannt. Die Erlöse aus diesen Veranstaltungen werden durchwegs karitativen Zwecken zugeführt. Heute ist das Engagement von BMW in Sachen Landesausstellung schon erwähnt worden. 15.000 Besuchern haben unsere Ausstellung „Drehmo-mente“ bisher gesehen. Das ist ein Zeichen dieses guten Engagements. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Hoflehner.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen. Ich stoße ins selbe Horn wie Herr GR Forstenlechner. Selbstverständlich unterstützt auch unsere Fraktion diesen Antrag. Ich möchte es auch mit ein paar Zahlen untermauern. BMW hat im Jahr 1995 31,7 Millionen Schilling, im Jahr 1996 33,8 Millionen Schilling, im Jahr 1997 34,4 Millionen Schilling Kommunalsteuer bezahlt. In diesem Jahr wird BMW fast 40 Millionen Schilling Kommunalsteuer zahlen. Das muß man dann in Relation zu den Kommunalsteuereinnahmen der Stadt Steyr sehen. Das sind heuer rund 180 Millionen Schilling und davon alleine 40 Millionen Schilling von BMW. Also ganz ein erklecklicher Anteil. Sie haben es schon gesagt, daß BMW eine gewaltige Stimulation für diese Region bringt. Ein Beispiel noch: Vor 12 Jahren war das Verhältnis Kfz-Industrie Export-Import 10:1 zu Ungunsten Österreichs. Jetzt, dank BMW und dank der Zulieferindustrie, ist dieses Verhältnis 11:10 geworden. Österreich ist dank BMW und deren Zulieferindustrie ein Nettoexportland geworden und ich denke, daß wir alle diesen Antrag unterstützen sollten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben jetzt sehr viel Lob über die BMW gehört. Ich glaube, es ist auch unbestritten. Es ist auch sicher unbestritten, daß wir heute diese Förderung beschließen. Auch wir sind selbstverständlich dafür. Es ehrt den Kollegen Forstenlechner natürlich auch, daß er ein bißchen Werbung für die BMW macht, das ist keine Frage. Wir sollten nur die Kirche im Dorf lassen. Wenn man als besonderen Verdienst die Lehrlingsausbildung hervorhebt, dann muß man schon ein bißchen der Realität ins Auge sehen und da ist diese Anzahl an Lehrlingen, bei über 2000 Beschäftigten, ein Klacks. Wenn BMW

heuer, gegenüber dem Vorjahr, die Lehrlinge fast verdoppelt hat, dann ist es zwar schon ein guter Anfang, ich hoffe aber, daß es bei Gott noch nicht das Ende ist, weil, auch um ihre Facharbeiter zu bekommen, müssen sie etwas tun und noch viel verstärkter in die Ausbildung eintreten. Das ist auch eine Förderung, daß das Land und der Bund immer wieder, auch BMW, gegenüberstellt. Ich war selbst schon bei diesen Gesprächen dabei, wo auch, wenn wir gesagt haben wir fördern euch, aber bitte dann macht auch etwas für die Lehrlinge. Ich bin der Meinung sie tun noch nicht genug dafür. Was bei den ganzen Förderungen für BMW natürlich, was mir wie ein Stein im Magen liegt, ist, daß diese 19 Millionen natürlich gerechtfertigt sind, wir wissen genau, daß die Förderungszusagen von Bund und Land davon abhängig sind, daß die Stadt auch fördert. Darum machen wir es natürlich auch und, weil wir froh sind, daß wir BMW hier haben. Nur, sollten wir aufgrund dieser Tatsache nicht sagen, gut, wir haben nur einen gewissen Topf, und weil der von BMW ausgeschöpft wird, erhöhen wir die kleineren und mittleren Betriebe nicht. Das wäre sicherlich der falsche Weg, weil wir wissen, daß Konzerne genauso krisen- und konjunkturanfällig, oder vielleicht noch stärker, sind wie kleine Unternehmen. D.h., wir brauchen eine starke, mittlere und kleine Struktur in unserer Region. Darum geht wirklich mein Ersuchen an die Stadt, trotz dieser BMW-Förderung, auch im nächsten Budget ausreichend Mittel für die kleinen und mittleren Betriebe vorzusehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Herr Kollege Mayrhofer ich glaube 24.164.000,-- Schilling und nicht 19 Millionen waren das.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das stimmt, das müssen sie genau durchlesen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ein paar Bemerkungen zu dieser Förderung ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es gibt eine interne Sache ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sei's wie's sei.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... die unter dem Strich für die Stadt sehr wichtig sind. 24 Millionen sind auch für die Stadt Steyr in der Größenordnung ein sehr ansehnlicher Betrag. Ich möchte mich aber durchaus ihrer etwas kritischen Betrachtungsweise anschließen. Ich glaube nämlich auch, daß ein Betrieb mit 2300 Beschäftigten, jetzt nimmt BMW laut Zeitungsberichten wieder 90 oder 100 Personen auf, was ja auch sehr erfreulich ist, es nicht als großen Erfolg auf seine Fahnen heften kann, daß er 50 Lehrlinge ausbildet. Ich glaube 19, man muß das relativieren, einmal waren es auch 14, jetzt sind es 19. Ich glaube, daß das ein ziemliches Trauerspiel ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sieben waren es auch schon.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... ist und wir werden ja in ein paar Monaten vor der selben Situation wie in den letzten Jahren stehen, daß jetzt wieder viele Jugendliche, auch in der Stadt Steyr, zu kämpfen haben werden, daß sie einen Ausbildungsplatz erhalten. Ich glaube, daß ein Betrieb nicht nur, weil er ganz schöne Förderungen bei uns bekommt, es steht auch hier im Amtsbericht, daß sie immerhin schon inzwischen 134,9 Millionen Schilling sind, unabhängig dieser Förderungen, sowieso die moralische Verpflichtung hätte, sich um die Jugendlichen, um die Jugendarbeits-plätze, um die Ausbildung der Jugendlichen in etwas größerem Ausmaß anzunehmen hätte. Wenn wir der Wirtschaftsforschung glauben dürfen, werden wir wahrscheinlich in ein paar Jahren sowieso vor der grotesken Situation stehen, daß wir zuwenig Facharbeiter haben und dann wahrscheinlich auf ausländische Hilfsarbeiter ...

Zwischenruf: Portugiesen

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... oder andere Kräfte zurückgreifen müssen. Ich weiß nicht, wo dann der Bedarf an Facharbeitern herkommen soll. Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Kollege Mayrhofer, daß diese Mittel den kleineren und mittleren Betrieben, daß die vielleicht manchmal zuwenig bekommen, darüber kann man durchaus diskutieren, eigentlich abgehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das sie abgehen?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das dieser Betrag den man jetzt BMW gibt, unter dem Strich den anderen Steyrer Unternehmen abgeht, weil ich schon glaube, daß ja durch die Investitionen, durch die Bautätigkeiten, durch die Zulieferfirmen, durch viele, viele andere Dinge, die auf diesem Werks-areal entstehen, wiederum der kleinen und mittelständigen Wirtschaft zugute kommen, die ja auch wieder Aufträge erhält. Wie gesagt, nicht nur die Bauwirtschaft sondern auch in vielen anderen Bereichen der Zulieferindustrie usw.

Was mir ein weiteres Anliegen ist und das möchte ich, ich habe es schon einige Male in Zusammenhang mit Subventionen, mit Förderungen für BMW aber auch für andere Betriebe durchaus unsere eigenen mit inbegriffen, erwähnt, daß wir das System der Lehrlingsausbildung vielleicht in Zukunft auf andere Füße stellen müssen. Warum macht man nicht endlich, wie ja schon von einigen Seiten erwähnt wurde, den Versuch, eine über-regionale Lehrwerkstätte zu gründen, wo dann diese ganzen Betriebe, nicht nur die großen sondern auch die mittleren Betriebe, einzahlen, wo eine große Anzahl von Jugendlichen ausgebildet werden kann und letzten Endes, weil das ist ja auch des große Problem, weil die Betriebe nicht mehr so wie früher die Lehrlinge in dieser Anzahl, wenn sie ausgebildet sind, behalten können, daß dann diese Lehrlinge der anderen Wirtschaft als Facharbeiter zur Verfügung stehen. Ich glaube, daß es wahrscheinlich letzten Endes gar nicht anders gehen wird. Wir haben eine hervorragende Lehrwerkstätte in Steyr. Eine große, daß wir die als überregionale Lehrwerkstätte aufbauen, mit vielen Beteiligten, vom Arbeitsmarktservice angefangen, aber auch zu den Betrieben und letzten Endes alle, die in der Region als Gewerbe- oder Industriebetriebe tätig sind, davon profitieren werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Gemeinderätin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nur zu ihrer Kenntnis: Dieser Antrag, wo es immerhin um 24 Millionen Schilling geht, wurde zuvor in keiner Weise in irgend einem Gremium, wo alle Fraktionen vertreten sind, diskutiert. Es ist auch kein Wunder, weil, den vom Liberalen Forum vehement geforderten Wirtschaftsausschuß, den es selbstverständlicher Weise in Linz und Wels längst gibt, der wird in Steyr nicht installiert, weil das die SPÖ und die ÖVP partout nicht wollen. Die Wirtschaft soll aus Sicht der SPÖ Chefsache, sprich alleinige Angelegenheit des geschätzten Herrn Bürgermeisters, und aus Sicht der ÖVP Kammersache, sprich Sache des Wirtschaftskammerobmannes und Fraktionsvorsitzenden Mayrhofer, sein und bleiben. Der Finanz- und Rechtsausschuß, der mit diesem Antrag sehrwohl befaßt werden hätte können, wurde wieder einmal mangels Thema abgesagt. Fazit, der Herr Bürgermeister und zugleich Vorsitzende des Finanz- und Rechtsausschusses findet wohl demnach, 24 Millionen sind kein Thema. Für mich sind diese 24 Millionen aber sehrwohl ein Thema. Darum ist hier und heute bedauerlicher Weise für mich die einzige Chance, diese 24 Millionen zum Thema zu machen und ihre Zeit zu beanspruchen. Das derart hohe Förderungen sehrwohl ein Ausschußthema wären, dem stimmt ja sogar unser geschätzter Herr Bürgermeister zu, der die Subventionsproblematik allerdings etwas sehr spielerisch sieht. So kann man am 14. September 1995 in einer Gemeinderatssitzung, ebenfalls zur Förderung BMW Ausbaustufe, vernehmen. Wir können ja gar nicht heraus aus diesem Spiel. Es spielt der Bund mit, das Land spielt mit, auch andere Regionen und andere Länder spielen mit, es spielt auch die EU mit. Unser werter Herr Bürgermeister erkennt aber sehrwohl, daß derartige Millionenförderungen viel Geld sind. Sagt er doch gleichzeitig: „Aber es ist eine große Belastung für die Stadt und die Steuerzahler dieser Stadt.“

Bitte?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich unterschreibe das alles, was ich damals gesagt habe, auch heute noch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Hoffentlich. Also ist es sinnvoll über den Sinn dieser Förderung nachzudenken. Schauen wir und doch einfach einmal die Entwicklung von BMW an. Da können wir sehen, ich habe mir den Geschäftsbericht von 1997 auf das Nachtkästchen gelegt und habe ihn auch studiert, und muß sagen, eine einzigartige Erfolgsstory. Wir haben einen Jahresüberschuß des Konzerns nach Steuern im Jahr 1996, von 5.000.740.000,-- Schilling. Wir haben im Jahr 1997 einen Jahresüberschuß, nach Steuern, von 8.722.000.000,-- das ist von 1996 auf 1997 eine Steigerung von 52 %. Zitiert aus dem Report 1997 - BMW in Österreich. „BMW fühlt sich in Österreich zuhause. Das Umfeld, die Bedingungen, die Umwelt sind stimmig. Das BMW-Motoren-Werk in Steyr ist eines der produktivsten unter den BMW-Werken im Konzern.“ Dazu kann man nur gratulieren. Weiters aus dem Geschäftsbericht 1997: „Der BMW-Konzern ist weiterhin in guter finanzieller Verfassung. Der Jahresüberschuß nimmt um 52 %, auf 8.722.000.000,-- Schilling zu. BMW schlägt deshalb seinen Aktionären eine deutlich höhere Dividende vor.“ Der Cashflow nahm ebenfalls zu, und zwar um 5,6 Milliarden Schilling auf 43,3 Milliarden Schilling und überdeckte darum damit die Investitionen in der Sachanlagevermögen. Im industriellen Geschäft überdeckt der Mittelzufluß aus laufender Geschäftstätigkeit den Mittelabfluß aus der gesamten Investitionstätigkeit dieses Geschäftes. D.h. BMW kann seine Investitionen auch aus dem

Cashflow decken. Soweit die Erfolgsstory, zu der man nur gratulieren kann. Steyr hat von BMW enorm profitiert, keine Frage. BMW ist daher förderungswürdig. Die andere Frage ist aber: Ist es tatsächlich notwendig BMW zu fördern? Wenn wir in einem kurzen Rückblick anschauen, es steht ja auch im Amtsbericht, so haben wir in den letzten Ausbaustufen 135 Millionen Schilling an Förderungen an BMW ergehen lassen. Mit dem heutigen Antrag bekommt dann BMW von der Republik Österreich mehr als 230 Millionen Schilling und vom Land Oberösterreich mehr als 90 Millionen Schilling. Für mich stellt sich schon die Frage, ob diese Subventionsautomatik weitergehen sollte. Kollege Forstenlechner hat ja schon erwähnt, daß die Ausbaustufe 5 schon längst beendet ist. D.h., es geht hier nicht um einen Förderung für die Zukunft, um eine Investition in die Zukunft, die sonst vielleicht ohne diese Förderung nicht stattfinden würde, sondern, es ist eine rückwirkende Förderung, weil diese Stufe bereits 1997 abgeschlossen wurde.

Was machen wir aber heute? Wir beschließen im Jahr 1998 - das ist für mich der Knackpunkt - die Verwendung von Geldern zwischen den Jahren 2000 und 2003. Wir haben gerade eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt bekommen, die heute auch schon zitiert wurde. Daraus kann man entnehmen, daß die freie Finanzspitze, nämlich der Saldo zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben von 1998 bis 2001, kontinuierlich sinken wird. Nämlich von diesen 34 Millionen heuer, auf 17 Millionen im Jahr 1999, auf 6 Millionen im Jahr 2000, bis diese Finanzspitze im Jahr 2001, in Steyr, bereits negativ sein wird, mit einem Minus von 4 Millionen. D.h., wir geben dann schon mehr aus, als wir laufend einnehmen. Was im Jahr 2003 sein wird, kann man sich, ohne große Fantasie zu benötigen, ausmalen. Wir werden dann aus den Rücklagen arbeiten müssen. Fazit: Es kann keineswegs davon die Rede sein, daß wir eine Investition eventuell verhindern würden, wenn wir die Förderung nicht gewähren. Zugleich kann aber aus kaufmännischer Sicht, und in Anbetracht der Finanzentwicklung der Stadt, vor diesem heutigen Beschluß gewarnt werden. Eines ist nämlich sicher, sie haben es heute schon erwähnt, alles was wir auf der einen Seite, seitens der Stadt, ausgeben, müssen wir auf der anderen Seite irgend jemand anderen wegnehmen. Ich will mir nicht vorstellen müssen, was wir wieder alles unerledigt lassen bzw. an Tarif- und Gebührenerhöhungen uns einfallen lassen müssen, um die Finanzierung für einen hochprofitablen Betrieb, nämlich BMW, aufzubringen. Vor allem, wenn wir uns anschauen, daß wir für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, außer BMW, nur drei Promille im Budget ausgeben. Da liegen wir derzeit bei ungefähr 3 Millionen Schilling. Zugleich haben wir aber längst erkannt, daß wir ein Problem haben. Da sind wir uns alle einig, unabhängig der Fraktionen. Wir haben einen falschen Branchenmix. Die Großindustrie dominiert. Wir tun aber viel zuwenig für Handel und Gewerbe. Nur, wir ändern daran nichts. Wir stellen es immer nur fest. Das andere ist, ein bißchen provokant gesagt, der Ausdruck „Shareholder value“ - die Gewinnmaximierung. Ich frage mich hier: „Betreiben wir da nicht Gewinnmaximierung auf Kosten der Steuerzahler und der Steyrer Klein- und Mittelbetriebe?“ Wenn BMW selbst in seinem Geschäftsbericht festhält, daß aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung die Dividende für die Aktionäre erhöht werden kann. Fazit: BMW ist zu seinem super Geschäftsjahr 1997 zu gratulieren. Auch die Entscheidung der Stadt, Förderungen einzelner Ausbaustufen, im Bereich Forschung und Entwicklung, zu gewähren, kann prinzipiell gut geheißen werden. Nur ist es jetzt an der Zeit, neue Wege zu bestreiten und die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken, weil wir brauchen nicht nur das Standbein Industrie, wir brauchen auch die Standbeine Handel, Gewerbe und Tourismus. Dazu kommt, daß die Finanzentwicklung der Stadt Steyr bei der gegenläufig zur positiven Entwicklung von BMW vonstatten geht. Das habe ich ihnen ja gerade versucht, aufgrund des mittelfristigen Finanzplanes, zu erläutern. Alleine aus diesem Grund sollte man jetzt nicht 1998 eine Verpflichtung eingehen, finanzielle Mittel zwischen 2000 und 2003 aufzubringen. Ich fordere sie deshalb auf, in Zukunft eine gezielte Wirtschaftspolitik statt Subventionsautomatik einzuführen. Ein Bekenntnis meinerseits zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, zu mehr Branchenmix, aktiver Betriebsansiedlungspolitik und Schaffung von Verkehrsinfrastruktur. Wir müssen endlich jene stärken, denen es nicht so gut geht wie BMW. BMW geht es erfreulicher Weise sehr gut. Vielen anderen geht es nicht so gut und die gilt es zu stärken. Deshalb, leider ein „nein“ zu 24 Millionen Subventionsautomatik für BMW Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist wieder Gemeinderat Forstenlechner.

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte nur ein paar kleine Ergänzungen zu Herrn Mayrhofer, zur Lehrlingsthematik bringen. Es stimmt schon, wir haben mit September in Summe knapp über 50 Lehrlinge. Das ist für so einen großen Betrieb sicher sehr wenig. Es ist aber gegenüber dem letzten Jahr eine Steigerung von fast 100 %. Es ist lobenswert, daß unsere Firma das erkannt hat. Es ist jetzt bereits der Fall eingetreten, daß am freien Arbeitsmarkt diese Fachkräfte, die wir jetzt brauchen, eigentlich gar nicht mehr so leicht zu erhalten sind. D.h., es ist eine Notwendigkeit, daß diese Zahl erhöht wird.

Zum Thema: Warum fördert man BMW und warum fördert man nicht mehr die Klein- und Mittelindustrie? Ich habe vor 18 Jahren miterleben dürfen, wie unsere Firma eröffnet wurde. Da ist neben Kreisky und von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender von BMW, auch der ehemalige LH Ratzenböck aufgetreten. Er hat damals auch ganz stark für die Förderung der Klein- und Mittelindustrie plädiert. Die Kernaussage, die hat mir damals sehr imponiert, vom Vorstandsvorsitzenden von BMW war die, daß er gesagt hat: „Herr Ratzenböck, ich lade sie ein nach Bayern, kommen sie in unsere Werke nach Dingolfing, nach Landshut und schauen sie sich die Entwicklung der Umgebung und die Industrie in der Gegend an. Wo sich BMW hinsetzt gedeiht und blüht auch die andere Industrie und das Gewerbe auf.“ Das hat er dort ganz deutlich gesagt und ich habe mir das im Fernsehen dann angesehen, weil es nachher wieder ganz anderes herausgekommen ist, deswegen habe ich mir das auch so gut gemerkt. So ist es auch und wir brauchen da kein neues Förderungskonzept. Wenn wir Firmen unterstützen, die Arbeitskräfte schaffen und sichern, dann ist das die beste

Investition die wir machen können. Das wollte ich eigentlich nur dazu sagen.

Zu Frau Frech: Ich glaube, recht viel brauche ich nicht erwähnen. Gott sei Dank entwickelt sich BMW so positiv. Ich bin der Ansicht, im internationalen Wettbewerb ist es trotzdem notwendig, daß Subventionen bezahlt werden. Wir stehen nämlich bei jeder Entscheidung, wenn irgendwo nur eine Linie gebaut wird, wo eine Kurbelwelle produziert werden soll, im Wettbewerb zu München, England, Amerika und Südafrika. Da müssen wir unsere Zahlen auf den Tisch legen und nur der bekommt den Zuschlag, der wirklich kostengünstig einen Teil produzieren kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr Gemeinderat Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Einen Satz noch zur Frau Kollegin Frech vom angeblich liberalen Forum.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Der Grund, warum ich jetzt noch einmal da herausgegangen bin, ist der, weil ich wirklich von ihren ideologischen Rösselsprüngen fasziniert bin. Es hat hier im Gemeinderat vor ihrer, aber auch vor meiner, Zeit eine Fraktion gegeben, die jetzt nicht mehr vertreten ist. Das war der Herr Tremel Otto. Der hat genauso argumentiert wie sie heute, kommt aber aus einem ganz anderen Eck, weil dem seine Reden haben angeblich immer zum Schluß beim D 34 und mit dem 12. Februar '34 geendet. Aber der hat auch immer wieder gesagt, wie kann man einem Betrieb, einem Großkonzern, diesen bösen, blutsaugenden Kapitalisten noch das sauer verdiente Steuergeld in den Rachen werfen, wo sie doch eh soviel Profit machen. Er hat immer von Profitgier und ähnlichen ideologischen Sätzen aus der Mottenkiste gesprochen. Ich glaube, so einfach ist es nicht. Es ist oberflächlich betrachtet, da gebe ich ihnen vielleicht sogar durchaus Recht, wenn man die Bilanz, die ja sie erfreulicher Weise heute zitiert haben, so anschaut und sieht, welche Gewinne BMW macht und sagt, wir werfen dennoch das Geld nach. Die Tatsache, die Praxis, das wirkliche Leben ist halt dann so, daß, wenn wir Betriebe nicht fördern, sie woanders hingehen. Der Grund, warum wir in Steyr von Haus aus ein bißchen schlechte Positionen vorfinden um Betriebe hier anzusiedeln, sind ja vielschichtig. Das ist die schlechte Verkehrssituation und viele andere Dinge. Sie gehen natürlich auch nach Steyr, weil in Steyr ein großes Potential an hervorragenden Facharbeitern vorhanden ist. Da könnten wir wieder zur Lehrlingsdiskussion zurückkommen, was ich aber nicht mehr anfangen will. Ich glaube, daß wir aus dieser Zwickmühle wahrscheinlich nicht herauskommen werden. Ich weiß keine Antwort darauf, das muß ich ihnen ganz ehrlich sagen. Wir werden uns auch in Zukunft dazu bekennen müssen, Betriebe zu fördern, wir werden da nicht herauskommen. Bitte, die 2300 oder bald 2400 oder hoffentlich bald 2500 Leute, je mehr desto besser, die bei BMW arbeiten, die dort erfreulicher Weise so wie in den anderen Großbetrieben, ja nicht schlecht verdienen, in Steyr verdienen wir ja noch relativ gut wenn man sich vergleichsweise andere Regionen anschaut, die lassen ja auch viel Geld in diesen Betrieben, die der Herr Mayrhofer hier immer vertritt. In den Geschäften am Stadtplatz oder weiß ich wo immer. Das ist ja auch eine sehr positive Entwicklung, die ja hoffentlich auch in Zukunft anhalten wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Gemeinderat Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Ein Globalplayer hat es natürlich leichter. Er kann sich wirklich aussuchen, wo er seine Fabriken hinstellt und da kommt es eben auf die Rahmenbedingungen an. Er braucht das Geld nicht unbedingt, aber er wird es fordern und geht dort hin, wo er es bekommt. Die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ist ein ganz wichtiger Punkt. Man muß das aber wahrscheinlich getrennt von dem betrachten, was ein Großkonzern hier der Region bringt. Für die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ist natürlich, und das wäre in Richtung Zulieferer BMW oder dieser Großkonzerne, dieser Industriepark ganz wichtig, daß da bald etwas realisiert wird, daß sich dort eben diese Betriebe ansiedeln können und etwas in diese Richtung entsteht. Mit der Zahlung rückwirkend, ich glaube nicht, daß es rückwirkend war. Offensichtlich, aus welchen Gründen auch immer, war es säumig. Soweit ich weiß, war es vorher ausgemacht. Dann haben die es gemacht und jetzt bekommen sie dafür das Geld. Es wird möglicherweise auch so sein, daß bei der nächsten Ausbaustufe irgend etwas ausgehandelt wird, dann werden die das bauen und wahrscheinlich werden sie dann im nachhinein das Geld bekommen. Da ist, glaube ich, schon ein gewaltiger Unterschied.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch wer das Wort? Schlußwort Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Natürlich tut uns das weh, wenn wir 24 Millionen Schilling fördern müssen. Ich unterschreibe, Frau Kollegin Frech, das alles noch einmal, was ich beim letzten Mal gesagt habe. Ich habe es nicht nur hier, sondern auch den Herren, mit denen die Verhandlungen geführt wurden, gesagt. Natürlich ist es kein Klacks und natürlich ist es nicht mein Sondervergnügen über solche Förderungen zu reden und sie dann vorzuschlagen.

Wir haben uns darüber auch im Stadtsenat auseinandergesetzt. Es ist eigentlich so gewesen, daß ich den Herren gesagt habe, so wie sie das vermeint haben, wir werden die 5. Ausbaustufe nicht fördern. Was ursprünglich auch von BMW zur Kenntnis genommen wurde. Allerdings sind die Herrschaften dann zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leitl gegangen, der halt für Wirtschaftsfragen im Land zuständig ist, und haben vermeint, daß sie die 24 Millionen von ihm bekommen. Der hat gesagt, ich werde das auch nicht bezahlen, weil der Bund, der früher 70 % gefördert hat, hat eh schon auf 66 % reduziert und die 4 % muß ich schlucken. Er hat mich eingeladen und ich habe mir sogar einen Termin aussuchen können, was ein besonderes Privileg ist. Er hat mir dann sehr eindringlich erklärt, daß die Investitionsneigung von BMW nicht durch solche Manöver der Gemeinde in irgendeiner Weise infrage gestellt werden sollen. Ich habe ihm gesagt, ich habe da keine Bedenken, weil wir haben nie eine Förderung zugesagt. Allerdings ist hier die Kombination die, wo ich eben letztes Mal gesagt habe, wir können ja nicht aus. Es wird mit dem Bund verhandelt und es gibt einen Schematismus. Das alles wird noch von der EU abgeprüft, dadurch ist es etwas billiger geworden. Ursprünglich ist die Gesamtinvestitionssumme für die 5. Ausbaustufe ja deutlich höher gewesen als 2,1 Milliarden Schilling. Die 2,1 Milliarden Schilling sind nur jene, die von der EU als förderungswürdig zuerkannt wurden. Da ergibt sich für uns eben dieser Betrag von 24 Millionen Schilling. Man kann natürlich auch nein sagen. Dann sagen aber auch Bund und Land nein. Dann schaue ich mir an, wie das wirklich wäre, selbst wenn es nicht zutrifft, wie die Argumentationslinien verlaufen würden. Auch hier in diesem schönen Saal und unter den Fraktionen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie da auch eifrig mitwirken würden, wenn es dann nächstes Mal geht Amerika, oder wie du gesagt hast, überhaupt andere Standorte, Deutschland, Südafrika, es geht immer darum. Jede Investition die im Ausland gemacht wird und ohnehin im Ausland gemacht werden würde, wird unter dem Titel verkauft, weil ja die Standortgemeinde die Vorteile des Investments von BMW nicht erkennt. Die leben ja hinter dem Mond. So ungefähr würde diskutiert werden. Dann würde ich ganz sicher auch wieder die Schuld haben. Ich habe mich also sehr gewehrt und sehr intensiv verhandelt. Die BMW-Vorstände muß man erst einmal dazu bringen, daß sie von dem Betrag 6 Millionen Schilling herunterstreichen und für Infrastrukturinvestitionen, die wir in diesem Bereich tätigen, akzeptieren. Die Gußwerk- und Messererstraße haben wir natürlich schon auch wegen BMW gemacht, aber hauptsächlich auch wegen Münichholz, wenn ich das in Erinnerung rufen darf. So sieht das aus.

Ist BMW ein Geschäft? Das wurde von mehreren Seiten gesagt. Wenn wir eine Milliarde Schilling an Steuereinnahmen erzielt und 134 Millionen bezahlt haben, dann ist das ein Geschäft das ein jeder von uns machen würde, wenn er könnte. Also, für die Stadt war es ein gutes Geschäft. Natürlich ist es zutreffend, daß BMW weit mehr als nur Steuerzahler ist. Es ist auch richtig angeführt worden, daß das Wichtigste eigentlich die Beschäftigung von 2300 Leuten ist. Die beständige Kaufkraft die in der Stadt ist. Wenn wir von 2 Milliarden Kaufkraft sprechen, ja bitte, wo kommen die denn her? Wenn wir schon wissen, daß die Lohnsumme bei BMW eine Milliarde ist, da kann man sich das ungefähr ausrechnen. Ich möchte noch dazu sagen, obwohl ich sage es tut mir weh und es ist richtig, daß BMW diese Förderung nicht bräuchte, aber die Globalplayer spielen sich das natürlich schon aus. Sie bekommen die Förderung natürlich auch überall anders. D.h., es sind eh die anderen Vorteile die wir bieten, nämlich die guten Fachleute, die in Wahrheit den Ausschlag für das Investment der Europäer in Steyr geben. Davon bin ich 1000%ig überzeugt und es wurde auch von denen allen bestätigt. Geld bekommen sie überall, wenn nicht mehr in anderen Bereichen. Allerdings haben sie nicht die guten Leute und daher muß man auf die Ausbildung sehr großen Wert legen.

In einem Punkt muß ich Kollegen Payrleithner, ich gebe ihm ja nicht immer Recht, Recht geben. Ich habe zu Dr. Pfeil gesagt, sie machen jetzt die Arbeit von den „Kummerln“, die früher da in dieser Weise das transportiert haben. Das ist schon eine sehr interessante Entwicklung, die da rein politisch und ideologisch Platz gegriffen hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH.

D.h., ich habe das Problem mich ideologisch nicht einordnen zu können?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, macht eh nichts. Ich stelle ja nur fest, daß ich auch darüber sehr froh war und dafür sehr gekämpft habe, und viele andere, aus unterschiedlichen politischen Lagern, daß wir Ziel- 2-Gebiet geworden sind. Rufen wir uns das schon in Erinnerung und daß wir aus dem Titel Ziel-2-Gebiet und Förderungen von der EU weitaus den größten Happen von den oberösterreichischen Regionen bekommen haben. Natürlich spielt dabei auch BMW eine Rolle, aber auch die anderen Projekte, die wir mit Regionalmanagement usw. zustande gebracht haben. Ziel-2 läuft im Jahr 1999 aus. Also, bei der nächsten Ausbaustufe wird die Argumentation jedenfalls nicht mehr die gleiche sein können. Ich bin aber überzeugt, daß sie schon wieder scharf nachdenken, wie sie sich irgendetwas anderes einfallen lassen können. Richtig ist auch die Förderung dieses großen Unternehmens oder so Sonderförderungen, die wir ja nicht nach unseren Förderungskriterien abwickeln, die dürfen nicht dazu führen, daß die Klein- und Mittelbetriebe hier weniger bekommen und das ist auch keineswegs unsere Absicht, daß so etwas passiert. Daher belastet es uns zusätzlich in voller Höhe. Die Überlegung, das nicht jetzt zu bezahlen, also, daß es jetzt zum Beschluß hier liegt, hängt ja mit dem zusammen, daß wir uns gesperrt haben. Sie hätten es eh schon früher haben wollen, Frau Kollegin. Aber, wäre das gut gewesen für die Stadt? Kollege Lengauer ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... wenn wir es schon voriges Jahr oder vor zwei Jahren bezahlt hätten. Ich sage, es wäre nicht gut gewesen. Also, in

diesem Sinne, weil es uns natürlich sehr nützt, weil wir sehr froh sein müssen, daß BMW bei uns ist und weil wir nicht davon leben können, daß wir Österreicher uns gegenseitig die Haare schneiden, sondern weil wir die Industrie natürlich auch brauchen, mit ihrem Exportziffern, die sie erzielen, bis zur Handelsbilanz hin, und weil sie Kaufkraft ins Land bringen wie nichts anderes. Es ist eine Entwicklung im Gange und da gebe ich ihnen Recht, daß wir uns dagegen nicht wehren können, daß ein großes Unternehmen mit Milliardengewinnen von uns gefördert werden muß, obwohl wir um dieses Geld dafür einen neuen Kindergarten bauen könnten. Das ist eine politische Entwicklung die weltweit und global passiert. Es ist auch eine ideologische Entwicklung gegen die wir momentan, in dieser zeitgeistigen Strömung, nicht angekommen sind. Ich sage das als Sozialdemokrat, weil es ist ja doch von allen gesagt worden, daß wir den freien Markt brauchen und, daß sich die Politik doch um Gottes Willen nicht hineinmischen soll. Natürlich gibt es nichts flüchtigeres als das Kapital. Es flüchtet dorthin, wo es am meisten Ertrag abwirft. Das ist die Situation mit der wir es zu tun haben. Das kann das kleine Österreich alleine nicht ändern. Es könnte das große Europa, gerade im Zusammenhang mit der neuen Währung, ein Gegengewicht aufbauen und über diesen riesigen Markt, der sich daraus ergibt, schon auf diese ganzen Prämissen Einfluß genommen werden, die hier entscheidend sind. Wir können es hier diskutieren, aber ändern werden wir es heute sicher nicht können. Ich würde nur eines in Erinnerung rufen: Am Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, im Jahr 1987, 1988, 1989 und 1990, wenn wir da BMW nicht gehabt hätten, dann hätten wir schön ausgeschaut. BMW war in Wirklichkeit gerade rechtzeitig, bevor die Steyr-Daimler-Puch AG in den Keller gegangen ist, vorhanden. BMW, die Beschäftigung, die Kaufkraft und das ständige Investment hat uns davor bewahrt, daß wir in dieser Situation am Boden durchgeschlagen sind. BMW war in Wirklichkeit ein Rost, an dem wir uns noch orientieren, erfangen konnten. Natürlich hat uns BMW auch geholfen uns schneller zu erholen und wieder durchzustarten. Das muß bei dieser Gelegenheit auch gesagt werden. Daher glaube ich, daß wir gerade durch dieses Verhandlungsergebnis, nur $\frac{3}{4}$ dieser ursprünglich auf Bundes- und Landesebene ausgehandelten Förderungsvolumen, das auf die Stadt entfallen würde, zahlen müssen, sogar als ein Erfolg betrachtet werden kann. Nach 1999 wird sich die Förderungspolitik ohnehin auch ändern und wir werden hier aus EU-Gründen und der Prüfung, die erfolgt, und die ohne Ziel-2-Gebiet solche Förderungen aus Wettbewerbsgründen nicht mehr zuläßt, andere Situationen vorfinden, mit denen wir uns dann zu beschäftigen haben. Im gegenständlichen Fall bitte ich sie natürlich diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Eine Gegenstimme (LiF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Förderung von Technologiepraktikanten des Technologiezentrums der Steyr-Daimler-Puch AG. Ich darf daran erinnern, daß wir das einige Jahre schon mit großem Erfolg tun, daß dadurch Steyrer Besucher von weiterführenden höheren Schulen, die Chance erhalten, direkt in einem hochinteressanten Bereich, nämlich im Forschungs- und Entwicklungsbereich, tätig zu werden. Meist ist das hier eine riesengroße Chance, die sie mit großem Eifer aufgreifen und ihnen damit eine große Chance geboten wird, rasch, schnell und sehr erfolgreich ins Berufsleben einzusteigen. Ich darf ihnen folgenden Antrag vortragen.

Fin-132/98 Förderung von Technologiepraktikanten des Technologiezentrums der Steyr-Daimler-Puch AG (TZS).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 26. Mai 1998 wird dem Technologiezentrum der Steyr-Daimler-Puch AG (TZS), Schönauerstraße 5, 4400 Steyr, für maximal vierzehn Technologiepraktikanten mit ordentlichen Wohnsitz in Steyr pro Praktikant ein einmaliger nicht rückzahlbarer Zuschuß in der Höhe von S 9.000,-- für das Jahr 1998 gewährt.

Vor Auszahlung dieses Zuschusses ist seitens des TZS der entsprechende Nachweis über die Aufnahme der einzelnen Praktikanten zu erbringen.

Zu diesem Zweck werden bei VSt. 5/782000/776010 Mittel in der Höhe von S 126.000,-- für das Rechnungsjahr 1998 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine finanzpolitische Aktion. Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG mit Fixverzinsung und eine Umschuldung. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Fin-133/98 Darlehen der Österr. Kommunalkredit AG mit Fixverzinsung; Umschuldung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 2. Juni 1998 wird der vorzeitigen Tilgung der aushaftenden Darlehen bei der Österreichischen Kommunalkredit AG in der Höhe von S 24.050.000,-- bzw. S 6.582.384,43, gegen Bezahlung eines Pönale von 5 % der vorzeitig zurückgezahlten Beträge, das sind S 1.202.500,-- bzw. S 329.119,22, zugestimmt.

Die für die vorzeitigen Tilgungen notwendigen Kreditüberschreitungen für das Rechnungsjahr 1998 bei verschiedenen Voranschlagstellen des ordentlichen Haushaltes (1/xxxxxx/346000) in der Höhe von insgesamt S 30.633.000,-- werden genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung erfolgt durch die Aufnahme der nachstehend angeführten Barvorlagen. Die Pönale werden im Rahmen des normalen Schuldendienstes abgewickelt. Die dazu notwendigen Kreditübertragungen im Rechnungsjahr 1998 in der Höhe von insgesamt S 1.532.000,-- von verschiedenen Voranschlagstellen des ordentlichen Haushaltes (1/xxxxxx/650000) auf VASSt. 1/950000/657000 werden ebenfalls genehmigt.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt im Rahmen der nachstehend angeführten Höchstbeträge am Geldmarkt, nach Einholung entsprechender Angebote, Barvorlagen bei verschiedenen Kreditinstituten aufzunehmen.

ab Barvorlagen-Rahmen 31.577.597,76

15.10.1998 30.632.384,43

31.01.1998 28.782.384,43

15.04.1999 27.801.633,89

31.07.1999 25.951.633,89

15.10.1999 24.936.664,55

31.01.2000 23.086.664,56

15.04.2000 22.034.934,31

31.07.2000 20.184.934,31

15.10.2000 19.095.111,70

17.245.111,70

ab Barvorlagen-Rahmen

16.155.333,15

14.265.333,15

13.095.119,36

31.01.2002 11.245.119,36

15.04.2002 11.100.000,00

31.07.2002 9.250.000,00

31.01.2003 7.400.000,00

31.07.2003 5.550.000,00

31.01.2004 3.700.000,00

31.07.2004 1.850.000,00

31.01.2005 0,00

Die Verzinsungen der Barvorlagen erfolgen zum jeweils gültigen Geldmarkindikator (dzt. VIBOR) der jeweiligen Laufzeiten (z.B. 3 Monats-, 6 Monats-VIBOR, etc.) zuzüglich einem geringen Aufschlag. Die Barvorlagen können auch über den jeweiligen Jahresresultimo aushaften.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ehrungen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates.

Präs-139/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D.Karl Holub.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Mai 1998 wird Herrn Stadtrat a. D. Karl Holub mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als langjähriger Mandatar, Stadtrat und Vizebürgermeister, insbesondere für sein beispielhaftes Engagement bei der Sanierung des Alten- und Pflegeheimes Tabor sowie seiner Verdienste um den Denkmalschutz und die positive Entwicklung des Tourismus.“

Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächste Ehrung. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates.

Präs-140/98 Verleihung des Ehrenringes derStadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D.Kommerzialrat Ing. Otmar Schloßgangl

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Mai 1998 wird Herrn Stadtrat a. D. Ing. Otmar Schloßgangl gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB. Nr. 9/1992, mit dem Ehrenring der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner überdurchschnittlich großen Verdienste als Mandatar und langjähriger Stadtrat für das Bauwesen sowie für sein beispielhaftes Engagement im Dienste der Steyrer Wirtschaft.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich ebenfalls mit der Verleihung eines Ehrenringes.

Präs-141/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D.Hofrat Direktor Dkfm. Mag. HelmutZagler.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Mai 1998 wird Herrn Stadtrat a. D. Hofrat Direktor Dkfm. Mag. Helmut Zagler mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste um die Stadt Steyr als langjähriger Mandatar und Stadtrat, insbesondere für sein erfolgreiches Wirken im Finanz- und Personalwesen sowie in den Bereichen Verkehr, Mülldeponie und Umweltschutz sowie Stadtplanung und -erneuerung.“

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß Bürger, die sich über das normale Maß der Bürgerpflichten hinaus, sich in der Kommune, in der Gemeinde engagieren, eine Ehrung verdienen, daß die Gesamtbevölkerung sie in einem entsprechenden Anlaß würdigt und auch darstellt. Es gibt ja gerade in diesem Bereich sehr viele Mitbürger, die vieles und alles kritisieren. Wenn es aber darum geht, sich zu engagieren, da findet man nur sehr, sehr wenig. Daher habe ich grundsätzlich mit allen Ehrungen kein Problem. Ich habe mir aber schon erwartet, daß hier auch eine gewisse Würdigung im Gemeinderat erfolgt. Nicht, daß ein Zuruf aus der erste Reihe kommt, von Herrn Stadtrat Bremm, am Anfang stimmen wir en bloc ab. Ich finde, das haben sich diese Herrschaften, wenn man es ehrlich meint, nicht verdient.

Ich habe mir hier schon, zumindest von den Fraktionen wo sie zugehörig waren, eine Wortmeldung erwartet. Es war nicht so, es ist so. Es ist einfach zu einem Ritual verkommen oder es ist zu einem Ritual runtergestiegen. Wie verhält es sich bei Pkt. 8) bei der Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an unseren gemeinsamen Freund Helmut Zagler.

Mit Helmut Zagler konnte man oder kann man, wir konnten es hier im Gemeinderat oder Stadtsenat, trefflich diskutieren. Es wurden Streitgespräche durch- und abgeführt, aber im Anhang war man nicht böse aufeinander. Helmut Zagler war, neben der Frau Vizebürgermeisterin, der einzige aus der SPÖ-Riege, neben dem jetzt jungen Freund Keiler, mit dem ich auch das Du-Wort ausgetauscht habe. Also, ich habe persönlich mit Helmut Zagler kein Problem gehabt. Ich habe aber ein Problem, wenn man in einem offenen Rechtsstreit mit der Stadt, wo es um Pensionsansprüche geht, daß man hier, weil es eben Sitte und Brauch ist und weil man diese Verpflichtung einfach vom Tisch haben wollte, so habe ich den Eindruck, den Ehrenring an Helmut Zagler jetzt vorne weg gibt. Es wäre schön gewesen, und ich denke, man hätte gerade Helmut Zagler auch einen Dienst erwiesen, wenn man gesagt hätte, lieber Freund, judizieren wir diesen Rechtsstreit, diese unterschiedliche Auffassung aus. Da gibt es Gutachten und Gegengutachten und nachher machen wir einen Ehrenring oder keinen. Daß man das in der Zwischenzeit, wo man wirklich fundamentale Unterschiede in einem Pensionsanspruch seitens der Stadt hat, im vorausgehenden Gehorsam macht, finde ich nicht richtig. Die Freiheitlichen werden sich deshalb hier der Stimme enthalten, was mir persönlich für Helmut Zagler Leid tut.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Hauser. Bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Also, wenn ich mir so anhöre, Herr Dr. Pfeil, was sie uns so darbieten, dann denke ich mir, sie verwechseln immer Äpfel mit Birnen. Auf der einen Seite würdigen wir ja die Leistungen der Mandatäre, die sich in den Dienst der Öffentlichkeit stellen und auf der anderen Seite werden die Dienste plötzlich völlig wegrationalisiert und geschmälert, sollte der Rechtsstreit jetzt womöglich positiv für unseren Freund Helmut Zagler ausgehen. Also, das kann ich nicht verstehen. Hat er dann die Leistungen nicht erbracht oder hat er sie doch erbracht? Daher verstehe ich die ganze Diskussion jetzt nicht. Weil das ist keine Vorabehrung oder sonst etwas, sondern hier wird er für die Verdienste die er um die Stadt gemacht hat geehrt und nicht dafür, ob er einen Rechtsstreit hat oder nicht. Das nächste Mal fährt ihnen jemand in das Auto und dann behandeln sie ihn nicht. Also, das verstehe ich nicht. Die ganze Diskussion hier läuft einen völlig falschen Weg. Ich glaube eher, das sie Ressentiments dagegen haben, weil er sich eben auf einen Rechtsstreit mit dieser Stadt einläßt. Da kann man jetzt zu diesem Rechtsstreit stehen wie man will. Es schmälert keineswegs die Leistungen die Herr Zagler für diese Stadt erbracht hat und daher plädiere ich dafür, daß auch sie und ihre Fraktion diese Leistungen würdigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Gemeinderat Klausberger. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER.

Wir haben einander das Du-Wort nicht angeboten, Poldi, sondern wir haben das Schicksal, daß wir miteinander die Schulbank gedrückt haben. Ich darf dich daher doch daran erinnern, daß wir auch schon im Gymnasium, in der 3. Klasse, wo wir nebeneinander in der Bank gesessen sind, ab und zu über Grundsätze von „fair play“ miteinander gesprochen haben. Ich habe den Eindruck, du hast heute einen Revanchefoul begonnen. Du sagst zwar, daß Helmut Zagler ein klasser Bursch war und daß du dich nachher immer wieder gut mit ihm verstanden hast, wenn du einen Streit mit ihm hattest. Aber in Wahrheit trägst du ihm etwas nach. Wenn du ihm heute, nachdem er hier nicht die Gelegenheit hat sich hier in irgend einer Weise dir gegenüber zu revanchieren, sozusagen einen, das was bei der Fußballweltmeisterschaft sehr verpönt ist, hinten hinein gibst. Ich darf noch einmal das unterstreichen, was Willi Hauser schon gesagt hat. Wir haben hier die Verdienste eines Menschen zu würdigen. Wir haben nicht darüber zu befinden, was er auf dem rechtlichen Sektor momentan für Verfahren anhängig hat. Das geht nicht, das ist ein Präjudiz und so geht man nicht miteinander um. Ich bitte die freiheitliche Fraktion, dem Herrn Pfeil hier nicht zu folgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH.

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich denke mir, daß das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat. Absolut nichts, weil das muß das Recht eines jeden sein, einen Rechtsstreit zu führen, wo man glaubt, daß man Recht hat. Wenn die Stadt verliert, freut sich der Dkfm. Zagler, wenn die Stadt gewinnt, freut sich die Stadt, aber das ist unabhängig der Verdienste, der 16-jährigen Verdienste, eines Stadtrates hier, der auch sehr gute Arbeit im Finanzausschuß etc. geleistet hat. Also, das hat wirklich nichts damit zu tun, weil sonst würden sie, Herr Dr. Pfeil, in Zukunft wahrscheinlich auch nicht den Ehrenring bekommen, weil wie ich mich erinnern kann, haben sie ja auch einmal eine Landesbeschwerde bezüglich des Bürgermeisters eingelegt. Also, ich denke mir, wenn sie glaube, daß sie damit Recht haben, oder wenn der Herr Dr. Zagler glaubt, daß er Recht hat, dann soll es jeden freigestellt sein, sich das Recht zu suchen. Das ist aber unabhängig davon, wenn einer 16 Jahre für die Gemeinschaft tätig war, und das ist bei Gott kein leichtes Brot, was es hier zu Essen gibt, und das weiß fast ein jeder hier bei uns herinnen, was es bedeutet, seine Freizeit zu opfern und wenn einer glaubt, daß ihm unrecht geschieht, dann soll er damit auch vor Gericht gehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe mich der Meinung meines Vorredners an. Ich glaube, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Wenn man das hier auf dieser Basis entscheiden würde, wie Herr Dr. Pfeil es jetzt vorschlägt, dann machen wir es in Zukunft so, wenn irgendwer mit dem Auto ins Radar fährt, dann geben wir ihm nicht mehr den Ehrenring und dann taucht vielleicht irgendwo auf, daß er eine Steuerrückzahlung hat und dann geben wir ihm auch nicht mehr den Ehrenring. Ich denke mir, was soll das eigentlich? Das eine hat mit dem anderen wirklich nichts zu tun. Ich muß sagen, ich finde es auch unfair, der Herr Dr. Zagler kann sich auch jetzt nicht wehren, das Spiel jetzt über den Gemeinderat zu spielen. Das einzige, wo ich ihnen Recht gebe, Herr Dr. Pfeil, ist, daß man die Verleihung der Ehrenringe vielleicht in einer sehr feierlichen Form vornehmen sollte, um dem Ganzen einen Festcharakter zu verleihen, aber...

Zwischenruf: Wird es eh!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... ich nehme an, das wird ohnedies geschehen. Ich haben den Dr. Zagler als Gemeinderätin nicht kennengelernt, aber ich denke mir, das eine hat mit dem anderen wirklich nichts zu tun. Ich kann mich dem auch nur anschließen, daß man da selbstverständlich die Zustimmung erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Die Kollegin Frech ist auch meiner Meinung, daß es zwei paar Schuhe sind.

Zum Zweiten, Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich würde mich freuen, wenn es einen Freiheitlichen betreffen würde, der einen Pensionsanspruch einklagt, wo man unterschiedlicher Meinung ist, wenn hier auch der gesamte Gemeinderat so in dieser Form diskutieren würde. Das aber nur so nebenbei. Zum Revanchefoul möchte ich dir nur eines sagen, Gerhard, das kannst du natürlich nicht wissen, ich habe im letzten Stadtsenat angeboten, um einer Diskussion hier, weil eben Zagler nicht hier ist und hier nicht antworten kann, daß sich die SPÖ oder der Herr Bürgermeister es aussuchen kann, wie wir damit umgehen. Ich habe angeboten, daß wir uns der Stimme enthalten, daß wir natürlich da eine Wortmeldung machen, oder, daß wir der Abstimmung nicht

teilhaben, daß ohne Wortmeldung hier ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden kann. Es kam bis heute keine Rückmeldung, kein Wunsch, also nehme ich an, daß diese Lösung so gewünscht worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es wurde im Stadtsenat schon besprochen, daß ihr nicht den Saal verlassen sollt's.

Stadtrat Bremm hat sich noch zu Wort gemeldet.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort melden, weil ja eh alles gesagt worden ist. Wenn ich aber schon hier stehe, will ich es auch noch bekräftigen, daß es zwei paar Schuhe sind und was die Beweggründe für sie, Herr Dr. Pfeil, sind, wo sie ihre Fraktion dazu verpflichten, ihnen zu folgen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Niemand wird bei uns verpflichtet.

STADTRAT GERHARD BREMM:

... das ist ja nicht sehr schwer zu ergründen, das innige Verhältnis Kollege Zagler und sie, das hat sich sicherlich sehr in Grenzen gehalten, wenn ich mich an so manche heiße Diskussion erinnere. Daß sie da so eine bestimmte Form haben, es gibt da eine Bezeichnung dafür: „Nicht nachtragend, aber nicht zu vergessen“, dazu neigen sie halt. Es tut uns wirklich Leid, daß wir gerade die Verleihung einer Ehrung in der Stadt verpolitisieren und, daß wir nachtragend sind und, daß nicht wirklich die Leistungen derjenigen, die ausgeschieden sind, im Vordergrund stehen. Zu ihrer Kritik, daß sich jede Fraktion zu jedem einzelnen melden sollte und hier eine Lobeshymne machen soll, muß ich sagen, daß wir hier in diesem Kreise zu schätzen wissen, welche Arbeit die Ausgeschiedenen vollbracht haben. Es wird auch noch die Gelegenheit geben, in einer feierlichen Stunde, wo der Herr Bürgermeister die Dankesworte der Stadt und natürlich auch im Namen von uns erhalten wird. Zum Stadtsenat, was sie angeschnitten haben, daß wir das nicht ausdiskutiert haben, das stimmt nicht, Herr Dr. Pfeil. Wir haben das sehrwohl ausdiskutiert und wir haben auch von unserer Fraktion dieses Angebot, daß sie gemacht haben, daß sie hinausgehen, bei der Abstimmung, nicht gewollt, weil es in Wirklichkeit einen Falschturei wäre, einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluß zu fassen, wo vorher die F-Fraktion den Sitzungssaal verlassen hat. Ich glaube, das wäre nicht anständig und auch nicht im Sinne des Kollegen Zagler gewesen. Darum sind wir ihnen, ich nehme es zumindest für mich als Fraktionsvorsitzenden der SPÖ in Anspruch, bis zum heutigen Tag keine Antwort schuldig gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte eigentlich nur zwei Bemerkungen machen. Die Aussagen, die gemacht wurden, daß das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, möchte ich noch verstärken. Ich glaube sogar, daß das eigentlich ein Affront gegen die rechtsstaatliche Vorgangsweise ist. Der Rechtsstaat ist nämlich das Kostbarste, daß man hier, ohne Nachteile zu haben, zu seinem Recht kommen soll. Wenn du dich auf deinen Rechtsstandpunkt zurückziehst und ein Verfahren haben willst, um abklären zu lassen, wer bei zwei unterschiedlichen Rechtsstandpunkten wirklich Recht hat, wenn du also böse bist, dann bekommst du den Ehrenring nicht. So heißt es in Wirklichkeit. Damit wird auch eigentlich der Rechtsstaat strapaziert. Ich muß sagen, das sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Das ist der eine Punkt. Der 2. Punkt, weil so quasi wehleidig von ihnen gesagt wurde, nicht einmal gewürdigt werden die Leute von den eigenen Fraktionen. Ich meine, ich muß sagen, daß haben wir eigentlich im Gemeinderat bei den Ehrungen in der vergangenen Periode nie gemacht. Es weiß eh ein jeder, was er von den Leuten zu halten hat. Mir wäre es schon lieber, nachdem ja eine offizielle, feierliche Verleihung der Ehrungen stattfindet, wenn der Gemeinderat der Einladung, die ich hiezu immer ausspreche, folgen würde. Das wäre nämlich die Ehrung für diejenigen, die geehrt werden, wenn der Gemeinderat möglichst geschlossen an dieser Ehrung teilnimmt. Das muß ich heute bei dieser Gelegenheit sagen, da haben wir einige Male ohnehin nicht gut ausgesehen. Eine Ehrung, wenn man 5 Personen mit Gattinnen zu ehren hat, dann sind das 10 Leute, wenn dann vielleicht nur 8 aus dem Gemeinderat da sind, dann ist das wirklich eine Sache, die ich nicht gerne wieder erleben möchte. Daher möchte ich bitten, hier nicht Krokodilstränen darüber zu vergießen, weil ein paar aus unserer Mitte, die ja alle aus eigenem Willen ausgeschieden sind, sondern die Ehrung, die sie sich verdient haben, wenn der Gemeinderat das beschließt und der Meinung ist, es zu einer würdigen Feier zu machen, nämlich durch ihre Anwesenheit, meine Damen und Herren. Das möchte ich euch bei dieser Gelegenheit einmal als eine ernstzunehmende Botschaft übermitteln. Nunmehr bitte ich um ein gutes Ergebnis.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, ÖVP, GAL, LiF + 1 F - Fürweger). Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? (7 F).

Danke. Der nächste Punkt bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK verläßt um 19.10 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine weitere Ehrung. Der Bezirksfeuerwehrkommandant a.D. Wallergraber Gottfried. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates.

Präs-142/98 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Bezirks-Feuerwehrkommandant iR.
Oberbrandrat Gottfried Wallergraber

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Mai 1998 wird Herr Bezirks-Feuerwehr-Kommandant iR Oberbrandrat Gottfried Wallergraber mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste um die Stadt Steyr als Bezirksfeuerwehrkommandant des Verwaltungsbereiches Steyr-Stadt von 1973 bis 1998, insbesondere für seine erfolgreichen Bemühungen bei der Errichtung von neuen Feuerwehrzeughäusern und der Modernisierung des Geräte- und Fahrzeugparks.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Letzte Ehrung. Herr Prof. Dr. Erich Grandy. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Präs-143/98 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn OStR. Konsulent Prof. Dr. Erich Grandy

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Mai 1998 wird Herr Prof. Dr. Erich Grandy gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB. Nr. 9/1992, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste im Bereich der Bildung und Kultur sowie für sein beispielhaftes Engagement in sozialen, kirchlichen und karitativen Institutionen.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich würde eine Rauchpause von 5 Minuten vorschlagen.

Pause von 19.15 Uhr bis 19.25 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächste Berichterstatteerin ist die Frau Vizebürgermeisterin.

Be: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um ein Subventionsansuchen für 1998 für den Verein Drehscheibe Kind. Wir alle wissen ja, daß die Vorkindergartengruppen in unserer Stadt sehr wichtig sind, genauso wie die Tagesmütter. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-146/98 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 28. Mai 1998 wird dem Verein „Drehscheibe Kind“ für den laufenden Betrieb der im Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden „Kindergruppe Elefant“ für das Jahr 1998 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von **S 215.000,00 (iW zweihundertfünfzehntausend)** gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der Vst. 1/439000/757000 ein Betrag von **S 215.000,00** freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Pramendorfer.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die ÖVP-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Subvention für den Verein „Drehscheibe Kind“. Die Wichtigkeit der Arbeit dieses Vereines für Kinder, Eltern und natürlich auch für die Stadt, ist unbestritten. Wir freuen uns auch mit der Leitung des Vereines über die Höhe der Subvention, die ja deutlich gestiegen ist, obwohl wir natürlich wissen, daß jede Subvention, für den bestehenden Verein, immer ein bißchen zu wenig ist, aber, es ist halt nicht mehr da. Anknüpfen daran möchten wir allerdings eine Forderung in den Raum stellen. Eine Forderung nach einer Neuordnung der Subventionsliste. Die Subventionsvergabe sollte unserer Meinung nach dringend überdacht und neu überarbeitet werden. Es muß für die betroffenen Bürger, Antragsteller wesentlich transparenter werden. Manchmal entsteht nämlich ein bißchen so der Eindruck, es gibt so eine Art „Gewohnheitsrecht“ auf der einen Seite, wo jemand einmal auf eine Subventionsliste gekommen ist und da ist eine Höhe festgestellt worden und da bleibt er auch. Auf der anderen Seite gibt es natürlich, durch die geänderten Rahmenbedingungen, durch geänderte Gegebenheiten neue Vereine, deren Arbeit ebenfalls sehr wichtig ist und die nicht wissen, wie sie auf diese ominöse Subventionsliste kommen und wo man auch nicht weiß, warum kommen sie nicht hinauf. Wir denken, daß es gerade in einer Zeit, in der die Magistratsreform anläuft und sicher auch zu greifen beginnt, wäre das der gegebene Zeitpunkt, dieses Relikt dieser Subventionsvergabe zu regeln. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Toman.

GEMEINDERÄTIN BEATRIX TOMAN:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es liegt ihnen ein Antrag zur Abstimmung vor, der auch mir ein besonderes Anliegen ist. Im heurigen Winter hatte ich die Möglichkeit mich mit unserer Landesrätin, Ursula Haubner, vor Ort über die Einrichtung des Vereins „Drehscheibe Kind“ und im Speziellen auch die Kindergruppe „Elefant“ zu informieren. Dazu kann ich ihnen berichten, daß die Betreuung der Kinder optimal funktioniert und die Kinder in besten Händen sind. Wenn man die Tatsache ins Auge faßt, daß die Kinder eigentlich unser Kapital, im weitesten Sinne, sind, so finde ich, daß diese Vereinigung unsere Unterstützung erfahren soll. Wie uns in Gesprächen mit dem ...

- so klein geschrieben -

Gelächter

- eine Liliputanerschrift -

... Betreuungspersonal mitgeteilt wurde, wird die komplette Betreuung und Organisation zum größten Teil von neun ehrenamtlichen Mitarbeitern und sechzehn Teilzeitbeschäftigten bewerkstelligt. Von den finanziellen Problemen ausgehend ist die Situation nicht gerade beruhigend, denn dieser Verein lebt im Volksmund „von der Hand in den Mund“. Die Verkürzung der Karenzzeit wird es sicherlich mit sich bringen, daß der Ansturm zu solchen sozialen Einrichtungen und die Nachfrage nach einer guten Kinderbetreuung ständig zunehmen wird. Das Ziel des Vereines ist es, eine Möglichkeit zu schaffen, daß sich das Kind langsam und behutsam von der Mutter loslösen kann und mit besonderem Gefühl, auf spielerische Art, auf das spätere Leben vorbereitet wird. Weiters wird auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Arbeit in der Gruppe sehr gefördert und dadurch eine spätere Integration in die Gesellschaft erleichtert. Wir können uns glücklich schätzen, wenn es noch Menschen gibt, die sich für so eine Aufgabe zur Verfügung stellen. Aus diesen Gründen, und wie bereits eingangs erwähnt, geht es mir hier um das Wohl unserer Kinder und ich würde sie ersuchen, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So sei es. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Irgendwo scheint heute ein besonderer Tag zu sein, schon gleich zu jedem Tagesordnungspunkt wird ein wenig Salz hineingestreut, der Anlaß gibt, daß man schon wieder eine himmellange Diskussion führen könnte. Ich glaube, dazu sagen zu können, wir müssen oder wir sind auch in der Zukunft gut beraten, daß wir eine gewisse Selbstdisziplin führen würden, wenn jede Gemeinderatssitzung bis Mitternacht und darüber hinaus dauert. Aber wegen dem habe ich mich nicht gemeldet, es war nur meine Meinung dazu. Ich wollte zur Kollegin Pramendorfer hier sagen, die positiv zur Förderung steht und sie hat es auch richtig angeführt. Es ist immer zu wenig. Für alle zu wenig. Wir werden auch nicht darüber hinweg kommen und wir werden auch gar nicht anders handeln können, daß wir nie alle Wünsche befriedigen können. Wir sollten die Subventionsliste, die Form der Subvention überdenken. Ich glaube, daß wir nicht aus Momentansituationen heraus einen bestimmten Betrag gewählt haben und gesagt haben, das bekommt der und das bekommt der. Gerade die Vereine, die wir in der Stadt unterstützen, ob im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich, sind hier gewachsen und haben natürlich ihre Anliegen und Wünsche der Stadt näher gebracht und somit ist auch eine Subventionsliste entstanden. Ich habe noch keinen Verein kennengelernt, der nicht gewußt hätte, wie der Weg geht, daß er auf diese ominöse Subventionsliste, wie sie es genannt haben, kommt. Sie ist keine Geheimliste. Subventionen die über 5.000,00 Schilling sind, werden im Stadtsenat beschlossen. Die Unterlagen liegen jedem Gemeinderatsmitglied vor. Eine Subvention in größerer Höhe wird im Gemeinderat beschlossen. Ich würde hier schon zu einer gewissen Vorsicht raten, weil ich gerade im sportlichen Bereich die Diskussionen auch immer habe. Ich habe vor einiger Zeit mit Vereinsvertretern eine Diskussion geführt, die auch so in diese Richtung diskutiert haben. „Wir wollen wissen wieviel der Verein bekommt!“ Ich glaube, wir können diese Diskussion nicht in dieser Form führen. Eine gerechte Subventionsliste zu erstellen, wo jeder Verein hier zulasten eines anderen Vereines mehr bekommt. Es werden auch unsere finanziellen Mittel begrenzt sein. Ich habe von ihnen den Eindruck gehabt, na ja, so wie die Subventionsliste entstanden ist, daß ist ein bißchen so, die gehört geändert. Ich möchte hier wirklich mit Vorsicht mahnen, weil es nicht einfach ist, die bestehenden Strukturen, im Interesse der Vereine, einfach zu ändern. Jeder Verein braucht die Unterstützung und steht auf die finanziellen Mitteln die er von der Stadt bekommen wird an. Auch für den laufenden Betrieb, weil das ist ja gerade von ihrer Fraktion öfters gekommen, Subventionen für den laufenden Betrieb einzustellen und nur mehr Projektförderungen zu machen. Es ist hier nicht ganz so einfach. Was soll ein Schachverein, wenn ich es aus dem sportlichen Bereich betrachte, für ein Projekt machen, damit er zu einer Subvention kommt? Ich glaube, hier soll man wirklich die Diskussion vorsichtig und sehr sachlich führen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Schlußwort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Subventionsliste wurde ja ausverhandelt. Ich möchte eines sagen. Es ist leicht, wenn man Kritik übt, aber ich glaube, alle Einrichtungen, jeder will mehr Subvention haben. Es besteht ja die Möglichkeit, daß eine Fraktion Vorschläge im Sozialausschuß bringt, was sie sich vielleicht für Änderungen vorstellt, welche Wünsche sie hat. Es ist ja nicht gesagt, daß es dann so geändert wird, aber man braucht Vorschläge, um das diskutieren zu können. Ich glaube, zu dem ist auch der Sozialausschuß da, daß wir darüber diskutieren. Zur F-Fraktion möchte ich sagen, daß es mich freut, daß sie ihre Zustimmung geben und ihre Begeisterung für den Verein „Drehscheibe Kind“. Ich kann mich an Zeiten erinnern, wo das Thema ganz anders war. Da war diese Einrichtung nichts. Da sind nur negative Äußerungen gefallen, auch von dir.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei „Drehscheibe Kind“? Da verwechselst du aber etwas. Aber wirklich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, da verwechsle ich nichts. Ich kann mich noch erinnern, daß dich du der Stimme im Stadtsenat enthalten hast.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das zeigst du mir aber.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das zeige ich dir. Ich habe es mir sogar herausgesucht. Eines sollst du mir glauben, lieber Leopold, ich sage schon die Wahrheit. Ich habe es mir heraussuchen lassen. Ich kann mich nämlich erinnern, wie die Rede war und gesagt wurde, die Leute ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zeig es mir!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich werde es dir am Montag auch zeigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn du es heraussuchen hast lassen, dann rede nicht davon sondern zeig es mir.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe es drüben im Büro. Ich werde es dann holen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
So ein Blödsinn, so etwas in den Raum zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Schau, es ist ja zum Positiven gewendet worden. Heute spricht ihr euch dafür aus. Mehr will ich ja gar nicht, als daß so eine Einrichtung wichtig ist. Ich kann mich aber schon erinnern ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich kann mich gut erinnern wer sich gesträubt hat, vor drei, vier Jahren „Drehscheibe Kind“ mit einer Subvention zu bedenken. Im Stadtsenat, in der Budgetsitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Tun wir jetzt ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Na ja, du hast mich direkt angesprochen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Die ÖVP hat es immer transportiert und ihr wart auch nicht dafür.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Die Brigitte Lohnecker hat sich vehement für die „Drehscheibe Kind“ eingesetzt ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da war der Lupas noch dabei. Wo es gegangen ist ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das war ja weit früher. Das war früher!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Man muß auch die Wahrheit vertragen. Es ist halt einmal so. Freilich wart ihr dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da ging es um die S 100.000,--.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich muß sagen, meine Damen und Herren, es ist so, wie ich es gesagt habe. Glaubt es mir.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich finde es positiv und ich werde die Vorkindergartengruppen alle gleich behandeln. Es wird bei keiner Gruppe ein Unterschied gemacht werden, weil alle gleich wertvoll und gleich wichtig sind, durch die flexible Arbeitszeit und durch die langen Landenöffnungszeiten. Wir brauchen solche Einrichtungen und ich bin stolz, daß wir ihnen diesen Subventionsbetrag geben können und werde natürlich dieses Papier, für alle die es interessiert, vorlegen. Ich ersuche nun um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das scheint mir einstimmig zu sein. Wunderbar. Der nächste bitte.

Frau GR Claudia Pramendorfer verläßt um 19.42 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“. Der Beschluß ist ja bereits vollzogen. Es geht jetzt nur mehr um die Freigabe der finanziellen Mittel. Der Beschluß wurde bereits am 3.7.1997 im Gemeinderat beschlossen, daß es einen Gesundheits- und Sozialsprengel in Steyr geben soll und jetzt geht es um die Freigabe der Mittel, die auch im Budget vorgesehen sind. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

SH-316/96 Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS); Auszahlung des 1. Teilbetrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 22.05.1998 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS), vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstr. 5, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb des GSS als erste Rate eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **S 400.000,- (Schilling vierhunderttausend)** gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429100/757100 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, Frau Vizebürgermeisterin Mach, hier gab es eine Änderung in der Meinungsbildung. Aber nicht von uns. Hier gab es eine Änderung von Amts wegen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie Herr Dr. Starzengruber sagte: „Das brauchen wir nicht!“ Damals hat es noch „IGSS“ - integrierter Gesundheits- und Sozialsprengel - geheißen. Dann wurde aus politischen Gründen offensichtlich die Notwendigkeit erkannt, auch im Amt. Dann hat man auch die Berichte dahingehend abgeändert und die Notwendigkeit von Amts wegen eingesehen. So ist hier die Meinungsbildung im Hause. Natürlich kann man jetzt, nachdem es einen gültigen Gemeinderatsbeschluß gibt, darüber sagen: Ja, ich bin dafür oder ich bin dagegen, ich folge dem Gemeinderatsbeschluß, daß die zu arbeiten anfangen. Ich werde mich hier trotzdem der Stimme enthalten bzw. werden einige von uns dagegen stimmen, weil es hier um Aufbau von Parallelstrukturen geht. Aufbau von Parallelstrukturen im Sozialbereich, die hier nur Geld kosten. Da wird auch keinem Einzigen geholfen, wenn jetzt diese 400.000,- Schilling ausgegeben werden. Keinem einzigen Bürger wird hier geholfen. Ich habe es noch in Erinnerung, bei der Vorstellung dieses Gesamtprojektes. Das war ja der Hauptgrund dafür, wo gesagt wurde, es sollen Wege abgekürzt werden. Ich zitiere das Beispiel, du erlaubst es mir?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, das mit dem Kopfweh!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das mit dem Kopfweh, weil es so ein herrliches Beispiel ist. Da haben sie gesagt, wenn jemand Kopfweh hat, dann geht er dort hin, weil dort wird ihm gesagt, warum er Kopfweh hat. Wenn er 5 Millionen Schilling Schulden hat, weil er seinen Betrieb in den Sand gesetzt hat, dann wird er zur Schuldnerberatungsstelle gehen. Wenn aber der Verdacht auf Kopftumor ist, dann schickt man ihn ins Spital oder zum Dr. Walter auf ein CT. D.h., hier werden die Wege abgekürzt. Ich habe damals gesagt, wer immer dort diese Ansprechperson ist, in der Einlaufstelle, Anlaufstelle oder Portiersloge, das muß ein Wunderwutzi sein. Das kommt mir genauso wie in Wien im alten AKH vor, wenn eine schwangere Frau, die gleichzeitig eine Hammerzehe hat, dort eingeliefert wird und der Portier entscheidet ob sie auf die Orthopädie oder auf die Gynäkologie eingewiesen wird. Der Portier entscheidet. Es ist tatsächlich so gewesen. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben uns damals in der Vorbereitung des Gesundheits- und Sozialservices sehr engagiert. Wir haben sehr viel mitgedacht. Wir haben auch sehr viele Änderungsvorschläge vorgebracht. Wir wurden in ganz wenigen Dingen gehört. Wir haben uns auch damals im Gemeinderat vom 3. Juli gegen diese Einführung gestellt, weil wir nach wie vor meinen, wir meinen das auch heute noch, daß das Gesamtkonzept noch nicht ganz ausgereift ist, daß noch sehr viele Dinge überlegt werden müssen, daß es im Konzept, so wie es jetzt ist, wirklich eine Parallelorganisation ist, zu den vorliegenden Sozialservicestellen. Auch das Land scheint das so zu meinen, weil es nicht einsteigt, weil das Land sagt, es wäre eine Präjudizwirkung auf andere Sozialvereine. Also, auch das Land sieht es in der Richtung. Wir meinen auch, daß die Stellenbeschreibung der Führungskraft dem nicht entspricht, was man von dieser Führungskraft verlangt. Wir werden nicht dagegenstimmen, aber wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir meinen, es kann so nicht ganz gut gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr Kollege Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Es gibt einen gültigen Gemeinderatsbeschluß vom 3. Juli 1997. Ich bin neu im

Gemeinderat und auch neu im Sozialausschuß. Ich bin auch als Mitglied in Funktion bei diesem Verein, in Kontrollfunktion. Ich bin positiv motiviert. Ich bin der Meinung, man sollte dem Verein eine Chance geben. Ich möchte anmerken, ich werde ihn sehr kritisch im Auge behalten und aus diesem Grunde werde ich dem Antrag die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
So ist das bei uns!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Herr Dr. Pfeil, sie haben sich nicht sehr viel Mühe für ihre Rede gemacht, weil sie haben sie wortwörtlich vom 3.7.1997 wiederholt. Da ist nichts anderes vorgekommen und das zeigt, daß sie sich leider das Konzept scheinbar wirklich nicht angesehen haben. Ähnliches muß ich leider auch in Richtung ÖVP artikulieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Darum haben wir ja sie.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Für irgend was bin ich ja doch wieder gut.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Spaß beiseite. Ich will ihnen sagen, warum ich mich in diesem Fall sehr positiv gegenüberstehe. Ich gehe davon aus, daß die meisten sich mit diesem Konzept auseinandergesetzt haben. Bedauerlich ist eigentlich nur, daß es so lange gedauert hat bis es zur Umsetzung kommt, weil es ist ja bereits seit Jahren die Rede davon, daß es diesen Gesundheits- und Sozialservice geben soll. Es ist aber immer wieder an der Politik gescheitert. Ich persönlich war selbst in der Entwicklungsgruppe dieses Projektes dabei. Nicht in meiner Funktion als Politikerin sondern in meiner Funktion als Vertreterin der Sozialplattform. Ich kann daher, glaube ich, ganz gut beurteilen ob das jetzt Sinn oder nicht Sinn macht. Faktum ist, daß sehr viele in diesem laufenden Prozeß eingebunden waren, auch in die Entstehung des Projektes, auch Herr Dr. Starzengruber vom Sozialamt. Der hat sich sehr positiv dazu geäußert und hat auch immer die Möglichkeit gehabt mitzuwirken. Wenn da immer wieder die Rede von Parallelstrukturen ist, so würde ich sie bitten einmal zu überdenken, es schaut ja so schön aus, wir haben das Sozialamt und das soll jetzt alles machen. Nur, wenn das Sozialamt alles machen soll, wer tut es denn? Wo ist denn das Personal dafür? D.h., so zu sagen, wir kämen mit den bisherigen Mitteln aus, sie müßten dann das Sozialamt aufstocken. Ob das der richtige Weg ist, daß ein Amt diesen Sozial- und Gesundheitsservice betreibt, wage ich zu bezweifeln. Wenn ihnen, sehr verehrten Damen und Herren, die Vernetzung der Sozialinitiativen ein Anliegen ist, wenn sie sich für die Koordination im Sozialbereich aussprechen, wenn ihnen Qualitätssicherung ein Anliegen ist, wenn sie wollen, daß das Sozialangebot, das es in Steyr gibt, transparenter und näher an die Bürgerinnen und Bürger herangeführt wird, und wenn sie sich für die Prävention im Gesundheits- und Sozialbereich aussprechen, dann darf es überhaupt keinen Zweifel geben, daß sie diesem Antrag hier die Zustimmung geben und ich würde sie bitten, das auch zu tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Nächste ist Frau Kollegin Feller-Hölller.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:
Sehr geehrtes Präsidium, liebe Genossinnen ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:
Das sind die Verbraucherscheinungen nach so einem langen, anstrengenden Nachmittag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wir haben, und das ist heute schon ein paar Mal gefallen, es ist fast auf den Tag genau ein Jahr, daß wir hier in diesem Gremium, wenn auch mit anderer Besetzung oder zumindest teilweise anderer Besetzung, die historische Chance genützt, diesem Pilotprojekt die Zustimmung zu geben.

Leider, wie ich meine, nur mehrheitlich und nicht einstimmig. Es wird sehr viel über Gesundheit geredet und es wird sehr oft der Satz „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“ zitiert. Ich glaube, wir dürfen es nicht dem Zufall überlassen, ob jemand gesund bleibt oder krank wird, nämlich dort, und es ist natürlich nur in einem sehr bescheidenen Ausmaße möglich, wo wir die Möglichkeit haben, darauf Einfluß nehmen zu können. Ich glaube, wir müssen die Auseinandersetzung über das Thema Gesundheit mit der eigenen Lebensgestaltung betrachten und mit den Lebensumständen des Einzelnen. Der Mensch, der Bürger, ist kein Einzelwesen, sondern ein Individuum im Sozialverband in unserer Gesellschaft und es geht daher beim Gesundheits- und Sozialservice darum, eine Kommunikationsdrehscheibe zu schaffen, Kommunikationsmöglichkeiten aufzugreifen und auszubauen, zwischen Ratsuchenden und Experten im Sozial- und Gesundheitsbereich, zwischen denen, die in diesen Bereichen tätig sind und zwischen Entscheidungsträgern im regionalen und im überregionalen Bereich. Wir alle wissen um die Diskussion der künftigen Finanzierbarkeit sozialer und gesundheitspolitischer Aufgaben. Alle, die wir hier sitzen, führen diese Diskussionen mit. Sei es jetzt als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker oder sei es als Einzel- oder Privatpersonen. Der Lösungsansatz kann, meiner Meinung nach, nur in einer Vernetzung von Organisationen und Institutionen liegen. Der Schlüssel liegt in der Effizienz, für alle Beteiligten in mehr Transparenz und in der Beschleunigung von Prozessen, die allen zugute kommt. Dem, der vorbeugen will, auf der einen Seite, dem, der Rat und Hilfe braucht, auf der anderen und denen, die Rat und Hilfe anbieten können. Ich glaube, daß genau so eine Vernetzung letztendlich uns allen die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, in Zukunft auch finanzierbare Modelle im Sozial- und Gesundheitsbereich zu schaffen. Es geht eigentlich nur um Sorge. Ganz schlicht und einfach um Sorge. Es ist nur die Frage um welche. Um Versorgung, um Vorsorge oder um Fürsorge? Ich denke, Vorsorge um Sorgen soweit wir darauf Einfluß nehmen können hintanzuhalten und Vorsorge um Versorgung reduzieren zu können. Aber dort, wo wir verpflichtet sind, dieses sinnvoll anbieten zu können, Versorgung dann, wenn Vorsorge nicht mehr greifen kann und Versorgung dann, wo die Sorgen des Einzelnen nicht mehr zu bewältigen sind. Dafür hat die Politik zu sorgen. Ich glaube, eine zeitgemäße oder verantwortungsbewußte und zukunftsorientierte Politik hat dafür zu sorgen, daß der Mensch für sich sorgen kann. Das ist jetzt alles andere als eine Absage an den Sozialstaat sondern ganz im Gegenteil. Ich appelliere daher an sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir, die sozialdemokratische Fraktion, werden es selbstverständlich tun. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte nur eine Kleinigkeit anfügen, weil mir das von der Helga sehr gut gefallen hat, auch die Sorge der Politik zu haben. Ich glaube, jede der Fraktionen schickt ihre Mandatäre bzw. ihre Vertrauten in die Ausschüsse hinein, um dort gute, sinnvolle und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten. Es ist mir unverständlich, daß es im Ausschuß einen einstimmigen Beschluß zu dieser Thematik gibt und im Gemeinderat dieser Beschluß nicht zustande kommt. Da frage ich mich ganz einfach: „Welche Möglichkeiten haben die Mandatäre in den Ausschüssen, verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, wenn sie das Vertrauen der Fraktionen nicht genießen?“ Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zweite Wortmeldung Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Hauser, wenn wir von Ausschußarbeit sprechen, sie können sich daran nicht erinnern, weil sie in der letzten Legislaturperiode noch nicht im Gemeinderat gewesen sind, aber ihnen stehen wahrscheinlich selbstverständlich alle Protokolle zur Verfügung, nützten sie diese Möglichkeit. Hier in den Protokollen werden sie sehen, daß es einen Sozialausschuß gegeben hat, wo mehrheitlich gegen dieses Projekt gestimmt worden ist und trotzdem wurde dieser Ausschußbericht hier mit einer negativen Empfehlung im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht.

Das ist Demokratie unter den Genossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Es ist, glaube ich, fast auf den Tag genau drei Jahre her, wo wir angefangen haben, dieses Projekt zu entwickeln. Drei Jahre ist her und es dauert schon eine geraume Zeit, aber die Ursachen mögen unterschiedlich liegen. Aber sie liegen zumindest in der Vergangenheit. Heute haben wir die Möglichkeit abzustimmen, ob im Sozialbereich in Steyr eine zusätzliche Einrichtung dazukommt, wo ich glaube, daß diese Innovation sich in Zukunft sicher rechnen wird. Herr Dr. Pfeil behauptet, daß mit dieser Einrichtung keinem Bürger geholfen wird. Ich glaube, gerade im Gegenteil, ihnen ist nicht zu helfen, Herr Dr. Pfeil, wenn sie ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt, mit diesen 400.000,-- Schilling wird noch niemand geholfen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na, das ist ja wohl klar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Drehen sie mir nicht das Wort im Mund um.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber mit was sollen wir anfangen? Soll man mit 50 Groschen oder mit zwei Millionen anfangen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zitieren sie mich richtig.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich zitiere sie insofern richtig, weil wenn ich ihre Argumentation hier jetzt noch einmal höre, und es ist ja heute schon einmal gefallen, die Frau Kollegin Frech sagte es schon einmal, sie sind mit ihrer Argumentation eigentlich ein Jahr lang picken geblieben. Sie haben in der Richtung nichts dazugelernt, was dieser Gesundheits- und Sozialservice eigentlich leisten soll. In keiner Weise. Das habe ich voriges Jahr auch schon gehört und heuer höre ich es wieder. Ich verstehe das nicht. Sie haben in der Fraktion wahrscheinlich zugestimmt, daß sie einen Vertreter entsenden, was ich ja durchaus mutig finde, weil ich ihre Einstellung kenne und ich denke, die Mitarbeit des Kollegen Stieglitz ist auch sehr fruchtbar und er weiß auch, wie sich das entwickelt. Nur, sie wissen es nicht. Das ist aber, ganz ehrlich gesagt, nicht mein Problem. Nur muß ich mich immer wieder ärgern, wenn ich immer das gleiche Argument, ein Jahr später auch noch, höre. Es ist ja ganz interessant, wenn man ihre Argumentationslinie verfolgt, wo sie sagen, ja, Parallelentwicklungen etc., das soll das Amt machen. Es ist nicht einmal vier Stunden her, wo wir über die Vorwärts diskutiert haben, wo sie gesagt haben, Lemmerer, das sehe ich lieber als zweitbeste Lösung. Lieber wäre mir ein Externer gewesen, ein externer Steuerberater. Aber gerade in diesem Fall soll es wieder ein Interner werden. Ich verstehe das nicht. Diesen Überblick über sämtliche Institutionen hier.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das verstehen sie wirklich nicht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na, das müssen sie mir wahrscheinlich dann in der „Aktuellen Stunde“ genauer erklären.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich weiß nicht, wo da Parallelentwicklungen sind. Sagen sie mir eine Institution die zum Ziel des Gesundheits- und Sozialservice, ähnlich im Magistrat wäre. Sagen sie mir irgendeine Institution, die sich dazu parallel entwickeln würde. Das wäre schon interessant. Man muß die Begriffe ja einerseits im Mund zergehen lassen, aber auf der anderen Seite muß man auch hinter den Begriffen stehen. Wo sind da diese Parallelinstitutionen, die da, wenn ich die genauen Ziele des Gesundheits- und Sozialservices kennen würde, sich nebenbei entwickeln. Das frage ich mich. Ich frage mich aber nicht mehr weiter, weil ich glaube, daß sie über die Ziele nicht informiert sind, wobei ich auch glaube, daß die ÖVP wahrscheinlich auch nicht genau über dieses Ziel informiert ist, weil ich es schade finde, daß sie sich nicht diesem Verein angeschlossen hat. Man kann ja auch eine konträre Einstellung haben. Man kann auch durchaus über Sozial- und Gesundheitspolitik diskutieren. Ich denke mir, es wäre in Steyr auch endlos wichtig. Man darf sich aber nicht von Dingen entfernen, die wir vor drei Jahren andiskutiert haben und die heuer im neuen Sozialhilfegesetz ohnehin verankert sind. Da sind ihre Kollegen im Land drinnen, die das mitbeschlossen haben. Also, wo ist da die Schwierigkeit so etwas in Steyr, wo wir das schon drei Jahre vorher angedacht haben, genau diese Institution, das Land faktisch über dieses Sozialhilfegesetz jetzt hier in Steyr installieren will, diese Sozialberatungsstelle, wo ist da die Schwierigkeit, wenn man auf diesen Fundus an Wissen und Vordenken zurückgreifen kann? Uns geht es ja viel besser als in vielen anderen Gemeinden, die solche Einrichtungen noch nicht haben, weil die haben die Vorschreibung, das zu machen. Die haben wahrscheinlich nicht die gleichen Voraussetzungen wie wir. Einen großen Vorteil haben wir auch noch. Vor drei Jahren haben wir einen Prozeß geführt, wo sämtliche Institutionen, Sozialinitiativen, Gesundheitsinitiativen mitgezogen haben. Das müssen sie mir erst einmal in irgend einer anderen Ortschaft zeigen, wo sie das zustande bringen. Ich darf sie erinnern, daß der Sozialhilfeverband Steyr-Land nicht so gut da steht wie wir in Steyr. Der gute Herr Bezirkshauptmann hat sich nämlich immer dagegen gewehrt, bis es ihm der Landeshauptmann vorgeschrieben hat. Das ist nämlich auch interessant. Wir haben jahrelang gepredigt - Notschlafstelle, dann dieses Projekt Gesundheits- und Sozialservice, Frauenhäuser. Auf einmal ist es da und mehrheitlich beschlossen. Also, wir schwimmen nicht auf der Nudelsuppe daher, wie uns unter Umständen immer wieder vorgeworfen wird. Plötzlich kommt es von ganz anderer Seite und das ist ja auch nicht uninteressant zu bemerken, denke ich mir. Also, es ist schon einmal wichtig, daß man in dieser Richtung vordenkt. Um noch einmal zurückzukommen auf das. Die gemeinsame Plattform ist schon mit Herrn Dr. Peter Pfliegerl, ich glaube die ist schon 10 Jahre alt, diese Initiative, vorgedacht worden und die sind auch da drinnen. Warum nicht? Da geht es nicht um Einzelinteressen, da geht es um die Sozialpolitik der ganzen Stadt. Dr.

Pflegerl war damals auch ein Vorarbeiter und da hat es Leute gegeben, die gesagt haben: „Na ja, da koche ich lieber mein eigenes Süppchen, mir ist das schon ganz lieb, wenn diese ganze Struktur nicht so durchleuchtet wird.“ Da kann ein jeder für sich ein kleines Kretzl mitpartizipieren. Nur, in unserer Zeit, wo es darum geht Schnellinformationen auszutauschen, schnelle Projekte zu machen, damit man auf diesem großen Markt auch reagieren kann, da nützt es nichts, daß er irgendwo in einem Hinterzimmer ordiniert und sich von der Umwelt abschottet. Das nützt nichts. Dem Arzt nützt es nichts und vor allen Dingen nicht den Bürgerinnen und den Bürgern, die schnelle Versorgung haben wollen. Dieses wirklich seltsame „Gschichtl“ mit dem Kopfweh - also, ich weiß nicht, nein, ich will dazu ganz ehrlich gesagt nichts sagen. Wir haben in Steyr, gegenüber den Linzer- und Welser-Initiativen, den großen Vorteil, daß wir diesen integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel nicht von oben herab projizieren sondern, daß wir sämtliche Institutionen, ob es jetzt die Sozialplattform, Psychotherapeuten oder Steyrer Hausärzte sind, auf einer gleichen Ebene sitzen haben. Wir haben nämlich nicht den Fehler gemacht, der in Linz oder in Wels passiert ist, wo es auch bedenken gegeben hat, wo sie gesagt haben, also, das ist ein bißchen von oben herab. Wir haben es umgekehrt gemacht und das hat uns auch den Erfolg beschienen. Wenn man sich nämlich die Umfragen, die wir damals gestartet haben, ansieht, da haben wir einen sehr, sehr hohen Prozentsatz. 70 % haben sich für diese Vernetzung ausgesprochen. Also, keinen Sozialdarwinismus, daß man sagt, das soll das Amt machen und im gleichen Moment sage ich - nein, das ist alles nur die zweitbeste Lösung, wenn dann das Amt etwas anders macht, sondern, das Sozialamt hat eine wichtige und unverzichtbare Stellung in diesem Netzwerk. Ich glaube auch, daß dort gute Arbeit geleistet wird. Aber man kann nicht parallel hergehen und sagen: Personal streichen und dann wollen wir es ihnen überverantworten. Das geht nicht. Da muß man schon auch dazu stehen und sagen, okay, da muß man aber auch die notwendigen Ressourcen dafür aufmachen. Oder nicht? Oder sollen die sich noch mehr „dawuzeln“? Wenn man sich ansieht, unter welchen Bedingungen die dort arbeiten müssen, es hat sich Gott sei Danke verbessert. Vor drei, vier Jahren, haben wir noch eine Zettelkartei gehabt, keine Computer. Dann sollen die diese Aufgabe bewältigen, nein danke, das ist Sozialdarwinismus, das ist absolut fortschrittsfeindlich. Ich weiß nicht, welche Ziele sie da in der Richtung verfolgen. Ich denke mir, was gehört eigentlich zu den Aufgaben. Noch einmal ganz kurz: Die kontinuierliche Kontaktaufnahme mit Steyrer Sozial- und Gesundheitseinrichtungen - nicht verteilen von Schneuztüchern, um Gottes Willen, wenn da jemand kommt und sagt, ich habe einen Schnupfen und dann tu ich ihn dort und dort hin. Es ist ja nichts anderes als das Beispiel mit dem Kopfweh. Da kann ich umgekehrt auch Schneuztücher verteilen. Erarbeitung von Kooperationsmodellen mit diesen Initiativen. Was auch noch wichtig ist, welchen Ist-Zustand haben wir überhaupt in Steyr, weil einem Sozialplan laufen wir ja schon seit Jahren nach. Das haben schon meine Kollegen Radmoser, Holub und Scheucher gefordert. Eine Dokumentation des Ist-Zustandes und dann noch einen Stärke- und Schwächekatolog. Das ist ja auch sehr wichtig, daß man rechtzeitig auf verschiedene Strömungen reagieren kann und vor allen Dingen auch einen kurz-, mittel- und langfristigen Sozialplan. Ich denke mir, da soll wesentliche Zuarbeit geleistet werden und vor allen Dingen nicht isoliert, wie es unter Umständen bei einem Amt passieren kann. Ich will ja dem Amt nichts Schlechtes nachsagen, aber es ist natürlich eine Sicht von vielen Sichten, die ein Amt hat. Vor allen Dingen, gemeinsame Projekte im Gesundheits- und Sozialbereich, die auch nach außen wirken sollen. Was auch nicht unwesentlich ist: Kontaktnahme mit der Wirtschaft, Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft, sieht man überall, Gesundheitsmodelle in großen Wirtschaftskonzernen etc. Bitte, Herr Dr. Pfeil, zeigen sie mir, wie das ein Amt, das schon am Rande der Leistungsfähigkeit arbeitet, schaffen soll. Ich denke mir nach wie vor, daß dieser Gesundheits- und Sozialservice eine Investition in die Zukunft ist, damit wir heute nicht von gestern sind, Herr Dr. Pfeil. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Zur Sache selbst möchte ich eigentlich gar nichts sagen sondern nur auf die Wortmeldung des Kollegen Hauser kurz eingehen. Die war mir wirklich sehr willkommen. Ich habe zuerst ganz ähnlich mit Herrn Kollegen Oppl draußen diskutiert. Sie sagen, sie finden es bedenklich, daß wir keinen einheitlichen Beschluß zusammen bringen. Offenbar spielen sie darauf an, daß der Kollege Stieglitz im Sozialausschuß dafür gestimmt hat und heute hat Dr. Pfeil schon erwähnt, daß bei uns unterschiedlich abgestimmt werden wird. Bitte, was ist daran negativ? Es ist doch nichts Schlechtes, wenn wir als einzige Fraktion, ich bin jetzt sieben Monate im Gemeinderat, unterschiedlich stimmen. Da bei euch sehe ich immer nur 18:0, 6:0, die Kollegin Frech kann nicht anders, sie kann sich nicht zerreißen und bei euch sehe ich auch immer nur 2:0. Wir sind die einzige Fraktion, die bisher immer wieder in vielen Sachfragen unterschiedlich abstimmt. Das ist das freie, das eigentliche Mandat. Wenn es das irgendwo noch in Ansätzen gibt, dann bei uns. Wenn eure Klubobmänner auf Bundesebene kritisieren, unseren Vertrag, der jetzt kommen wird, dann sage ich schon „freies Mandat“, bei euch gibt es das sicher nicht. Weder im Nationalrat und schon gar nicht im Gemeinderat. Wir sind wirklich die Einzigen, die gelegentlich und in sehr vielen Sachfragen, unterschiedlich stimmen. Was daran negativ sein soll, Herr Kollege Hauser, weiß ich nicht. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich möchte mich noch ganz kurz ein zweites Mal melden. Würde das Gesundheits- und Sozialservice das erfüllen, was die Frau Kollegin Feller-Höllner vorgebracht hat, dann, hätten sie von uns die 100%ige Zustimmung. Die Punkte, wie sie Kollege Apfelthaler aufgezählt hat, die sind natürlich alle wichtig, aber, daß wir dazu einen eigenen privaten Verein gründen müssen, das ist mir einfach zu wenig und da fehlt einfach noch die Ausarbeitung. Wir haben sehrwohl wirklich eifrigst mitgearbeitet als dieses Sozialservice im Sozialausschuß überlegt und geplant worden ist. Die kontinuierliche Zusammenarbeit ist wichtig, aber da brauche ich nicht den Verein. Die Erarbeitung eines Kooperationsmodelles, da brauche ich keinen Verein, den Ist-Zustand zu erheben, da brauche ich auch keinen Verein. Einen Stärke- und Schwächeverzeichnis zu erarbeiten, da brauche ich keinen Verein. Einen Sozialplan zu erarbeiten, da brauche ich nicht unbedingt einen Verein. Gemeinsame Projekte, ja, das geht in eine Vereinsarbeit hinein. Also, uns fehlt einfach wirklich dieses soziale Arbeiten, diese soziale Sorge, von der die Kollegin Feller-Höllner gesprochen hat, das fehlt uns. Ich habe das auch immer in der Vorbereitung und bei dieser Gemeinderatssitzung am 3. Juli 1997 gesagt. Da können wir uns einfach nicht ändern. Wir haben auch gesagt, wir stimmen nicht dagegen, weil wir das nicht töten wollen. Aber wir wollen aufzeigen, daß wir nicht zufrieden sind und, daß uns einfach so vieles fehlt. Darum haben wir gesagt, wir enthalten uns der Stimme.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Frech, die 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nur ganz kurz zu ihnen, Herr Kollege Lengauer. Ich muß sagen, ich verstehe sie nicht. Auf der einen Seite bekritteln sie, daß das Konzept zuwenig ausgegoren ist, daß sie nicht wissen, wo das hingehet, auf der anderen Seite nutzen sie nicht die Möglichkeit ihrer Fraktion, daß sie jemanden in diesen Gesundheits- und Sozialservice hineinsenden, der genau diese Arbeit mitentwickelt und der Einfluß nehmen kann. Also, da verstehe ich sie nicht. Auf der einen Seite draußen zu bleiben und sagen: „Bitte, wir wissen ja nicht, wie sich das entwickelt und das wird vielleicht nichts gescheites, also lehnen wir uns einmal bequem zurück und enthalten uns der Stimme.“ Also, das finde ich schon sehr komisch und insoferne begrüße ich es schon sehr, daß sowohl seitens der SPÖ, seitens der Grünen, auch seitens der FPÖ und vom Liberalen Forum her jemand entsendet wird, weil ich denke, es liegt ja auch an uns, als diejenigen, die im Verein vertreten sind, uns anzusehen, wie das läuft und auf die Reihe zu bekommen. Wenn sie sagen, wir brauchen niemanden der diesen Sozialplan macht. Ja, wo ist er denn die ganze Zeit? Wo hat er sich denn versteckt?

Zwischenruf: Hier!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Seit Jahren ist die Rede davon, daß es diesen Sozialplan geben soll. Aber es gibt ihn nicht. Die ganze Koordinationsarbeit, wer soll sie denn leisten? Glauben sie, das passiert so einfach, wir schnippen mit den Finger und schon ist es da. Ich würde sie wirklich bitten, ihre diesbezügliche Meinung zu ändern und ihrer sozialen Ader, die sie ja sicherlich in großem Maße haben, ein bißchen mehr nach außen treten zu lassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung. Das scheint, doch, Kollege Oppl, Spätstarter.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hoffe, ich bekomme jetzt keinen Ordnungsruf zur Sache, aber aufgrund der Wortmeldung von Dr. Wetzl brennt es mir jetzt unter den Fingern, weil es kann nicht so einfach in den Raum stehen, wie wenn gewisse Fraktionen Verhältnisse haben, wie im Kommunismus und da keine anderweitige Meinung aufkommen kann. Man kann auch die Demokratie so sehen, ich pflichte ihnen bei, daß in der Verfassung das freie Mandat festgeschrieben ist, aber bedenken sie bitte, daß wir in Österreich eigentlich von der Gemeinde weg bis über das Land und bis zum Bund ein Listenwahlrecht haben. Wenn jemand für eine Funktion kandidieren will, dann muß er sich mit seiner Unterschrift für diese Liste bekennen. Es steht auch weiters in jeder Wahlordnung drinnen, daß Fraktionen zu bilden sind. Bei uns, zumindest kann ich das von der sozialdemokratischen Fraktion sagen, ist die Meinungsbildung so, daß es sehrwohl auch bei uns unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Punkten gibt, aber wir diskutieren das in unserer Fraktion aus. Als Demokrat muß es auch möglich sein, daß man eine Mehrheitsentscheidung zur Kenntnis nimmt, die in der Fraktion fällt. Die tragen wir dann in's Plenum und die vertreten wir dann auch gemeinsam. Ich denke mir, daß auch dieses System seine Richtigkeit hat, weil sonst würden wir wahrscheinlich unsere Gemeinderatssitzungen nicht um hoffentlich 21.00 Uhr sondern irgendwann um 5.00 Uhr in der Früh beenden, wenn überhaupt, weil dann würde wahrscheinlich das totale Chaos ausbrechen, weil wenn man ihre Diktion so durchführen würde, dann gehen wir bei der nächsten Wahl her, ändern wir das Wahlrecht, dann kandidiert

jeder für sich alleine und die ersten 36, welche die meisten Stimmen bekommen haben, die sitzen dann hier in diesem Kreis. Ich möchte mir das nicht ausmalen, welche Arbeit wir dann für unsere Bürger leisten können. Bitte sehen sie auch das und ich lege Wert darauf, daß bei uns das schon sehr demokratisch zugeht und ich nehme an bei den anderen Fraktionen genau so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Keine weitere Wortmeldung? Schlußwort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, wir sind jetzt vom Thema abgekommen. Ich gehe jetzt wieder zurück zum Gesundheits- und Sozialsprengel. Ich möchte bei Dr. Starzengruber beginnen. Ich war im Jahr 1991/1992 Gemeinderätin. Da sollte meine Vorgängerin den Gesundheits- und Sozialsprengel schon gründen. Da waren in der Kammer Versammlungen, es war die Gebietskrankenkasse, das Ärzteforum vertreten und seitens des Sozialamtes war auch jemand vertreten. Ich muß das jetzt sagen, weil sehr viele Neue hier sind, damit man den Ablauf sieht. In Wels hat sich das umgesetzt, daß 1/3 Kosten die Gebietskrankenkasse, 1/3 Kosten das Land und 1/3 Kosten die Stadt übernommen hat. In Linz war es auch so. In Steyr hat die Gebietskrankenkasse dann gesagt, sie kann die Kosten nicht mehr übernehmen. Darum ist das 1992, glaube ich, gescheitert. Sonst wäre der Verein schon 1992 ins Leben gerufen worden, aber aufgrund, daß die 1/3 Lösung nicht mehr funktioniert hat, ist dies eigentlich gescheitert. Ein paar Jahre, kann man sagen, war dann Ruhe. Dann haben wir das wieder in Angriff genommen. So in Angriff genommen, daß wir gesagt haben, wir wollen etwas bewegen und umsetzen. Ich glaube, ich habe es letztes Mal, wie der Grundsatzbeschluß am 3. 7. war, ganz deutlich gesagt, es war beim Städtetag in Graz ein Vortrag, der war sehr positiv, vom ÖVP-Vizebürgermeister aus Innsbruck, der einen Gesundheits- und Sozialsprengel in seiner Stadt umgesetzt hat, zum Wohl der Bevölkerung. Er hat gesagt, er hat vier Jahre gebraucht, bis er diese Einrichtung bewältigt hat. Ich wiederhole mich jetzt auch, so wie Dr. Pfeil, ich habe es nämlich auch nachgelesen, aber ich habe ihn vor einem Monat in Linz getroffen, da war vom Städtebund eine Sozialausschußsitzung und da hat er zu mir gesagt: „Gehen sie nicht runter, bleiben sie am Ball und sie werden sehen, es ist eine positive Einrichtung.“ Der zuständige Referent, der Stadtrat von Villach, war auch dort und der wird es auch einführen. Ich glaube, es soll zukünftig so sein, weil nur so können wir eine Sozialplanung erstellen, wenn alle zusammenarbeiten. Aber wenn sich die Vereine, die Ärzte und die Therapeuten nicht öffnen und nicht bereit sind mit uns mitzuarbeiten, wird keine Sozialplanung kommen. Wie der Herr Vizebürgermeister gesagt hat: „Die Sozialreferentin hätte ja schon lange Zeit gehabt für eine Sozialplanung!“ Ja, lieber Herr Vizebürgermeister, ich hätte Zeit gehabt, aber ich hätte 1 ½ Millionen Schilling gebraucht. Wir haben uns erkundigt, wir haben alles am Sozialamt. Es braucht 1 ½ Jahre, bis eine Sozialplanung erstellt ist. Wir haben jetzt Vorarbeiten gemacht, die Vereine haben mitgearbeitet und haben uns sehr viel Arbeit weggenommen, kostenlos muß man sagen. Auch wir haben kostenlos mitgearbeitet, weil es uns wichtig ist, daß sich gerade in diesem Bereich etwas bewegt. Es hat sich dann herausgestellt, daß man einen Verein gründen soll, daß es besser ist, daß wir als Privatpersonen in diesen Verein hineingehen und darum hat das Land gesagt, daß wir die Subvention bekommen, aber sie können als Privatpersonen im Verein nicht mitarbeiten. Das Land hat sich nicht verabschiedet sondern ist wohl bereit zu finanzieren. Sie gehen nur als Privatperson in den Verein nicht hinein. Ich habe es letztes Mal, im Juli, sehr ausführlich erklärt, ich würde wirklich alle ersuchen, wenn wir eine Vernetzung wollen, wenn wir eine Einheit wollen, daß alle zusammenarbeiten, zum Wohle unserer Bürger, und wie die Kollegin Höller es so schon gesagt hat, Vorsorge ist ja das Wichtigste, dann kann man etwas bewegen. Es liegt auch in unseren Händen, wie die Kollegin Frech sagte, was wir daraus machen. Wir werden es uns genau anschauen, wie weit das gehen soll und daß wir auch was bewegen und umsetzen. Es ist am Beginn immer schwer, aber ich glaube, jeder wird sagen, wenn er auch ein Geschäft gründet, hat er keine Gewährleistung, ob es sofort positiv wird oder es sich negativ umsetzt. Es ist alles offen und es hängt von uns ab, ob wir es zu etwas machen oder nicht und dazu sind alle, die in dem Verein tätig sind, aufgerufen. Es gibt ein altes Sprichwort: „Aller Anfang ist schwer, aber der Weg führt zu einem Ziel!“ Ich hoffe, daß wir dieses Ziel erreichen, welches wir uns alle vorgenommen haben. Ich würde ersuchen, daß sie diesem Antrag zustimmen, weil nachher würden sie es vielleicht einmal bereuen. Danke.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt für diesen Antrag? (23). Wer stimmt gegen den Antrag? (2 - GR Payrleithner, GR Fürweger). Wer enthält sich der Stimme? (8 - 4 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Hoflehner, GR Reznar; 4 ÖVP - StR Mayrhofer, GR Lengauer, GR Gabath, GR Koppensteiner). Habe ich das richtig gesehen? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Berichterstatter ist Kollege Bremm. Ich danke der Frau Vizebürgermeisterin.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben bisher in der Hauptschule Ennsleite, in der Ganztagschule, eine verschränkte Abfolge geführt. Verschränkte Abfolge heißt, daß hier der Schulteil und der private Teil, der Ruheteil, auf den ganzen Tag aufgeteilt war. Diese Form ist, lt. den Lehrkräften, von den Kindern und Eltern nicht mehr so gewünscht. Es sollte ab dem Schuljahr 1998/99 nur mehr die getrennte Abfolge angeboten werden. Hiezu bedarf es auch, daß wir eine Tarifordnung beschließen, die im Antrag angeführt ist. Ich ersuche den Gemeinderat dieser Änderung die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 30. April 1998 wird die Abänderung der beigeschlossenen Tarifordnung für ganztägige Schulformen beschlossen. Diese Tarifordnung tritt mit Beginn des Schuljahres 1998/99 in Kraft. Die Kundmachung hat durch 2-wöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Frau Kollegin Koppensteiner hat das Wort.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Es freut mich sehr, daß es auch endlich in Steyr möglich ist, eine getrennte Abfolge zwischen Unterrichts- und Betreuungsteil auf der Ganztagschule Ennsleite zu bekommen. Ich habe es immer als ein Übel empfunden, daß Kinder verpflichtet werden, von morgens bis abends, durch diesen verschränkten Ablauf, in der Schule zu bleiben. Der bittere Beigeschmack an der Sache ist der, warum man jetzt endlich bereit ist, diese getrennte Abfolge durchzusetzen. Wir haben seit drei Jahren einen Schülerschwund von einem Drittel, von 189 auf 123. Das zeigt klar, daß die Eltern und die Kinder das nicht wollen. Mich freut es wirklich, daß das jetzt gelungen ist. Nur, ein Wehrmutstropfen ist drinnen und zwar Artikel VI, letzter Absatz. Dort heißt es, daß ein Schüler bzw. seine Eltern, der zwei Monate lang den Beitrag nicht bezahlt, von der Schule verwiesen wird. Das tut mir aus einem einzigen Grund besonders weh. Wir wissen genau, wer diese Betreuung braucht. Es heißt Betreuungsteil und nicht Aufgabenteil. Wo er die Aufgabe macht, ist egal. Genau dieser Betreuungsteil fällt aber dann für den Schüler weg, wenn die Eltern zwei Monate nicht bezahlen. Es ist ein Sozialstaffel drinnen, alles ist wirklich tadellos in Ordnung, daß der von der Schule verwiesen wird. Ich habe mich bei großen Ganztagschulen erkundigt. Traun z.B. da wurde noch nie jemand von der Schule verwiesen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Eh bei uns auch nicht!

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Nein, nein. Bei uns in den letzten zwei Jahren, ich kann die Schüler per Namen nennen, die auf den Tabor oder ins Münichholz geschickt wurden, weil sie unangenehme Schüler waren. So kann es nicht gehen. Es muß dieser Betreuungsteil sich wirklich um die Betreuung kümmern. Dazu ist die Ganztagschule da. Wir haben an den anderen Schulen nicht die Möglichkeit, Kinder aus zerrütteten Familien, wo wirklich große Probleme sind, unterzubringen. Ich habe heute mit Herrn Eder, von der Fürsorge, gesprochen, wir haben 4 Heimeinweisungen diese Woche, es wird nicht besser. Dann schickt man Schüler, wenn die Eltern zwei Monate nicht bezahlen, in eine andere, in eine nichtbetreute Schule, wie es bisher der Fall war. Man hat es sich etwas leicht gemacht mit diesen Schülern, die schwierige Schüler sind, keine Frage. Aaber wo soll man sich sonst, als dort wo die Möglichkeit besteht, hinwenden? Da muß man sich halt auch vonseiten der Schule etwas einfallen lassen, um das zu beseitigen. Ich weiß nicht, wie man diesen Punkt vielleicht abschwächen könnte. Indem man, wenn es Eltern gibt, die zwei Monate nicht bezahlen, vielleicht über die Fürsorge, ich weiß es ist schlimm, dort sind so wenige Menschen beschäftigt, die bräuchten mindestens 2 Personen mehr, bei dem Arbeitsvolumen das derzeit herrscht und, ich traue mir fast zu behaupten, zunimmt. Ich rede von dem, was jetzt an den Schulen passiert, 10 - 14-jährige. Da ist halt die Frage, ob man nicht doch die Eltern auffordern kann oder vielleicht vom Magistrat, wenn es noch schlimmer ist, die 400,- Schilling, oder was weiß ich, ich weiß nicht genau, wieviel es sind, bezahlt und nicht diese Kinder wieder wo hinschickt, wo sie ohne Netz dastehen, sondern daß sie dort betreut werden. Das wäre wirklich meine dringende Bitte.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Aufklärend zu dem, was Frau Gemeinderätin Koppensteiner hier angeschnitten hat möchte ich sagen, daß es endlich, nach Jahren, möglich geworden ist, daß wir von der verschränkten zur getrennten Abfolge überwechseln. Das ist nicht ein Thema der Stadt gewesen, sondern alleine im Ermessen des Schulleiters der Schule gelegen. Wir sind hier im Gemeinderat nur deswegen damit beschäftigt, weil wir für die getrennte Abfolge keine Tarife haben. Wegen dem sind wir hier beschäftigt. Es ist auch der Beschluß nicht in diese Richtung gefaßt, ob wir getrennte oder verschränkte Abfolge machen, sondern rein nur die Tarife. Natürlich haben sie Recht, daß die gesellschaftliche Entwicklung in diese Richtung geht, daß sich die Kinder sträuben, die Eltern ihnen zum Teil Rechnung tragen, daß sie nicht von Montag bis Freitag in der Ganztagschule, in verschränkter Form, sein müssen, sondern daß sie selbst wählen können, für wieviele Tage sie hier Nachmittagsbetreuung haben wollen. Es ist nicht in unserem Zuständigkeitsbereich gelegen. Natürlich kann man über alles diskutieren. Wir haben eine Tarifordnung und

wir haben diese auch zu vollziehen. Der hohe Gemeinderat hat diese beschlossen. Ich bin als Referent auch einige Male damit konfrontiert worden und wir haben immer, wenn sich eine Möglichkeit ergeben hat, daß wir nicht unbedingt gleich entsprechend unseres Beschlusses das vollzogen haben, sondern wir haben alle Möglichkeiten geprüft, wenn ein Elternteil oder Eltern die Gebühren, den Tarif nicht bezahlen konnten. Wir haben hier schon versucht, sehr moderat vorzugehen. Wir müssen aber auch sagen, es kann nicht angehen, daß hier, wenn wir Tarife verlangen, einige sind, die justament nicht bezahlen und die anderen müssen bezahlen. Wir brauchen hier auch eine Ordnung. Wenn man meint, wir können die Nachmittagsbetreuung in der Ganztagschule von den Kosten her von der Stadt übernehmen, dann ist das eine andere Diskussion. Das steht heute nicht zur Debatte. Ich glaube auch nicht, daß das in einem riesigen Umfang ist. In meiner 2 ½-jährigen Zuständigkeit, waren es wenige Fälle, die aufgrund des Nichtbezahlens von der Schule verwiesen wurden. Wir haben natürlich ein paar gehabt. Wir haben monatelang darauf aufmerksam gemacht und sind dem nachgegangen und haben aufgefordert zu bezahlen. In einigen Fällen war es nicht möglich, diese Beiträge aufzutreiben. Es wird auch geprüft, ob das Sozialamt diese Kosten, in speziellen Fällen, übernimmt. Wenn das der Fall ist, dann ist noch kein Kind von der Schule verwiesen worden. Wenn aber keine Möglichkeit besteht, dann muß der oder die SchülerInnen in eine normale Schule überwechselt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen werden nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl.

GR Stephan Keiler verläßt um 20.30 Uhr die Sitzung.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Der erste Antrag, den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, betrifft die Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil. Ich darf nur kurz in Erinnerung rufen, deswegen 1. Teil der 2. Bauetappe, weil ja bekanntlich, bedauerlicher Weise die 1. Bauetappe, was die Kosten betrifft, gewaltig in die Höhe gegangen ist. Es war ja ursprünglich geplant, etwa 20 Millionen Schilling dafür einzusetzen, dann wurde aufgestockt auf 26,7 Millionen und schlußendlich wurden dafür 32 Millionen Schilling gebraucht. Es hat ja bereits in dieser Richtung einen Beschluß vor diesem Gremium gegeben. Das hat natürlich dazu geführt, daß man sich überlegen mußte, in welcher Größenordnung man diese 2. Bau-etappe tatsächlich in diesem Budgetjahr durchführen kann. Es waren Verhandlungen mit dem Land nötig um abzuklären, in welcher Größenordnung wir dann tatsächlich Förderungen erhalten. Der Herr Bürgermeister hat ja mehrmals auch bereits bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen. Tatsächlich geht es heute um einen Beschluß in der Größenordnung von 11,2 Millionen Schilling. Die 1. und 2. Bauetappe soll dann auch vor Endung eine Größenordnung von 69,3 Millionen erreichen, wobei die Förderung vonseiten des Landes 18,44 Millionen Schilling sein wird, d.h. für die Stadt bleibt somit ein sehr großer Rest, in der Größenordnung von 50,85 Millionen Schilling. Ich darf ihnen, meine Damen und Herren, den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil; Vergabe diverser Arbeiten; Auftragsweiterung
Architektenleistungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 14.4.1998 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für die Sanierung des Hallenbades, 2. Bauetappe, wie folgt zugestimmt:

P1. Baumeisterarbeiten

P1.1 Fa. Mayr-Bau, Steyr netto S 1.594.525,95

P2. Elektroinstallationsarbeiten

P2.1 Fa. Elin-EBG, Steyr netto S 1.645.694,40

P3. Betonsanierung

P3.1 Fa. Bauschutz, Wels netto S 451.984,68

P4. Aufzugsanlage

P4.1 Fa. Thyssen, Graz netto S 363.953,70

P5. Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallationsarbeiten

P5.1 Fa. Haas, Steyr netto S 3.135.755,71

6. Schlosserarbeiten

P6.1 Fa. Federer, Haidershofen netto S 1.270.000,--

P7. Trockenbauarbeiten

P1. Fa. Perchtold GesmbH, Gmunden netto S 477.372,31

P8. Malerarbeiten

P1. Fa. Seywaltner, Steyr netto S 125.821,07

P9. Fassaden- u. Dachdeckerarbeiten

P1. Fa. Staffelleitner, Enns netto S 576.296,88

P10. Fliesenlegerarbeiten

P1. Fa. Seyrlehner, Behamberg netto S 722.892,53

Die Auftragserrhöhung an das Arch. Büro Tischler/Fischer, Linz, von S 2.598.280,00 um S 828.197,12 auf S 3.426.477,12 wird bewilligt.

Die Deckung der Mittel in Höhe von **S 11.200.000,00** wird bei VST 5/83300/010140 gefunden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 3.000.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Zu P6. führte StR Eichhübl folgendes an:

Ursprünglich war geplant, diese Arbeiten der Firma Aschauer aus Eferding zu übertragen. Es hat aber dann vonseiten des Herrn Bürgermeisters Gespräche mit einer Steyrer Firma, der Firma Federer, gegeben, die bereit war, diese Arbeiten um etwas billigeres Geld zu machen. Er hat mit mir Rücksprache gehalten und ich war selbstverständlich damit einverstanden, diesen geänderten Antrag dem Stadtsenat so vorzubringen und vorzutragen und es hat dann auch dort einen einstimmigen Beschluß gegeben.

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag ist ausführlich erläutert worden. Er steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Kein Einwand. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Nr. 15) bitte.

GR Ing. Klaus Hoflehner verläßt um 20.40 Uhr die Sitzung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Beim nächsten Antrag kann ich mich deswegen wesentlich kürzer fassen, weil dieser Antrag im Kommunalausschuß entsprechend vorbehandelt wurde und im Stadtsenat bereits seine Zustimmung gefunden hat. Ich darf vorweg auch gleich bitten, daß das auch hier im Gemeinderat geschieht. Es handelt sich um eine erfreuliche Sache, nämlich um den Ankauf von zwei Bussen. Es geht aus dem Amtsbericht hervor, daß es zwei, der Größenordnung nach, gleichwertige Angebote gegeben hat. Eines der Firma Volvo Austria GmbH. Und eines der Firma ÖAF & Steyr Nutzfahrzeuge OHG. Ich glaube, nicht näher erläutern zu müssen, daß unter diesen gleichen Bedingungen man doch der Firma ÖAF & Steyr Nutzfahrzeuge diesen Auftrag zukommen lassen soll. Alleine schon im Zusammenhang mit dem Namen Steyr, mit einer Arbeitsplatzabsicherung. Auf Umwegen allerdings aber auch um die Typenreinheit im Fuhrpark dieses Unternehmens zu gewährleisten. Ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen.

Stw-39/98 Städt. Verkehrsbetrieb; Ankauf von zwei Stück Niederflur Omnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von zwei Gebrauchtfahrzeugen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 22.05.1998 und zufolge des Beschlusses der Ausschußmitglieder für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen vom 18.05.1998 wird dem Ankauf von zwei Stück Niederflur Omnibussen des Fabrikates MAN, Type NL 262 A 10, unter gleichzeitiger Rückgabe zweier Gebrauchtfahrzeuge (zwei Stück Steyr Bus, Type SS 11 HUA 250, Baujahr 1984 und 1985) zum Aufpreis von S 4.400.000,- gemäß Anbot vom 17.04.1998 und Nachtrag vom 14.05. bzw. 17.05.1998 zugestimmt. Die erforderlichen Mittel sind aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes städt. Verkehr unter Heranziehung der von der Stadt Steyr gewährten Kapitaleinlage zu erbringen.

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung daher gehe ich gleich zur Abstimmung über. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im nördlichen Teil des Ennskais soll eine Erneuerung der Erdgasversorgungsleitung erfolgen, die im Amtsbericht ausführlich begründet wird. Ich darf mich daher auch hier, bei diesem Antrag, ebenfalls auf den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat einschränken und ihnen diesen verlesen.

Stw-40/98 Erneuerung der Erdgasversorgungsleitung Ennskai nördlicher Teil; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 26. Mai 1998 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgasversorgungsleitung Ennskai nördlicher Teil der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

Tiefbauleistungen

Fa. Steindl BaugesmbH, Weistrach **S 377.674,- (exkl. UST)**

Ankauf Sphärogußrohre

Fa. Kontinentale HG, Wels **S 134.941,- (exkl. UST)**

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter IA III 10 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Bereich Schlüsselhofgasse-Michaelerplatz sollen Erneuerungen der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen vorgenommen werden. Es wird ebenfalls im Amtsbericht ausführlich darauf hingewiesen, warum das notwendig ist. Ich darf vielleicht nur eine Frage, die irgendwann einmal aufgetaucht ist, beantworten. Es ist bekannt, daß in diesem Bereich die Kanalsituation äußerst schlecht ist. Herr Mayrhofer weiß das, wir haben im Stadtsenat auch darüber gesprochen. Es tangiert aber nicht, diese, von mir jetzt ihnen vorgeschlagene Vorgangsweise zu wählen, dort Versorgungsleitungen zu verlegen, denn es wird nicht notwendig sein, wenn der Kanal dort saniert wird, wiederum Aufgrabungsarbeiten durchzuführen, nämlich deshalb, weil es durch ein neues Verfahren ja möglich ist, einen Kanal zu sanieren, ohne daß man diese Rohrleitungen erneuert und wieder frisch aufgräbt. Ich darf ihnen nun den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen.

Stw-41/98 Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Schlüsselhofgasse Michaelerplatz; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 26. Mai 1998 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Schlüsselhofgasse - Michaelerplatz der Vergabe an nachstehend

vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

GASLEITUNGSBAU

Tiefbauleistungen

Fa. Ploier & Hörmann BaugesmbH, Marchtrenk ANTEIL S 576.048,-- (exkl. UST)

Ankauf Sphärogußrohre

Fa. Kontinentale HG, Wels S 373.936,-- (exkl. UST)

WASSERLEITUNGSBAU

Tiefbauleistungen

Fa. Ploier & Hörmann BaugesmbH, Marchtrenk ANTEIL S 864.072,-- (exkl. UST)

Ankauf Sphärogußrohre

Fa. Kontinentale HG, Wels S 225.372,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter IA III 7 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Für den Wasserleitungsbau sind im Investitionsplan 1998 der Stadtwerke Steyr unter IV A III 6 entsprechende Positionen vorgesehen, die damit verbundenen Aufwendungen werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist StR Mayrhofer.

Be: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

In meinem Antrag geht es um das letzte Stück beim FAZAT, was noch renoviert werden muß, und zwar um den Hack-Steg, um die Hack-Wehr und um die Vorplatzgestaltung. Es geht bei diesem Antrag auch um einen Dringlichkeitsbeschluß. Die Bagger arbeiten bereits. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Wa-5430/88 Projekt Hack; Vergabe der Baumeister-, Stahlbau- und Stahlwasserbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA für Tiefbau vom 8. Mai 1998 wird der Neuerrichtung der Wehranlage und des Steges sowie der Platzgestaltung bei den ehemaligen Hackwerken im Wehrgraben zugestimmt. An die Fa. ALPINE, Steyr werden die Baumeisterarbeiten in Höhe von S 3.203.575,80, an die Fa. Stahlbau Riesner, Steyr, die Stahlbauarbeiten in Höhe von S 823.200,-- und an die Fa. Jank, Jeging, die Stahlwasserbauarbeiten im Ausmaß von S 1.328.822,40 übertragen.

Mittel in Höhe von S 4.352.000,-- sind bei Vst. 5/632000/619000 vorhanden.

Einer erforderlichen Kreditüberschreitung in Höhe von 1.003.600,-- wird zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2.003.600,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Es ist höchst erfreulich, daß in dem sensiblen Bereich des Wehrgrabens wieder einmal Leben einkehrt. Gerade der Hacksteg, wenn auch seinerzeit nur als Provisorium errichtet, hat fast schon wieder Legende und eine Neuerrichtung der Wehranlage sowie des Steges ist durchaus sinnvoll. In diesem Bereich befindet sich allerdings eine sehr, in desolatem Zustand befindliche Garage, die der Stadt Steyr zuzuordnen ist. Da es in dieser Gegend ohnehin immer wieder zu Streitigkeiten um Parkplätze und Garagen kommt, wäre es doch möglich, auch diese Garage zu adaptieren oder frisch aufzubauen und in das gesamte Ensemble miteinzubeziehen. Mit der Vermietung dieser Garagen könnte man doch auch einen wirtschaftlichen Aspekt erzielen. Ich bitte um Klärung, was in diesem speziellen Bereich geschehen soll, bzw. eine sinnvolle Nutzung einzuplanen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Diese Überlegungen wurden angestellt. Es wurden auch mit dem Nachbarn Verhandlungen geführt. Das war der Herr Fenzl, der daneben das Objekt hat. Diese Verhandlungen haben sich aber zerschlagen und die Stadt hat sich entschlossen, dieses, wie sie richtig sagen, desolate Objekt, jetzt im Zuge der Vorplatzgestaltung zu schleifen und es wird zur Gänze auch die Fläche als Vorplatz genutzt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Das ist sicher sehr schön, aber Parkplatz ist dann keiner.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein eh nicht, das wollen wir auch nicht. Es gibt einen rechtskräftigen Abbruchbescheid. Seit ungefähr 1 ½ Jahren.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es hat mich nur gestört, wie ich da hingegangen bin und das gesehen habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schaut furchtbar aus, aber man wollte nicht extra wegen dem Abbruch dort Baumaschinen einsetzen, wenn man ohnehin den gesamten Platz gestalten wird. Architekt Falkner hat nicht nur die Brücke gezeichnet sondern auch die Vorplatzgestaltung gemacht und die sieht vor, daß diese, an sich in der Vergangenheit einmal dazugeflickte Baulichkeit, entfernt wird und dafür gibt es seit ungefähr 1 ½ Jahren einen rechtskräftigen Baubescheid.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Auftrag. Wer dafür ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Ich danke Herrn Mayrhofer. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herr Kollege Stadtrat Spanring.

Be: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem ersten Antrag geht es um die Gastspielsaison 1998/99. Es wurden acht Gastspiele ausgewählt und bevor ich zu meinem Antrag komme, möchte ich noch einen Beschluß des Stadtsenates zur Kenntnis bringen, der durch verschiedene Vorkommnisse in der Vergangenheit ausgelöst wurde. In der Stadtsenatssitzung vom 14. 5. 1998 wurde hingewiesen, in Zukunft bei nicht zustande kommen von vereinbarten Veranstaltungen ein Pönale einzufordern und diese Absicherung im nächsten Vertrag mit dem Landestheater Linz einzubinden. Das als Information. Der Antrag selbst lautet:

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1998/99; Abschluß eines Gastspielvertrages mit dem Landestheater Linz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Abgeltung von 8 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Gastspielsaison 1998/99 nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 17. April 1998 wird genehmigt.

Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Gastspielvertrag abzuschließen.

Die Eintrittspreise haben sich entsprechend der Preiserhöhung durch das Landestheater gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 % erhöht. Schüler, Studenten, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler erhalten gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises eine Ermäßigung um 50 %.

Die Regelung über die Dienstsitze udgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16.09.1980, K-1800/80, wird

beibehalten.

Die Pauschalabgeltungen für Gastspiele des Landestheaters Linz finden Deckung aus der VA 1/3230/728100.7.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Frau Gemeinderätin Rezna bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich höre gerade äußerst positiv, muß ich sagen, das ist eine Reaktion, die ich nur begrüßen kann, weil ein Pönale ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, das finde ich ganz, ganz großartig, weil es ist immer wieder dieses leidige Thema, Theaterabo und Absagen usw. und es ist wirklich manchmal zum „narrisch“ werden. Aber es ist nicht nur, daß diese Theatervorstellungen kurzfristig abgesagt werden sondern, daß auch speziell die Ensembles aus dem Osten von äußerst schlechter Qualität sind. Also, da muß ich sagen, gerade diese Preise, die auch die verlangen, könnte ich eher als Subvention sehen, als Leistung. Immerhin bezahlt das Publikum 2.850,- Schilling pro Theaterkarte in der Kategorie I und möchte für dieses Geld auch eine Leistung. Weiters, das haben wir schon oft andiskutiert, möchte ich gerne, daß trotz allem im Vorfeld im Kulturausschuß, die Vorstellungen des Landestheaters bzw. der Tourneetheater abgesprochen werden und daß, das ist jetzt sicherlich gelaufen, Kontakte mit dem Landestheater Linz hergestellt werden, weil es sollte nicht notwendig sein, daß sich Frau Donner da wochenlang herumstreiten muß, daß eine Opernaufführung von Balduin Sulzer endlich doch vielleicht nach Steyr kommt und da hin und her jongliert wird, weil soviel Zeit hat die Frau Donner wirklich nicht, für solche Dinge.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau Gemeinderätin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Liebe Frau Kollegin Reznar, ich glaube, Qualität hat nichts damit zu tun, ob ein Ensemble aus dem Osten oder aus dem Westen kommt sondern ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber es ist meistens so.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das ist ihre Verallgemeinerung, aber ich glaube, das halte ich doch ein bißchen für einen sehr rassistischen Ansatz. Aber zu einem anderen Punkt. Wir haben das ja im letzten Kulturausschuß durchaus diskutiert. Das ist von ihrer Seite her gekommen. So auf die Art, der Kulturausschuß soll jetzt die Stücke des Linzer Landestheaters aussuchen. Na gut, sie können ja einen Antrag einbringen, wenn es ihnen Spaß macht, so ungefähr nach fraktioneller Besetzung. Die SPÖ darf sich halt die meisten Stücke aussuchen, dann kommt die FPÖ, dann die ÖVP, dann die Grünen und ich darf mir vielleicht auch ein Stück aussuchen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bitte, das kann es doch wohl nicht sein, daß wir jetzt schon in der Kulturpolitik die Stücke ...

Zwischenruf: Dann haben wir ein absurdes Theater auch noch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann haben wir einen absurden Theaterabend? Ja, da bin ich mir ziemlich sicher. Insofern wäre es vielleicht ganz spannend, aber ich denke mir, das läuft ja darauf hinaus, daß wir Proporzbesetzung beim Landestheater machen. Ich halte das für einen ziemlichen Nonsensvorschlag.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Davon war nie die Rede.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es war auch die Rede, daß wir Politiker die Stücke aussuchen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ach so, also, das wäre nicht sehr ideal. Herr Gemeinderat Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich möchte nur meiner Freude Ausdruck geben, daß die Anregungen des Kulturausschusses im Stadtsenat so rasch behandelt worden sind. Es war ja wirklich erschütternd, wie Frau Reznar schon gesagt hat, gerade bei der „Sulzer Oper“, wie da der Kampf war, daß die „Sulzer Oper“ in Steyr aufgeführt werden konnte. Ich denke, wo wir Druck setzen müssen, ich glaube, daß wir die Theaterstücke nicht selber aussuchen werden müssen, ist, daß wir in Steyr wieder erste Garnitur bekommen und nicht eine dritte Garnitur. Das müssen wir einfach dann in den Gesprächen und Verhandlungen ganz, ganz vehement verlangen. Ich glaube, in diese Richtung müssen wir gehen und da müssen wir, vom Kulturausschuß, den Schwerpunkt legen und das dürfen wir nicht der Frau Donner aufhalsen, die ja in der Arbeit eh sehr viel zu tun hat. Da, glaube ich, müssen wir, vom Kulturausschuß, etwas dazu tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Fiala.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Vertreter der Presse. Ich möchte nur zwei Punkte anmerken, die ich auch im Kulturausschuß gesagt habe.

Zu Punkt 1: Ich halte ein Pauschalurteil, generell über die Kunst des ehemaligen Ostblocks und aus dem Osten, mit der Qualität minderwertig zu beurteilen, für höchst bedenklich. Sehr geehrte Frau Kollegin Reznar, sie verweisen an eine CD-Produktion die ich gerade mit einem ehemaligen Oststaatenorchester gemacht habe, die hervorragende Qualität hat und überaus in der Öffentlichkeit und in den Medien gelobt wird, nämlich eine Produktion der „Dubrovniker Sinfoniker“, die internationales Level hat, wo wir Gratulation von einer Plattenfirma bekommen haben.

Zu Punkt 2: Ich glaube nicht, daß der Gemeinderat bzw. der Kulturausschuß ein kompetentes Gremium ist, um über Gastspielverträge mit Theatern zu urteilen. Ich glaube nicht, daß wir die Kompetenz besitzen, zu sagen, eine Oper oder ein Schauspielstück ist gut, das wollen wir und eine Oper oder ein Schauspielstück ist schlecht, das wollen wir nicht, weil ich mir nicht zumute, jetzt in meiner Funktion als Politiker und nicht als Kulturschaffender der ich bin, der es wahrscheinlich aus der Sicht des Kulturschaffenden kann, und daher kann ich auch nur zu diesem vorliegenden Amtsbericht des Landestheater Linz gratulieren, weil es eine hervorragende Auswahl der heurigen Saison ist. Mit einem modernen Werk, mit einem Offenbach und einem Rossini im Opernsektor, aber ich bin trotzdem der Meinung, daß Qualitätsentscheidungen, über Qualität von musikalischen Aufführungen, nicht der Kulturausschuß zu treffen hat sondern die Fachleute, die dafür belangt sind. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Unter dem Motto: „Schuster bleib' bei deinem Leisten!“ Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich den Ausführungen meiner beiden Vorredner bzw. Vorrednerin vollinhaltlich anschließen. Aber wenn wir die Diskussion hier führen, die wir eigentlich im Kulturausschuß genauso geführt haben, muß ich natürlich auch meinen Senf abgeben. Einen Aspekt, der mir ein wichtiger ist, für die Zukunft der Theatervorstellungen in Steyr, muß ich dem Gemeinderat näher bringen, weil wir neben dem Landestheater auch eine zweite Bühne in Oberösterreich haben nämlich das Theater Phönix, das sehr hervorragende Aufführungen produziert. Ich glaube, daß es auch gut wäre, um ein jüngeres Publikum anzusprechen, das Theater Phönix auch als zweite Landesbühne für Gastspiele nach Steyr einzuladen. Darum würde ich bitten, diese Idee vielleicht für die nächste Saison zu verfolgen. Ich denke mir, daß es da sicher vom Theater Phönix Breitschaft gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich möchte die heute so lange dauernde Sitzung wirklich nicht mehr verlängern und denke, daß diese Diskussion, die da geführt wurde, im Kulturausschuß zu führen ist, und dort werden wir es auch machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

GR Ing. Wolfgang Hack trifft um 21.00 Uhr ein.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um eine Neuregulierung der Mieten und Eintrittspreise im Alten Theater, die schlußendlich das letzten Mal im Jahr 1995 reguliert wurden.

K-87/94 Eintrittspreise und Mieten für das Alte Theater; Neufestlegung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15.04. 1998 wird der Neufestlegung der Eintrittspreise und Mieten für das „Alte Theater“ im nachstehenden Umfang zugestimmt.

Eintrittspreise für Theatervorstellungen

neu

Logenplätze S 210,--

Parkettsitze S 170,--

Balkonsitze S 130,--

Stehplätze S 50,--

Notsitze S 90,--

Eintrittspreise für Solistenkonzerte und Dichterlesungen:

neu

Logenplätze S 140,--

Parkettsitze S 120,--

Balkonsitze S 100,--

Stehplätze S 40,--

Notsitze S 60,--

Die Dienstsitze bleiben gleich:

Parkett:

Reihe 1 - Sitznummer 1 (Arzt)

Reihe 2 - Sitznummer 1 (Feuerwehr)

Reihe 3 - Sitznummer 1 (Polizei/Konzeptsbeamter)

Reihe 4 - Sitznummer 1 und 2

(Geschäftsbereichsleiter VI)

Reihe 10 - Sitznummer 1 (Fachabteilungsleiter)

Balkon:

Seitenbalkon links - Sitz 1 (Polizei/Sicherheitswache)

Seitenbalkon rechts - Sitz 1 (Feuerwehr/Sicherheitswache)

In besonderen Fällen (Veranstaltung mit hohen Honoraren, Schülerkonzerte, Jugend- und Kindervorstellungen, Veranstaltungen für ältere Mitbürger, Vorträge usw.) wird der Fachabteilungsleiter ermächtigt, die Eintrittspreise

entsprechend abzuändern.

Die Gebühr der Vermietung des Alten Theaters an Fremdveranstalter wird pro Veranstaltung mit S 3.600,-- inklusive Mehrwertsteuer festgelegt.

Ich ersuche um Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um einen Druckkostenzuschuß für „Anton Bruckner und Steyr“. Das Anton Bruckner Institut in Linz beabsichtigt, die wissenschaftlichen Arbeiten von Herrn Dr. Erich Wolfgang Partsch zum Thema „Anton Bruckner und Steyr“ als Veröffentlichung des genannten Institutes herauszugeben. Dazu wurde ein entsprechender Antrag an die Stadt Steyr um Förderung im Kulturausschuß gestellt und entsprechend behandelt. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-71/98 „Anton Bruckner und Steyr“; Druckkostenzuschuß

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 24.04.1998 wird dem Anton Bruckner Institut Linz für die Herausgabe des Buches von Erich Wolfgang Partsch „Anton Bruckner und Steyr“ eine städtische Förderung in der Höhe von **S 20.000,-- (Schilling zwanzigtausend)** zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3220/75700 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000 auf die VA 1/3200/757000 bewilligt.

Ich ersuche um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es auch um eine Subvention betreffend Multimediale Performance „EISENpuls & LICHTspuren“. Nach einer Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses geht folgender Antrag an den Gemeinderat:

VH-10/98 Multimediale Performance EISENpuls & LICHTspuren; Subvention

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 23. April 1998 wird dem akustisch-visuellen Projekt „EISENpuls & LICHTspuren“, ein Gemeinschaftswerk der künstlerischen Leitung - Gerhard Laber, Organisation, Ing. Dr. Raimund Locicnik und den Künstlern Josef Wintersteiger und Johann Schmidberger eine Subvention in der Höhe von **S 30.000,-- (Schilling dreißigtausend)** zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/300000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/300000/728000 auf die VA 1/300000/757000 bewilligt.

Ich ersuche auch in diesem Fall um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird hiezu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einwände? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im Antrag Nr. 23) geht es um die Jahressubvention für das Museum Industrielle Arbeitswelt. Die Geschäftsführung des Museums Industrielle Arbeitswelt hat beim Magistrat Steyr um eine Förderung des genannten Museums für 1998 angesucht. Die widmungsgemäße Verwendung der Subvention 1997 wurde nachgewiesen. Daher geht entsprechend der Antrag an den Gemeinderat:

Fin-128/98 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 15.5.1998 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt für 1998 eine Subvention in Höhe von **S 950.000,- (Schilling neunhundertfünfzigtausend)** gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 1998 auf der VA 1/360000/757000 - Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt - vorgesehen.

Ich ersuche auch hier um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im Antrag 24) geht es nicht um Kultur sondern um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluß 1997 und den Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Fin-3/97 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1997; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 1997 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 12. Mai 1998, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von S 32.589.763,02 (Betriebskostenanteil: S 16.723.824,32; Investitionskostenanteil: S 15.865.938,71) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von S 19.657.763,02 (S 32.589.763,02 abzüglich Akontozahlung von S 12.932.000,-) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck werden bei VASSt 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von S 17.179.336,67 und bei VASSt 5/851000/774000 ein Betrag in der Höhe von S 2.478.426,35 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 2.479.000,- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im Antrag Nr. 25) geht es um die Zusammensetzung des Personalbeirates. Aufgrund der Personalvertretungswahlen und der Mitteilung der Personalvertretung gibt es in der Zusammensetzung des Personalbeirates personelle Änderungen.

Präs-469/97 OÖ. Objektivierungsgesetz; Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstnehmers im Personalbeirat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Zusammensetzung der Dienstnehmervertreter im Personalbeirat für die laufende Funktionsperiode des Gemeinderates wird aufgrund der Personalvertretungswahlen wie folgt neu zusammengesetzt:

Dienstnehmervertreter: OMR Mag. Erwin Schuster, TAR Ing. Horst Seitlinger, AR Kurt Buchner, VB Günther Vollenhofer, VK Horst Rumpelsberger

Ersatz: OAR Harald Kloiber, VB Heinz Gärtner, VB Peter Zwiefelhofer, VB Christiane Schier, VB Josef Ecker

Bei den Dienstgebervertretern tritt keine Änderung ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Es wird keine Wortmeldung angezeigt. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Stimmenthaltung sehe ich keine, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Antrag Nr. 26). Der Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück hat bei der Stadt Steyr um weitere Förderung der Tätigkeit des Jugend- und Kulturhauses angesucht.

Die Mieteinnahmen der „Tauben-mühle“ und des „Museum Arbeitswelt“ sollen zur Abdeckung der Betriebskosten an den genannten Verein gehen.

Dazu ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

Fin-136/95 Jugend- und Kulturhaus Steyr; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 2. Juni 1998 werden dem Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, die Mieteinnahmen der „Taubenmühle“ und des Museum Arbeitswelt als Förderung in der Höhe von **S 250.000,- (Schilling zweihundertfünfzigtausend)** (incl. MWST) in Form einer außerordentlichen Subvention überwiesen.

Zum genannten Zweck ist eine Kreditüberschreitung bei der VA 5/259000/757000 notwendig. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 250.000,- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskondition wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe bei diesem Antrag nur eine Frage an den zuständigen Referenten. Nachdem im Amtsbericht steht, daß die Mieteinnahmen der Taubenmühle und des Museum Arbeitswelt zur Abdeckung der Betriebskosten an den Verein gehen, warum kommt es dann eigentlich zur Kreditüberschreitung? Die zweite Frage ist: Wie hoch sind eigentlich die Mieteinnahmen der Taubenmühle und des Museum Arbeitswelt?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Bist du in der Lage das genau zu erklären?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Genau nicht, aber ich kann es versuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich kann es erklären, weil ich es ausverhandelt habe. Es ist so, daß hier die Mieteinnahmen des Museums 10.000,- - Schilling sind und die der Taubenmühle, glaube ich, etwas darunter und es kommt daher nicht zu diesem Betrag von 250.000,- Schilling. Wir haben also damals mit dem Trägerverein gesagt, als wir über die Höhe der Subvention gesprochen haben, es werden diese Mieteinnahmen sein und die werden in etwa 250.000,- Schilling ausmachen. Es geht sich nicht ganz aus und es ist dabei auch zu bemerken, daß wir natürlich auch Steuern für diese Pachterträge zahlen müssen. Daraus resultiert der Unterschiedsbetrag.

Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Dem Vernehmen nach soll die Dame von der Taubenmühle sehr weit mit der Mietenzahlung hinten sein. Bitte das einmal nachzuforschen und wenn die Dame wirklich nicht zahlen kann, glaube ich, müßte man, im eigenen Interesse und im Interesse des Kulturhauses, eine neue Lösung suchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist zutreffend, daß ein Mietrückstand besteht. Es werden derzeit mit ihr Gespräche geführt. Es ist eines eingetreten, im Hinblick auf die Veränderungen, durch die Mietverhältnisse, die vorher mit Frau Röder bestanden haben und jetzt mit der Stadt bestehen, daß sie der Meinung war, weil wir haben ja seinerzeit zum gleichen Pachtschilling vergeben, daß hier auch, wie vorher bei den Pachtverhältnis Röder, die Betriebskosten, ich weiß nicht genau, Strom glaube ich ob es eine Heizung überhaupt gibt weiß ich nicht, ja, hat es gegeben, daß das dabei ist. Bei uns wurde ihr das separat verrechnet. Es wird derzeit einmal geprüft, wie hoch diese Betriebskosten sind und sie hat auch angeboten, diesen Mietrückstand zu bezahlen, durch einen Sondereinsatz, den sie anderswo tätigt. Ich würde noch abwarten, um zu schauen, ob man hier eine Lösung findet. Dafür sprechen würde, bei der Pächterin zu bleiben, daß sie offensichtlich gut mit dem Trägerverein und den jungen Leuten kann und an und für sich die Taubenmühle ganz gut bewirtschaftet. Das ist der Stand der Dinge. Wir werden uns mit dieser Materie noch einmal auseinandersetzen müssen.

Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig. Nr. 27) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Letzter Antrag. In Erfüllung der Geschäftseinteilung des Stadtsenates der Stadt Steyr, trage ich auftragsgemäß folgenden Antrag vor.

Präs-319/89 Gemeinderätlicher Dringlichkeitsantrag betreffend Theater- und Kulturverein AKKU; Jahresförderung 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Theater- und Kulturverein AKKU, Färbergasse 5, 4400 Steyr erhält als Förderung für 1998 einen Betrag von **S 200.000,-- (insgesamt)** in Form einer außerordentlichen, nicht rückzahlbaren Subvention. Förderungen für einzelne Projekte sind 1998 nicht mehr möglich

Zum genannten Zweck wird obiger Betrag bei der VA 1/3000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Zum Wort gemeldet hat sich Frau Gemeinderätin Feller-Höllner.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLNER:

Ganz kurz nur. Kulturausschußsitzung 12. März 1998, Tagesordnungspunkt Jahresförderung AKKU, Ansuchen auf 250.000,-- Schilling. Im Budget vorgeschlagen, vorgesehen und beschlossen sind 70.000,-- Schilling. In der Folge entwickelt sich eine sehr gute, eine sehr sachliche und eine sehr ausführliche Diskussion über das AKKU und dessen Verdienste für das Kulturleben in Steyr. Nach ca. einer halben oder einer Stunde kommt man dann überein, die Förderung auf 100.000,-- Schilling aufzustocken, mit der Option weiterer Projektförderungen im laufenden Jahr. Dieser Vorschlag, dieser Antrag wurde im Kulturausschuß so beschlossen, mit einer Stimmenthaltung. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil hat unter anderem diesem Antrag seine Zustimmung gegeben. Nun wird mit dem Dringlichkeitsantrag, der auf 250.000,-- Schilling ohne weitere Projektförderung lautet, konfrontiert. Ich habe mit etwas Verwunderung bemerkt, daß auch diesem Antrag Dr. Pfeil seine Unterstützung gegeben hat, möchte aber dieses Verhalten nicht näher kommentieren. Ein paar Worte noch ganz kurz zu den Antragstellern. Ich denke mir, ein Budget ist ein fester Rahmen den wir uns geben, der für ein Geschäftsjahr beschlossen wird und den man auch einhalten soll. Es ist in der Kulturausschußsitzung ohnehin zu einer Erhöhung gekommen und ich bin wirklich die Letzte, die das AKKU irgendwie abwertend behandelt haben möchte. Nach Auskunft der zuständigen Beamten ist die Voranschlagsstelle, im zitierten, vorliegenden Antrag, nicht mehr ausreichend bedeckt. Ich denke mir, das ist ein Kriterium, diesem Antrag nicht die Zustimmung zu geben, sondern in diesem Fall müßten, denke ich mir, die richtigen Mittelfreigaben eruiert werden.

Die zweite Sache: Ich glaube, Andreas Kupfer, bei aller Freundschaft, es ist nicht der richtige Weg und auch nicht die richtige Vorgangsweise. Ich glaube, daß mit dieser Beharrungstaktik letztendlich auch dem AKKU ein Bärendienst geleistet wird. Ich habe selbst sicherlich dieses zitierte Bauchweh im Kulturausschuß empfunden, aber ich hätte es noch viel mehr, wenn ich in der Lage wäre, abstimmen zu müssen, auf wessen Kosten denn das AKKU nun diese 100.000,-- Schilling mehr bekommen soll. Ich würde es als sehr ungerecht empfinden, einer anderen, wem auch immer, kulturellen Institution dieses Geld wegnehmen zu müssen und daher mein letzter Satz zum Umstand, daß wir uns mit diesem Thema jetzt befassen müssen, ich glaube, König Pyrrhus war nach seinem Sieg über die Römer auch kein sehr glücklicher Mann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Weitere Wortmeldungen? Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe diesen Antrag nicht aus Jux und Tollerei vor zwei Monaten eingebracht und werde das jetzt auch begründen. Bevor ich aber diesen Antrag näher begründe möchte ich doch zur Ablehnung der Dringlichkeit in der letzten Gemeinderatssitzung einige Worte verlieren. Ich war sehr verwundert über diese Vorgangsweise, da der Antrag ausreichend unterstützt war. Nicht nur von einer sondern von drei Fraktionen. Es war mir oder den Antragstellern nicht möglich, diese Dringlichkeit auch zu argumentieren. Es sind Behauptungen in den Raum gestellt worden, wo es für mich nicht möglich war, darauf inhaltlich näher einzugehen. Ich denke mir, rein demokratiepolitisch wäre es wichtig, wenn ein Antrag ausreichend unterstützt wird, daß man den Gemeinderäten auch die Möglichkeit gibt, darüber zu diskutieren.

Nun zum Antrag selbst. Der Theater- und Kulturverein AKKU ist ein äußerst beliebter und mittlerweile ein immer erfolgreicherer Kulturverein in Steyr. Es gibt hervorragende Auslastungszahlen, ein qualitativ hochwertiges Programm, starke Miteinbeziehung der kulturinteressierten Bevölkerung. Die Räumlichkeiten des AKKU's werden mittlerweile täglich genutzt. Es finden Theaterworkshops, Musikveranstaltungen, beinahe täglich statt. Für diese Leistungen, die das AKKU leistet, hat es im letzten Jahr auch den großen Landespreis des Landes Oberösterreich für innovative Kulturarbeit gegeben. Die Stadt Steyr fördert das AKKU seit Jahren mit dem selben Betrag, 80.000,- Schilling. In dieser Subventionsliste ist es seit drei Jahren mit dem selben Betrag enthalten und wir haben, wie die Kollegin Feller-Höller bereits ausgeführt hat, eine sehr kontroversielle und auch eine sehr gute Diskussion im Kulturausschuß darüber geführt. Ich war sehr verwundert, da im Ausschuß große Einstimmigkeit geherrscht hat, daß diese 80.000,- oder auch 100.000,- Schilling viel zu wenig für das AKKU sind und, daß das AKKU mehr bräuchte. Wir waren uns alle einig, daß der Betrag eigentlich um die 200.000,- Schilling liegen müßte. Einziges Problem in der Diskussion im Kulturausschuß war dann: Wie bringe ich das meinen Fraktionen bei, wie bringe ich es meinen Kollegen im Gemeinderat in den einzelnen Fraktionen bei, daß wir hier eine Kreditüberschreitung von ungefähr 100.000,- Schilling leisten? Aber grundsätzlich waren alle dafür. Für mich zeigt sich hier auch das Problem der Arbeit im Kulturausschuß. Wir haben eine sehr gute Diskussion, wir haben eine sehr bemühte und engagierte Arbeitsweise, aber wir haben eine große Kluft zwischen Theorie und Praxis und wir haben eine große Kluft zwischen reden und handeln. Ein Beispiel: Wir haben in der letzten Sitzung beschlossen, einen Unterausschuß für die Galerie der Stadt Steyr einzuberufen und bis heute hat es noch keine einzige Einladung gegeben, obwohl wir das alle gemeinsam beschlossen haben. Bis heute hat es noch kein einziges Gespräch gegeben, obwohl wir zwei Monate Zeit gehabt hätten über diese Materie zu diskutieren. Wir wollten kommenden Herbst schon mit näheren Hearings und Diskussionen zu diesem Thema beginnen. Das ist jetzt, durch diese Vorgangsweise, doch ein wenig infrage gestellt.

Über den Wert von Kultur und das Geld, welches wir in die Kultur stecken, möchte ich noch ganz kurz einiges sagen. Stichwort: Umwegrentabilität, Stichwort: Synergien. Das AKKU leistet sehr viel, arbeitet auch mit der heimischen Wirtschaft zusammen. Das Geld, das in das AKKU investiert wird, ist genauso wie bei allen anderen Entscheidungen, über die wir heute gesprochen haben, sicher ein Betrag, der nicht 1:1 zurückkommt sondern in einem ganz anderen Wertverhältnis für die Stadt positiv zurückkommt. Das Subventionsansuchen des AKKU's ist ein äußerst genaues und gutes Subventionsansuchen. Das würde man sich bei anderen Vereinen wünschen, daß man so einen genau aufgeschlüsselten Antrag bekommt. In diesem Antrag ist auch ganz genau enthalten, warum das AKKU die Stadt bittet mit 250.000,- Schilling eine Jahresförderung auszusprechen. Es sind aber nur 100.000,- Schilling geworden. Ich frage mich, warum das nicht mehr wird. Von meiner Vorrednerin wurde schon gesagt, wir haben ja so einen geringen Spielraum. Wir haben im Kulturbereich gewisses Geld, wir haben Voranschlagstellen, die auch für die freien Subventionen einigen Raum freilassen und die seien schon ausgeschöpft. Aber ich denke mir, bei vielen anderen Entscheidungen, Stichwort: Überwachung der Spielplätze, das ich auch in der „Aktuellen Stunden“ später noch ansprechen möchte. Das ist ein Punkt, da sind 146.000,- Schilling für eine Bewachung, die auch nicht im Budget drinnen waren. Also, mit dieser Ausrede kann mir keiner kommen, daß das Geld nicht von irgendwo aufzutreiben wäre. Wenn der Wille da wäre, das AKKU zu fördern, dann würde es auch Mittel und Wege geben, diese Förderung zu gewähren. Das AKKU hat nichts davon, im Herbst eine Projektförderung unter Umständen für diverse Projekte zu bekommen. Das AKKU braucht eine fixe, gut ausgestattete Finanzsituation um auch ihre Veranstaltungen organisieren zu können und um auch professionelle Kulturarbeit zu leisten. Das ist mit diesen Mitteln, die wir hier hergeben, im Vergleich zum Land, übrigens viel weniger, wie die Mittel, die vom Land kommen, und noch dazu, wo das AKKU, ohne daß es diesen Preis bekommen hätte, das immerhin 100.000,- Schilling waren, aktuelle Liquiditätsprobleme gehabt hätte. Darum bitte ich alle Gemeinderäte, über Parteigrenzen hinweg, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, auch wenn er in der Formulierung von der Voranschlagstelle nicht stimmt. Ich denke mir trotzdem, daß man diese 100.000,- Schilling irgendwo anders aufzutreiben könnte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Nächste Wortmeldung. Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörer. Ich möchte zuerst den Vorwurf nehmen, wir haben einen Unterausschuß zur

Beratung der Stadtgalerie im Kulturausschuß beschlossen und diesen Unterausschuß noch nicht einberufen. Das stimmt, so ist es. Wir denken, den einen Vorwurf, das Theorie und Praxis, Reden und Handeln, oft auseinanderklaffen. Diesen Vorwurf wollten wir uns nicht einheimsen, deswegen haben wir, Kulturreferent, Kulturamtsleiter und ich, ein Vorgespräch geführt, haben beraten, wie wir das machen könnten und haben gemeint, zur ersten Sitzung des Unterausschusses schon zwei Fachleute einladen zu können, damit das Reden nicht wieder im Kreise bleibt, sondern, daß wir schon gewisse Überlegungen anhören und anreden können. Nur, wir haben von diesen zwei Herren noch keine Terminmöglichkeit bekommen. Das also zu dem Vorwurf des Unterausschusses.

Jetzt zum Dringlichkeitsantrag von Kupfer. Ich gebe ihnen völlig Recht, daß das AKKU mehr Geld braucht. Ich könnte ihnen 20, 30, 40 Kulturvereine aufzählen, die mehr Geld brauchen. Wir haben uns im Kulturausschuß, in den Beratungen, in den Überlegungen wirklich ernstlich bemüht. Wir haben wirklich die Dringlichkeit des Kulturvereins AKKU gesehen, auch der vielen, vielen anderen Kulturvereine und kulturtätigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr. Gott sei Dank gibt es so viele Damen und Herren und Vereine, die sich in der Stadt Steyr um Kultur bemühen und alle haben zuwenig Geld. Da denke ich nun, wenn wir bei einem Verein anfangen und uns durch einen Dringlichkeitsantrag einfach hinauflizitieren lassen, dann wird das sehr, sehr gefährlich. Wir haben im Kulturbudget wirklich zuwenig Geld. Wenn wir nur den Antrag, den wir heute als Nr. 22) beschlossen haben, ansehen, wenn wir schauen, woher das Geld genommen wird, S 30.000,- für EISENpuls & LICHTspuren, wenn wir da schon drei verschiedene Stellen brauchen, um diese 30.000,- Schilling zusammenzukratzen, dann zeigt das, daß wir nicht nur Fantasiegestalt vorbringen, sondern, daß es wirklich schwer ist, Kulturgeld zustande zu bringen. Noch dazu haben wir den im Budget vorgesehenen Betrag erhöht, weil wir meinten, das wäre noch möglich und haben zugleich den Beschluß gefaßt, im Herbst, sollten wir irgendwo noch Geld auftreiben können, das dem AKKU zu geben. Wenn sie meinen, Herr Kupfer, daß das AKKU im Herbst das Geld nicht mehr braucht. Ich werde dort nachfragen, ob das wirklich so sein ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, sie brauchen es jetzt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Gut. Ich halte es nicht ganz fair, wenn wir im Budget zugestimmt haben und dort ist die Höhe gestanden und wenn wir dann einfach mit einem Dringlichkeitsantrag die ganzen Strukturen durcheinander bringen. Bei einem stimme ich ihnen zu und das möchte ich jetzt einfach auch ausnützen und das haben wir immer im Kulturausschuß gesagt, alle Vertreter der Fraktionen, die wir im Kulturausschuß sitzen, sind überzeugt, daß wir im Kulturbudget zuwenig Geld haben. Aber das haben wir heute schon vier Mal gehört. Wir haben es bei der Wirtschaft und beim Sozialen gehört. Da wird es jetzt wirklich problematisch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beim Sport, beim Sport haben wir es auch gehört.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich nenne die drei Punkte. Ich möchte wirklich alle Damen und Herren des Gemeinderates eindringlich bitten, bei den Budgetüberlegungen für das nächste Jahr doch daran zu denken, ob uns nicht die Kultur mehr wert sein sollte, obwohl ich von den Schwierigkeiten der Geldbeschaffung weiß. Ich möchte das einfach als Aufruf und Bitte des Kulturausschusses, und zwar in aller Einhelligkeit, tun, daß wir vielleicht doch im Kulturbudget eine Erhöhung bekommen. Vielleicht müssen wir auch eine Umstrukturierung der ganzen Subventionen vornehmen und da könnte ich mir schon einen Weg vorstellen, daß wir uns nicht im Budget an Vereine und Gruppen direkt mit Summen binden sondern, die Summe in der Gesamtheit erhöhen, und dann eher leichter vergeben können. Es ist natürlich nur einmal ein Vorschlag, der sicher noch im Kulturausschuß durchdiskutiert gehört und einfach nur ein Gedankenwurf sein soll.

Ich denke, daß wir der Kultur und allen Kulturtreibenden, wenn wir dem Antrag heute zustimmen, keinen guten Dienst leisten, weil wir damit zu einem hinauflizitieren kommen, das sicherlich für alle nicht gut ist. Wichtiger scheint mir, daß es uns gelingt, im Herbst wirklich alle Kulturtreibenden zu einem Gespräch einzuladen, daß wir ihre Sorgen hören und daß die Kulturschaffenden und -betreibenden auch einmal hören, was der andere will und möchte, daß wir in der Gesamtheit einmal darüber reden. Das scheint mir eine ganz wichtige Sache zu sein. Heute würde ich aber bitten, daß wir bei dem bleiben, was wir im Kulturausschuß überlegt haben. Schauen wir, daß das AKKU die 100.000,- Schilling bekommt, aber lehnen wir diesen Antrag heute ab.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. In einem Punkt muß ich dem Kollegen Kupfer heute Recht geben. Keine Angst, es ist dann eh aus mit den Freundlichkeiten.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das Argument, daß man diese Dinge nicht beschließen kann, daß man Mehrausgaben nicht beschließen kann, weil es im Budget nicht drinnen ist, ist einfach unglaublich, Frau Kollegin Höller. Da hätten wir heute einiges nicht beschließen dürfen. Z.B. den Hack-Steg von Herrn Stadtrat Mayrhofer, wo wir ja sogar, glaube ich, in der Höhe von 2 Millionen ein Darlehen aufnehmen, Vorwärts usw. Da gibt es ja noch viele andere Dinge. Was mich auch ein bißchen wundert ist, ihre Fraktion hat ja das Budget auch mitbeschlossen. Nicht? Da hätte man ja diese Dinge auch schon hineinreklamieren können, Herr Kollege Apfelthaler. Sie haben sich eh so als großer Retter des Budgets hier aufgeschwungen. Da hätte man sich ja schon beizeiten Gedanken machen können, was man am kulturellen Sektor alles braucht und benötigt und an Vorhaben und Projekten machen will. Was mich bei dieser ganzen Angelegenheit aber noch viel mehr stört ist, ich werde mein Abstimmungsverhalten auch davon abhängig machen, wo sollen jetzt tatsächlich diese Mittel herkommen. Nachdem ja angeblich auch die Voranschlagstelle nicht stimmt, würde es mich schon interessieren, ob das dann unter Umständen auf Kosten anderer Kulturaktivitäten, die ja erfreulicher Weise auch von privaten Vereinen, ich darf vielleicht erwähnen, im Schloß Lamberg gibt es heuer auch neue Aktivitäten, die es in der Form heuer noch nicht gegeben hat, die wahrscheinlich auch kommen und für eine gute Sache etwas brauchen werden. Er hat extra den Schloßgraben für Aktivitäten angemietet. Ich finde das eine sehr tolle Angelegenheit. Ich war selber nicht ganz unbeteiligt bei dieser Geschichte, die vor allem den Kunstmarkt betrifft. Ich stelle mich aber nicht vorne hin und sage: „Ich bin der Retter des Schloßgrabens.“

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es wäre jetzt wirklich interessant, wo diese Mittel herkommen sollen oder geht das jetzt auf Kosten von kulturellen Veranstaltungen? Wenn ja, dann kann ich derartigen Ansinnen nicht näher treten und kann diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Es wäre wirklich interessant, Herr Finanzreferent, wo das jetzt herkommen soll, falls das heute beschlossen wird.

Im übrigen, heute ist das Wort Bären dienst gefallen. Ich glaube, daß der Verein AKKU, das ist ja unbestritten, gute Aktivitäten, viele positive Dinge in Steyr macht. Ich weiß nicht, ob sie wirklich so gut beraten waren, gerade den Herrn Kupfer da vorzuschicken, um bei der Gemeinde um Geld vorstellig zu werden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Mich hat keiner geschickt, sie werden vielleicht geschickt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich kann mich erinnern, daß sie den Verein AKKU, oder diese Einrichtungen da drüben, für ihre politischen Aktivitäten, für ihre parteipolitischen Spielchen, ich kann mich an so manche dubiose Diskussionsrunden erinnern, mißbrauchen. Ich glaube, daß das nicht im Interesse des Kulturvereines AKKU und auch nicht im Interesse der Kulturaktivitäten der Stadt Steyr ist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Soviel Blödsinn habe ich noch nie gehört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zweifelsohne. Also, als Finanzreferent, daß ich vielleicht zwischendurch etwas sagen kann. Wenn wir das so machen, wie der Kollege Kupfer, daß man sich schnell ein paar Unterschriften einsammelt, für irgend eine Aktivität, ein paar Freunde bringt ein jeder auf die Welt. AKKU ist schon etwas Gutes, kann man nicht sagen, daß das nicht gut wäre. Ich bin ja absolut dafür. Übrigens, in meiner Zeit ist AKKU massiv stärker gefördert worden. Vorher haben sie ja viel weniger bekommen. Übrigens haben wir ihnen vor kurzem einmal Sessel gekauft, kann ich mich erinnern usw. Also, so ist das nicht. Wenn wir natürlich das Budget mit ein paar Dringlichkeitsanträgen ausräumen, wenn der Gemeinderat beschließt, dann ist das ohnehin so. Es kann der Gemeinderat schon beschließen, aber dann führen wir uns selbst ad absurdum. Vor allen Dingen auch unsere Budgetpolitik. Wir sind ohnehin gezwungen, daß wir dort und da Überschreitungen machen. Natürlich kann man dem Herrn Mayrhofer nicht vorhalten, daß der Hack-Steg dort unten um 1 Million teurer wird. Wenn sich das sonst nur machen ließe, wenn man den Wehrgraben absperrt, genau zu der Zeit, wo wir die Woche der Innovation haben und ganz Oberösterreich zusammenläuft. Das werden wir doch nicht tun, daß wir dort eine stinkende Kloake produzieren. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß das leider dort ein bißchen teurer wird. So geht es bei vielen Projekten. Daher, wenn man Präliminarien ansetzt, dann sollte man sich bemühen durchzukommen und eigentlich, wenn wir im Budgetvollzug sauber sein wollen, dann müßten wir jedes Mal, wenn wir wo darüber fahren, auch jedes Mal darunter fahren, daß wir das überhaupt tun können, die FPÖ hat übrigens ungefähr ein Jahr lang ohnehin bei jeder Kreditüberschreitung Zeter und Mordio gerufen. Ich erinnere mich daran. Es hängt damit zusammen, daß wir uns ein bißchen mehr rühren können. Wir haben gute Rechnungsabschlüsse. Heute haben wir über einen debattiert. Wir tun uns ein bißchen leichter. Wenn es so gewesen wäre wie im Jahr 1994, dann wäre so ein Antrag schizophoren gewesen, weil da haben uns 100 Millionen gefehlt, da haben wir nicht gewußt wie wir das bedecken. Da haben wir bei den ganzen Subventionen Streichungen durchgeführt, 20 % Kreditsperre und solche Sachen mehr. Das ist noch gar nicht lange aus. Also, einfach in den Gemeinderat gehen und mit einem Dringlichkeitsantrag darauf fahren, ist meiner Meinung nach, vom Prinzip her, ein unmöglicher Vorgang. Ich sage das ganz deutlich. Wenn man so etwas will,

dann muß man darüber reden. Geredet habt ihr eh. Ihr habt sogar beraten, Beschluß gefaßt und sogar etwas in Aussicht gestellt. Meiner Meinung nach, war der Vorgang korrekt und in Ordnung. Es ist auch richtig, was Kollege Payrleithner sagt. Es ist überhaupt keine Kunst, im April schon das ganze Geld zu verbraten. Aber es kommt ja auch der September. Da mußt du ja auch noch Geld haben. Jetzt fällt denen da oben im Schloßgraben etwas ein. Ist das wirklich schlecht? Können wir wirklich sagen, ihr habt kein Glück gehabt, ihr bekommt gar nichts! Mir fällt nur ein, eine einmalige Gelegenheit, wo eine großartige Veranstaltung gemacht werden kann, da war der Präsident des Sängerbundes bei mir, Oberösterreich und Salzburg, das Gußwerk ist jetzt renoviert worden, es schaut aus wie eine Kathedrale, und bevor es neu in Betrieb genommen wird, hat auch die SNF die Idee, einmal eine Öffentlichkeitsarbeit auf kulturellem Gebiet zu machen, was ich auch für positiv ansehe. Es gibt hochranige Beteiligung. Möglicherweise, ich weiß nicht, ob das etwas wird, mit Wiener Künstlern. Unter anderem wollen die auch da drinnen etwas Großartiges machen. Einmal können sie das nur machen, weil nachher ist die Werkstatt wieder drinnen. Bitte sehr, wird man denen sagen können, es interessiert uns eigentlich nicht, wir haben kein Geld mehr, weil wir haben außerplanmäßig das AKKU einfach aufgestockt. Ich muß ihnen übrigens sagen, daß ich gerade diese Woche, vor zwei Tagen, Herr Kupfer schütteln sie nicht so den Kopf, wieder ein Ansuchen vom AKKU bekommen habe, über 80.000,-- Schilling für eine Jugendaktivität. Ja, es ist keine Kunst ein Ansuchen zu schreiben. Überhaupt im Zeitalter des Computers. Wir bekommen so viele Ansuchen, daß wir uns überhaupt nicht mehr wehren können. Ich möchte wirklich bitten, daß wir uns da einer seriöseren Geste befleißigen, weil sonst wird jeder Ausschußvorsitzende mit dieser Art und Weise nicht fertig werden können. Wenn ihr im Kulturausschuß abhebt, dann möchte ich euch sagen, Ausschüsse haben einen empfehlenden Charakter. Es wird im Stadtsenat nicht darüber laufen können, wenn der dort die Verantwortung für den Budgetvollzug wahrnimmt. Das muß euch klar sein. Ich möchte nicht Bürgermeister einer Stadt sein, wo wir jedes Mal, wenn etwas Neues daherkommt, farblos sind, daß wir nichts mehr tun können. Das sollte nicht so sein. Ich gehe davon aus, daß wir gegen Ende des Jahres dort und da darübergreifen müssen, wenn es einen Sinn hat und wenn wir der Meinung sind, muß man trotzdem noch etwas tun. Auf diese Art und Weise kommt es halt auch zu gewissen langsamen Steigerungen der Budgetansätze im nächsten Jahr. Eines muß ich euch auch noch sagen, liebe Leute. Wenn irgendwer glaubt, daß er einen Verein, sei es das AKKU, weil es momentan im Vordergrund der Debatte steht, wenn wir dem AKKU heuer 250.000,-- Schilling geben, dann werden sie sich freuen und wenn wir ihnen nächstes Jahr wieder 100.000,-- Schilling geben, dann können sie sich brausen gehen, Herr Kupfer. So schaut die Welt nämlich aus. Wenn man das dann hochmultipliziert, mit 20 Aktivitäten und Vereinen, wo man eigentlich bei keinem sagen kann, er ist schlecht und er bemüht sich nicht und er bringt nichts zustande. Ja bitte, dann werden sie das wahrscheinlich nicht bewerkstelligen können. Ich muß sagen, ich war beim AKKU selber dort und sie sind wirklich sehr gut und anerkannt. Wir müssen sie unterstützen, überhaupt keine Frage. Wenn sich der Kulturausschuß halbwegs an sein Budget hält, versuche ich mich auch im Stadtsenat und als Finanzreferent an die Empfehlungen zu halten. Wenn ein Ausschuß in seinen Empfehlungen abhebt, sich jenseits dessen begibt, was machbar erscheint, dann wird das wahrscheinlich bei uns zu internen Schwierigkeiten führen. Also, ich bitte schon das zu berücksichtigen. Es ist schon eine prinzipielle Frage. Das bringt jeder zusammen, daß er da mit ein paar Unterschriften her geht. Weil am Anfang gesagt wurde, sie finden das demokratiepolitisch für bedenklich, wenn ein Antrag, die ausreichenden Unterschriften hat, dann muß er auch die Dringlichkeit bekommen und er hat sie nicht bekommen. Also, ich muß ehrlich sagen, einen Antrag unterschreiben, das ist eine Sache, aber ob er dann die Mehrheit und die Dringlichkeit bekommen muß, das ist eine andere Sache. Also, demokratiepolitisch sehe ich da kein Problem.

So, jetzt habe ich aus meiner Sicht viel erklärt. Nun würde ich den Kollegen Fiala ans Rednerpult bitten.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte nur zwei Sachen kurz anmerken. Die erste Sache ist diejenige, die ich wieder aus der Sicht eines Kulturschaffenden sagen möchte und selbst als Vereinsmitglied von Kulturvereinen, die das ganze Jahr hindurch Kulturarbeit machen. Ich glaube nicht, daß es gerechtfertigt ist, über diese Art und Weise wie wir es hier machen, einem Verein die Subvention zu erhöhen, gegenüber den anderen. Wenn das in die Öffentlichkeit kommt, daß wir mit einer Lobbybildung in einer gewissen Weise Subventionen in einer Art erhöhen, dann hätten berechtigter Weise die anderen, die alle auch das ganze Jahr hindurch gute Kulturarbeit machen, die Möglichkeit das irgendwie zu versuchen. Dann stehen wir leider in dem Punkt, wie der Herr Bürgermeister gerade gesagt hat, dem Kulturbudget einfach eine Grenze gesetzt ist, an einem Punkt, wo wir nicht mehr können. Wenn ich, ich habe gerade mit Herrn Spanring darüber gesprochen, 30.000,-- Schilling für das Chorfestival bekomme, laut Budget, dann habe ich mich daran zu halten und kann nicht sagen, ich brauche 100.000,-- Schilling, weil ich irgendeinen anderen Chor einladen will. So ist, meines Erachtens, die Tatsache und die Vorgangsweise.

Zweitens, was du gesagt hast, lieber Kollege Kupfer, ist das, ich kann mich nicht erinnern, daß wir im Kulturausschuß darüber gesprochen haben wie wir, sozusagen von anderen Stellen, die 100.000,-- Schilling wegnehmen, damit wir sie dem AKKU als zweite 100.000,-- Schilling geben können, daß sie dann 250.000,-- bekommen. Soweit ich mich erinnern kann, war die Situation so, daß wir gesagt haben, die 70.000,-- Schilling sind bisher immer gewesen, wir waren alle der Meinung, da gebe ich allen Recht, daß die 70.000,-- Schilling zuwenig sind, und haben versucht, Möglichkeiten zu suchen, um mehr daraus zu machen. Wir haben es geschafft 100.000,-- Schilling daraus zu machen, mit der Option, daß es mehr werden kann, sobald das Geld dafür aufzutreiben ist. Aber soweit ich mich erinnern kann, war es nicht so, daß wir gesagt haben, wo bekommen wir die fehlenden 150.000,-- Schilling her, damit wir wirklich 250.000,-- Schilling geben können. Ich hoffe, ich werde berichtigt, wenn das nicht stimmt, aber so ist meine Erinnerung an die Kulturausschußsitzung. Herzlichen Dank.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe diesen Dringlichkeitsantrag von den Kollegen Kupfer und Apfelthaler bei der letzten Gemeinderatssitzung unterstützt. Deshalb, weil ich zu der Auffassung gelangt bin, daß das eben nicht, wie es heute angeklungen ist, so ein populistisches Mittel ist, jetzt gehen wir einmal mit einem Dringlichkeitsantrag in den Gemeinderat, sondern, weil es wirklich eher so eine Art Notwehr, mehr oder weniger, dargestellt hat. Artikuliert haben wir uns beide im Ausschuß genug, nur scheinbar sind wir nicht sehr durchgedrungen und nicht sehr wahr genommen worden. Ein paar Daten zum AKKU. Das AKKU hat ja nicht aus Jux und Tollerei jetzt gesagt, wir wollen 250.000,- Schilling, sondern sie haben mit November 1997 einen sehr umfangreichen Bericht dargelegt. Ich weiß nicht, ob sie den alle kennen, es sind fast 20 Seiten, wo der Verein dargestellt und seine Tätigkeit vorgestellt wird. Ich muß sagen, ich kenne wirklich wenig vergleichbare Vereine, die dermaßen akribisch ihre Finanzplanung vorlegen. Allein, es nützt dem AKKU scheinbar wenig. Das AKKU hat 1997 immerhin 97 Veranstaltungstage aufgewiesen. Dazu sind mehr als 7.000 Besucher gekommen. Außerdem hat das AKKU den großen Landespreis für Initiative Kulturarbeit bekommen. Allein, es hat scheinbar nicht sehr viel genützt. Wenn es da jetzt um die Diskussion geht, wo nehmen wir die Bedeckung her und wo nehmen wir wem anderen etwas weg, ich glaube, gerade heute war ein wunderbares Beispiel dafür, daß diese Frage an sich bei vielen anderen Projekten überhaupt nicht im Raum steht. Die Frage drängt sich schon auf, man hätte natürlich vor dem Budget bereits eine höhere Summe für das AKKU veranschlagen sollen, das ist schon klar. Nur, dem AKKU ist damit im nachhinein sehr wenig genützt. Ich gehe davon aus, daß das AKKU wirklich die 250.000,- Schilling benötigt. In diesem Dringlichkeitsantrag war es eh schon eine Kompromißlösung von 200.000,- Schilling und den werde ich auch unterstützen. Dringlichkeitsantrag ist es ohnedies ja inzwischen schon keiner mehr, weil er auf diese Sitzung verschoben worden ist. Um ihre Zeit nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, werde ich heute auf die „Aktuelle Stunde“ insofern verzichten, daß ich sie nicht eigens einbringe. Ich werde sie aber mit diesem AKKU-Thema verquicken. Es geht nämlich um Kultur. Es wurde heute von meinem Kollegen Kupfer schon angesprochen, daß wir damals im Kulturausschuß beschlossen haben, eine Projektgruppe einzurichten. Ich habe auch die Erfahrung machen müssen, daß bis jetzt eigentlich noch nicht sehr viel dahingehend passiert ist. Es war aber noch etwas anderes. Im Februar 1998 haben wir alle eine Einladung zu einer Diskussion im AKKU, zum Thema Kultur, kultureller Stellenwert von Kulturarbeit bekommen.

Zwischenruf: Ich nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ist vielleicht an die Fraktionen ergangen. Jedenfalls war es so, daß sowohl der Kollege Spanring, Kollege Kupfer, Kollege Lengauer und ich an dieser Podiumsdiskussion teilgenommen haben. Da hat es wieder sehr viele schöne Reden für die Kulturinitiativen gegeben, daß wir natürlich ihre Probleme verstehen, weil angeklungen ist, wir werden uns im Herbst mit den Vereinen zusammensetzen. Ja, das ist ja eh schon angeklungen. Wir wissen ja inzwischen wo der Schuh drückt. Wir wissen, daß sie ein Kulturleitbild haben wollen. Wir wissen, daß sie neue, klare, gerechte Subventionsrichtlinien wollen, daß sie eine Öffnung des Kulturausschusses wünschen, eine Miteinbeziehung der Kulturschaffenden in dieses politische Gremium. Das ist alles artikuliert worden. Es ist auch uns versprochen worden, daß es im Kulturausschuß diskutiert wird. Es ist leider im letzten und es wird wahrscheinlich auch im nächsten nicht diskutiert werden. Ich habe nur ihre Ankündigung, Kollege Lengauer, vernommen, sie hätten sich mit Herrn Kollegen Spanring schon zusammengesetzt und etwas ausgetüftelt. Ich glaube aber, daß das in den breiten Rahmen des Ausschusses gehört. Ich würde sie wirklich bitten, nicht immer nur Lippenbekenntnisse zur Kultur abzugeben sondern auch tatsächlich Taten zu setzen und das AKKU wird derzeit sicherlich unter seinem Wert geschlagen. Es wird überhaupt die Kultur unter ihrem Wert geschlagen. Es paßt heute so wunderschön, weil wir beim Sport waren und jetzt bei der Kultur sind, eine kleine Nachtkästchenlektüre. Die Worte stammen nicht von mir sondern von Thomas Bernhard aus der Ursache: „Dem Sport ist zu allen Zeiten und von allen Regierungen aus gutem Grund immer die größte Bedeutung beigemessen worden. Er unterhält und benebelt und verdumpft die Massen und vor allem die Diktaturen wissen, warum sie immer und in jedem Fall für den Sport sind. Wer für den Sport ist, hat die Massen auf seiner Seite. Wer für die Kultur ist, hat sie gegen sie. Deshalb sind immer alle Regierungen für den Sport und gegen die Kultur. In allen Staaten sind zu allen Zeiten die Massen durch den Sport gegängelt worden. So klein und so unbedeutend kann kein Staat sein, daß er nicht alles für den Sport tut.“

Soweit Zitat Thomas Bernhard aus der Ursache. Ich möchte es darum ergänzen, daß wir viel zu wenig für die Kultur tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist gut, aber für den Sport tun wir auch zu wenig, haben sie vorher gesagt, wie wir diskutiert haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das waren ja nicht meine Worte sondern die von Thomas Bernhard.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben gerade gesagt, daß wir viel zu wenig für die Kultur tun, lesen den Bernhard vor und hängen sich an und vorher sagen sie, für den Sport tun wir zu wenig. Also, mit dem kommen wir nicht weiter, das macht mich ganz fertig.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte wirklich versuchen, das Machbare zu machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Politik ist die Kunst des Unmöglichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß ehrlich sagen, daß das wirklich nicht sehr einfach ist. Wir haben gerade vorher eine Kultursubvention im Ausmaß von 250.000,-- Schilling beschlossen, die es noch nie gegeben hat. Für die Jugendkultur. Das fällt anscheinend gar niemanden auf, daß wir zusätzliche 250.000,-- Schilling jetzt in dem Kulturbereich da drinnen haben, die wir noch nie gehabt haben. Es wird ganz vergessen, daß wir gerade 4,5 Millionen Schilling plus 1 Million Schilling für den Erwerb des Hauses und die Adaptierung ausgegeben haben und daß wir auch in diesem Jahr wieder einen entsprechenden Betrag für die Adaptierung und Erweiterung ausgeben. Bitte sehr, wenn man diese Diskussion ernsthaft abführt, dann muß man sich diese Umstände in Erinnerung rufen. Jedenfalls einer. Das ist der, welcher zusammenzählt und Zahlen zusammenschreiben muß. Wenn der das nämlich nicht tut, dann ist die Stadt wirklich pleite. Ich möchte wirklich bitten, die Debatte etwas ernsthafter zu führen. So einfach ist es nicht.

Frau Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es hat mir soeben, dankenswerter Weise, der Herr Kupfer das Holzerl geworfen, weil ich wollte an und für sich heute wegen dem Unterausschuß nichts sagen, aber nachdem sie das angeschnitten haben, sehe ich es so, daß man das einfach sagen muß und ich möchte einiges korrigieren. Es war meine Anregung in der Kulturausschußsitzung am 23.04., daß es wünschenswert wäre, wenn wir eine Stadtgalerie installieren würden. Es ist dann Gott sei Dank von allen beschlossen worden, daß wir einen Unterausschuß machen. Herr Lengauer war derjenige, der gesagt hat, wir machen ein möglichst kleines Gremium. Plötzlich war es aber so, daß jeder unbedingt dabei sein wollte. Lediglich die SP-Fraktion hat sich nicht zu einer Person entschließen können und auf das warten wir heute noch. In der Zwischenzeit sind 7 Wochen vergangen, die Sommerferien stehen vor der Tür und man könnte sagen, es ist ein ½ Jahr an kultureller Arbeit verloren gegangen. Ich habe mir die Füße ausgerissen, daß ich den Prof. Gsöllpointner, den Peter Baum aktiviere. Ich war überall. Es ist aber scheinbar nicht notwendig, daß man sich zusammensetzt und vielleicht mit irgend jemand spricht. Jetzt kann man sagen, das ½ Jahr ist vorbei, wir wissen immer noch nichts. Wann bitte sind wir in der Lage einmal eine aktive Arbeit zu leisten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Kolleginnen und Kollegen. Ich könnte es mir jetzt natürlich leicht machen und mich in die zweite Reihe zurücksetzen und als ehemaliger Kulturreferent dieses Treiben bzw. Nichttreiben aus der zweiten Reihe kommentieren. Ich tue das nicht. Ich stehe nach wie vor sehr hinter den kulturellen Belangen. Ich bedaure es, daß es auch im letzten Budget nicht gelungen ist ausreichende Mittel für wichtige Gruppierungen zu verankern. Das war ja auch mit ein Grund, warum wir, und insbesondere auch ich, den meisten Budgets nicht die Zustimmung gegeben haben, weil es gerade im kulturellen Bereich eine enorme Einsparung bzw. Reduzierung, denken sie nur an die freien Verfügungsmittel in den letzten Jahren, gegeben hat. Hier war pure Absicht dahinter. Eines möchte ich nicht im Raum stehen lassen. Frau Frech, sie haben gesagt, weil wir heute schon bei einer allgemeinen Kulturdiskussion sind, es gab im Februar eine Diskussion im AKKU. Veranstalter war die KUPF und eingeladen waren alle Steyrer Rathausfraktionen. Das stimmt nicht. Die freiheitliche Fraktion war nicht eingeladen. Ich habe bei der KUPF OÖ. nachgefragt, ob das ein Irrtum oder ein Versehen ist. Es wurde mir bestätigt, daß sich die KUPF nicht mit allen Fraktionen dort treffen will. Sie wollen mit den Freiheitlichen dort nicht diskutieren. Das sagt die KUPF, die ja immerhin vom Land massiv gefördert wird. Ich halte dieses Vorgehen für äußerst demokratiepolitisch bedenklich. Man kann durchaus einmal unterschiedlicher Meinung sein, gerade im kulturellen Bereich, aber wo sonst, außer am Podium oder in einer Diskussion kann man Unterschiede herausarbeiten, nicht auf der Straße. Das hat aber mit dem AKKU nichts zu tun, weil das AKKU hat ja nur, unter Führungszeichen, das Haus zur Verfügung gestellt. Ich habe mir von dieser Diskussion bzw. Wortmeldungen berichten lassen und von den Lippenbekenntnissen, wie man hier das AKKU unterstützen will. Gerade das AKKU ist es, das mir auch sehr am Herzen liegt und lag, als Kulturreferent. Ein Verein, der meines Erachtens, grob finanziell unterbedacht ist und ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Antrag heute durchgehen würde, weil es ist ein Notaufschrei. Ähnlich wie es Frau Frech, jetzt sind wir wieder einer Meinung, schauen sie, gesagt hat, es ist ein

finanzieller Notschrei für andere Aktivitäten. Bei anderen Vereinen, ich möchte nicht vergleichen, gerade im kulturellen Bereich ist es schwierig zu vergleichen, werden Millionen ohne zu zaudern gegeben, weil eben das Land, oder wer anderer, auch etwas beischießt. Hier gibt es noch keinen Vorstandsbeschluß darüber, aber die Millionen werden bereits her- und bereitgestellt. Hier fehlt mir das Gleichgewicht. Auch die Gewichtung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wo denn?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Museum Arbeitswelt, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben wir ja gerade einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war die Jahressubvention, die ist ja immer unbestritten. Aber ich erinnere mich noch an sehr gute Diskussionen, auch hier im Gemeinderat, wo es um die sogenannte „Arbeitsmillion“ dann immer gegangen ist. Die Subvention für Tätigkeiten. Wir haben da sogar einmal einen Kulturausschuß abgehalten, haben auch dort für diesen Verein unsere wirtschaftlichen Vorstellungen präsentiert. Wir sind auch dort nicht durchgekommen. Herr Lengauer, sie werden sich an den denkwürdigen Kulturausschuß im Museum Arbeitswelt erinnern, wo dann als einziger Einsparungsvorschlag von der Geschäftsführung kam, na dann sperren wir halt Samstag und Sonntag zu. Also, das habe ich nicht als vernünftigen Vorschlag angesehen. Trotzdem glaube ich und bin der Meinung, daß außerhalb des Budgets dem AKKU hier eine größere Subvention zukommen sollte. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin eh nicht gegen eine größere Subvention, wenn man das Budgetjahr besser überblicken kann. So hat ja auch der Ausschuß entschieden. Da kann man ja noch etwas tun. Aber ich bin auf jeden Fall dagegen, daß wir mit Dringlichkeitsanträgen irgendeinen Verein puschen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Heute ist er eh nicht mehr drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann kommen wir mit dem Sportverein. Es ist kein Problem, daß ich sechs Unterschriften da herinnen zusammen bringe. Ich mache euch jedes Mal einen Dringlichkeitsantrag. Na super, dann suche ich mir noch ein paar, dann beschließen wir es. So ruinieren wir das komplette Budget. So kann das nicht gehen. Also, mir geht es da auch um das Prinzip. Als Finanzreferent will ich eine solche Praxis nicht haben, weil ich damit nicht umgehen kann. Wenn wer glaubt, er kann damit einen Betrieb nach solchen Prinzipien führen, dann muß er das tun. Aber ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen. Ich sehe auch überhaupt nicht ein, warum ich dann wegen jedem Klacks versuche, eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu machen um die Dinge ein bißchen abzustimmen. Das sehe ich überhaupt nicht ein, wenn auf der anderen Seite da Dringlichkeitsanträge hereingeworfen werden, 200.000, dann wird die Kultur heruntergerichtet, daß wir da überhaupt nichts tun und es ist zuwenig Geld, und dann kann sich keiner erinnern, daß wir gerade das Reithofferhaus gekauft haben und gerade wieder 4 Millionen Schilling hineinstecken. Übrigens um 200.000,- - Schilling haben sie das Budget überzogen, das werden wir demnächst beschließen müssen. Bitte, wir haben gerade eine Jugendkultursubvention beschlossen. Bitte, bei uns wird da mitgezählt. Wir werden das auch tun müssen, wenn wir in der Stadt seriös gestionieren und wenn wir schauen, daß unsere Finanzen in Ordnung sind. Wir zählen mit, wenn wir etwas beschließen. Wenn die Summen dort bedeutend darüberlaufen, dann kann ich nicht aus dem Handgelenk einfach solche Subventionsverteilungen machen. Das ist schon eine prinzipielle Frage.

Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich verzichte auf meine Wortmeldung, weil ich meine, daß das in den Kulturausschuß gehört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kupfer die zweite.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Bürgermeister, ich kann sie beruhigen, ich habe es mir nicht einfach gemacht und einfach ein paar Unterschriften gesammelt, um diesen Antrag hier einzubringen. Ich muß generell sagen, als Oppositionspartei, wo wir nicht im Stadtsenat vertreten sind, bleibt uns halt nur diese eine Möglichkeit, Anliegen einzubringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Überhaupt nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Der Antrag ist eine legitime Form, ein Anliegen einzubringen. Kein Problem mit Dringlichkeitsanträgen ist es scheinbar im Stadtsenat. Wenn wir es im Gemeinderat machen, dann ist es ein Problem. Aber, wenn z.B. die Überwachung von Spielplätzen 146.000,-- Schilling, außerbudgetär, mit einem Dringlichkeitsantrag im Stadtsenat, ohne daß man irgendwo in einem Ausschuß darüber diskutiert hat, eingebracht wird, dann ist das kein Problem. Da haben wir auf einmal Geld. Ganz egal, wo es herkommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR.

Das stimmt nicht, Herr Kollege. Wir haben diskutiert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wo habt ihr denn diskutiert? Ihr habt in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz ein Mal diskutiert. Aber es ist kein einziges Mal in einem Ausschuß darüber diskutiert worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da ist aber ein Grüner auch dabei.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dazu komme ich noch in der „Aktuellen Stunde“. Ich möchte nur sagen, 146.000,-- Schilling, die nicht im Budget drinnen waren, für eine Überwachung von 4 Monaten, sind ganz locker aufgetrieben worden, ohne Diskussion. Wenn es aber um 100.000,-- Schilling geht, nicht weil wir jetzt irgendeinen Verein herauspicken oder irgendeinen Verein helfen wollen, weil er irgendeiner Partei nahe steht, das AKKU steht Gott sei Dank einer Partei nicht mehr nahe, ist das, wie es schon angesprochen wurde, eine Notmaßnahme. Der Verein hat eine extreme Veranstaltungssteigerung. Der Verein hat eine extreme Ausgabenerhöhung und der Verein macht irrsinnig viel, was sonst nicht in Steyr getätigt werden würde, z.B. Kindertheater, Kabarett, populäre Musik. Im Jazzbereich tut sich sonst überhaupt nichts in Steyr. Der Verein deckt eine Lücke, die sonst nicht gedeckt wird. Sie arbeiten auch wirtschaftlich. Seit Jahren gibt es einen höheren Finanzbedarf. Seit Jahren gibt es Ansuchen, die belegt sind, ganz genau, mit Subventionsansuchen, und seit Jahren gibt es fast keine Erhöhung der finanziellen Mittel.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Bremm und dann Klausberger. Du bist in Vormerkung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Nur ganz kurz. Ich glaube, daß diese Form einfach unmöglich zu betreiben ist, um einzelne Vereine herauszupicken und mit Dringlichkeit in den Gemeinderat zu gehen und hier versuchen, das zu erhöhen. Das ist reiner Populismus, den ich zwar den kleineren Fraktionen - 2-Mann- und 1-Mann-Fraktion - zustehe. Man kann ein bißchen toleranter dazu sein, weil sie versuchen sich halt auch hier in der Öffentlichkeit zu präsentieren und das stärker zu betreiben. Einer Fraktion, die im Stadtsenat sitzt, also, dort fehlt mir jegliches Verständnis, das auch noch so mit zu unterstützen. Also wirklich Herr Dr. Pfeil, daß ist wirklich eine unmögliche Vorgangsweise, wenn wir glauben, daß wir in Zukunft auf diese Art Politik betreiben können. Wie schon erwähnt wurde, ein jeder von uns, der hier ein zuständiges Ressort hat, kann dasselbe betreiben und in der Pause hat die Frau Kollegin Frech zu mir gesagt, daß ich im Bereich des Sports hartnäckiger sein müßte um hier mehr Geld für den Sport zu bekommen. Dann kommen sie gleich heraus und sagen, daß die Kultur zu wenig bekommt. Wenn ihr wirklich seriöse Politik betreiben wollt, und das Budget, wenn man vielleicht auch dort und da nicht mitgestimmt hat, auch vollzogen werden soll, dann müßt ihr auch fair sein und herauskommen und sagen, wem nehmen wir dieses Geld weg. Das würde auch dazu gehören.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Spielplatzüberwachung!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Spielplatzüberwachung! Zu dem Thema werden wir wahrscheinlich später noch kommen. Das ist ein anderer Punkt. Ich glaube, wir sind wirklich angehalten, hier faire Politik zu betreiben. Zu dem sind wir auch gewählt worden. Diese Art, wie wir hier beginnen das zu betreiben, das ist auf das Schärfste zurückzuweisen. Ich habe einmal gedacht, vor einiger Zeit, recht viel dümmer kann es eh nicht mehr werden, aber ich habe mich da wahrscheinlich getäuscht. Es wird wirklich dümmer und ärger. Diese Art ist wirklich auf das Schärfste zurückzuweisen, wenn wir hier glauben, das weiter so betreiben zu können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Klausberger ist der nächste.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ich bin ein bißchen unglücklich, wie die Diskussion läuft, und zwar darüber, daß man plötzlich von einer Notsituation, Andreas, spricht, die uns im Ausschuß eigentlich nicht mitgeteilt wurde. Wir haben uns im Ausschuß unheimlich seriös, unheimlich ehrlich und unheimlich kooperativ, miteinander, alle, über die Situation beim AKKU unterhalten und es hat

keiner in irgendeiner Weise „Schmäh“ geführt. Es hat jeder, aus ehrlicher Überzeugung gesagt, daß das AKKU eine der besten Einrichtung ist, die wir auf kulturellem Sektor haben und, daß wir das AKKU gemeinsam unterstützen. Wir haben sogar die Subvention aufgestockt und haben darüber hinaus gesagt, geben wir dem AKKU eine Option für die Zukunft mit auf dem Weg. Das ist seriös, anständig und ordentlich. Dann werden wir hier in eine Debatte, im Gemeinderat, über das Thema AKKU verwickelt. In eine Debatte, die dem AKKU gar nichts bringt. Die dem AKKU schadet. Ich möchte nicht, daß eine wunderbare Kultureinrichtung hier öffentlich zum Gegenstand von einem Streitgespräch gemacht wird, daß diese Einrichtung, als Landeskulturpreisträger, gar nicht verdient hat. Daher, meine Damen und Herren, beenden wir diese Art, miteinander im Kulturausschuß gut zu reden und dann im Gemeinderat so zu tun, als ob alles ganz anders gewesen wäre. Andi, du hast uns nie gesagt, daß es eine Notsituation gibt. Heut hören wir das zum erstem Mal.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sie kennen das Subventionsansuchen.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ja bitte, ich bin in vielen Kulturvereinen aktiv tätig und ich war ebenfalls in Initiativen tätig, in federführender Stelle, die im KUPF organisiert sind. Ja sogar Gründungsmitglied des KUPF war ich. Aber wenn wir um eine Subvention gekommen sind, dann sind wir zum Referenten gegangen und haben gesagt, sie, wir sind in einer Notsituation, uns geht das Wasser bis da her. Jetzt habe ich gerade den Kollegen Spanring gefragt: „Waren die jetzt bei dir und haben dich als Referenten oder Engelbert, waren sie bei dir, haben sie dich gefragt oder haben sie dir gesagt, geschildert, daß sie sind in einer Notsituation sind?“ Bei mir, als einfaches Mitglied des Kulturausschusses, war niemand. Ich hätte mich sofort auf die Schienen gelegt, wenn sie gekommen wären. Aber, das zum Gegenstand einer Debatte im Gemeinderat zu machen, das tut dem AKKU und der initiativen Kulturarbeit, Andi, so gut du das meinst, nichts Gutes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, es ist vor allen Dingen leichter, sich für einen auf die Schienen zu begeben, aber wenn das AKKU dem Herrn Bernegger die Hand gibt und der Herr Bernegger dem Herrn Gillesberger und der Herr Gillesberger der Frau Bernadette Huber und so geht das weiter. Die kommen alle herein und alle wollen massiv höhere Beträge haben. Mir fällt Jugendfestival z.B. ein. Die haben auch so Vorstellungen. Jetzt wird eine Erhöhung um 25 % vorgenommen und dann haben wir einen Dringlichkeitsantrag und da wird eine Erhöhung von mehr als 300 Prozent verlangt. Ja bitte, wie soll das funktionieren. Da müßt ihr euch schon selber bei der Nase nehmen. Das ist nicht die Methode. Es ist wirklich nicht die Methode. Mit dem Holzhammer könnt ihr uns nicht niederschlagen, wenn ihr halt gerade eine Idee habt. Wenn ich wo etwas will, muß ich auch hingehen und darüber reden, wie man das tun kann. Ich bestreite ja gar nicht, daß die dort ein enormes Programm absolvieren. Nur, ein enormes Programm absolvieren eine Reihe von Sozialvereinen auch und sie weiten das auch noch aus und sie legen uns dann auch die Rechnung auf den Tisch. Wir können sie aber auch nicht bezahlen, wenn sie das nicht vorher mit uns abgesprochen haben. Also, ich muß schon bitten, diese Dinge im Gesamtkontext zu sehen, sonst wird keiner die Verantwortung übernehmen können, weil der Kollege Lengauer, wenn er dann mit den Anderen konfrontiert ist die auch etwas wollen, und er kann nur mehr sagen, es tut uns leid, wir haben das ganze Geld dem AKKU gegeben, dann werden die nicht befriedigt sein. Es ist auch eine Konkurrenz unter den Kulturveranstaltern.

So, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. 8 (2 GAL, 5 FPÖ, 1 LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? 21 (SPÖ, ÖVP, 2 F - GR Payrleithner, GR Fürweger). Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag hat polarisiert und ist mit Mehrheit abgelehnt.

Das war der letzte Antrag. Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen zur „Aktuellen Stunden“. SPÖ? Keine Wortmeldung. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jawohl. Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. In der „Aktuellen Stunden“ aus aktuellem Anlaß. Ich möchte gleich vorweg sagen, meine Wortmeldung soll nur einen kurzen Denkanstoß geben. Mehr nicht. Er ist nicht gegen sie, sehr geehrte Herr Forstenlechner, gerichtet. Ich will folgende Frage stellen. Ist es möglich oder richtig oder sagen wir, viel eleganter ausgedrückt, ist es eine elegante Lösung, wenn ein Gemeinderatsmandatar, der gleichzeitig Arbeitnehmer eines Unternehmens ist, oder Gesellschafter oder Eigentümer eines Unternehmens ist, in einer Gemeinderatssitzung dann über einen Antrag mitstimmt, mitdiskutiert, der dieses Unternehmen betrifft? Ich habe mir vorher schon einmal, nicht wegen ihnen, die Frage gestellt, weil ich angehender Rechtsanwalt bin. Was ist eigentlich, wenn ich einmal einen Klienten vertrete, der in einem Verwaltungsverfahren eine Berufung erhebt und Berufungsinstanz, im Bauverfahren, ist der Gemeinderat. Kann ich dann eigentlich mitstimmen, mitdiskutieren? Ich habe es damals für mich beantwortet. Ich kann es nicht. Der Fall ist nicht viel anders gelagert. Es ist meines Erachtens eine typische Interessenskollision. Ich würde es richtig finden, im Falle einer Interessenskollision, wenn man sich eher enthalten würde. A) in der Willensbildung und B), daß man sich, meines Erachtens, der Stimme enthält. Abstrakt ist es immer. Als Arbeitnehmer

ist man schließlich abhängig.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Man tut sich natürlich schwer, daß man dann gegen seinen Arbeitgeber in einer inneren Sache stimmen wird. Aber gut, sie sehen das anders. Das ist ideologisch bedingt, daß weiß ich. Wir sind da ein bißchen einer anderen Meinung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, Herr Dr. Alphasamer hat es schon herausgesucht. Wir können die Frage der Befangenheit ganz genau aufklären.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist keine Frage der Befangenheit, das ist eine moralische Frage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da steht: „Befangenheit liegt nicht vor, aber auch keine moralische Befangenheit, wenn jemand an der Sache lediglich als Angehöriger einer Berufsgruppe oder einer Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch den Verhandlungsgegenstand oder durch die Amtshandlung berührt werden und deren Interesse der Betreffende zu vertreten berufen ist.“ Also, er redet ja zumindest für 2.300.

Diskussion zwischen Herrn Dr. Wetzl und verschiedenen Mandataren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR.

Aber auch ihr Punkt, den sie angesprochen haben, ist bei uns im Statut geklärt. In Sachen, mit denen sie als Bevollmächtigter einer Partei bestellt waren oder noch bestellt sind, da sind sie befangen und dürfen hier nicht mitstimmen. Das steht eigentlich genau drinnen. Danke Dr. Alphasamer.

Bei Parteisubventionen sind wir alle befangen. Das dürften wir gar nicht entscheiden. Da müßten wir eigentlich wem anderen fragen. Die würden nein sagen. Dann hätten wir kein Geld. Kompliziert.

Wünscht trotzdem zu diesem Thema jemand das Wort? Ich glaube es ist weitgehend, durch die ganz konkrete Festlegung im Statut, aufgeklärt.

Das war jetzt „Blau“. Jetzt kommt die ÖVP.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Kein Thema

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Thema. Grün? Ist schon angekündigt worden.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ verläßt um 22.25 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte auf zwei Entscheidungen in der „Aktuellen Stunde“ eingehen, worüber ich nicht besonders glücklich bin, daß die so getroffen wurden. Die erste Entscheidung ist, wie angekündigt, die Überwachung der städt. Spielplätze bzw. 5 ausgewählter Spielplätze. Ich habe da 1. einen stark inhaltlichen Einwand und 2. auch einen Einwand zur Vorgangsweise, daß das Problem des Vandalismus auf den Spielplätzen besteht, ist keine Frage. Das ist uns allen bekannt und die Vorkommnisse sind auch dokumentiert. Nur, der Lösungsansatz, der mit dieser Überwachung jetzt getroffen worden ist, ist für mich ein völlig falscher Ansatz, der inhaltlich durch nichts gedeckt ist, der die Probleme maximal verlagert, unter Umständen sogar verstärkt und im übrigen ein furchtbares Zeichen an die Jugend ist. Das Hauptproblem was wir in diesen einzelnen Stadtteilen, wo wir jetzt die Überwachung machen, haben, ist einfach die fehlende Einrichtung für eine gewisse Altersgruppe, wo solche Probleme entstehen können. Wir haben am Resthof, im Münichholz und auf der Ennsleite keine Einrichtungen, Jugendzentren, für eine Altersgruppe ungefähr zwischen 8, 9, 15, 16 Jahren. Das ist ein Manko. Es ist auch ein Manko, das derzeit oberösterreichweit diskutiert wird. Nicht umsonst lädt LR Haider von der SPÖ nächste Woche zu einem Gespräch und einer Diskussion, wo internationale Experten zu dieser Thematik in Linz diskutieren werden. Zu dieser Überwachung von Spielplätzen gäbe es genug Alternativen, genug Möglichkeiten um diese Probleme hintanzuhalten. Andere Städte zeigen uns das ganz gut vor. Ich verweise auf Traun, Wels, Linz, Wien, Graz, Salzburg etc. wo überall ähnliche Probleme aufgetaucht sind. Überall wurden Konzepte erarbeitet die mittlerweile auch sehr erfolgreich umgesetzt worden sind. Über diese Thematik hätten wir eigentlich diskutieren können oder sollen. Darum bringe ich es auch jetzt in der „Aktuellen Stunde“ ein, wir haben nicht die Möglichkeit gehabt, über diesen Tagesordnungspunkt im Gemeinderat heute zu diskutieren. Das wurde bereits im Stadtsenat abgewickelt. Ich habe aber ein irrsinniges Problem mit der Vorgangsweise, wie man diesen Antrag behandelt hat. Es hat keine Diskussion in einem zuständigen Ausschuß

gegeben. Weder im Sozialausschuß noch im Bauausschuß, der unter Umständen für Liegenschaftsangelegenheiten zuständig wäre. Es hat keine Diskussion hier im Gemeinderat gegeben, es hat keine inhaltliche Auseinandersetzung und Diskussion mit dem Sozial- und Jugendamt der Stadt gegeben und es hat eine unzureichende Diskussion mit der Liegenschaftsverwaltung gegeben, nachdem ich die Möglichkeit gehabt habe, mit Beamten die Probleme vor Ort zu besichtigen, die mit dieser Vorgangsweise überhaupt nicht glücklich sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber selber haben sie auch nicht hingehen wollen, lieber Freund. Selber wollten sie auch nicht hingehen um dort aufzupassen, zu schauen, einzuwirken. Das wollten sie auch nicht. So schaut das nämlich aus.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Vielleicht lassen sie mich einmal ausreden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man wird doch wohl einmal einen Zwischenruf machen können. Ihr macht das auch öfter.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es hat keine Einbindung der Jugendorganisationen gegeben, die Alternativvorschläge, unter Umständen, für diese Problematik hätten einbringen können. Es hat keine Einwendung der Kinder- und Jugendanwaltschaft gegeben die ja auch für diese Problematik zuständig wäre. Ich finde es sehr bedenklich, weil es ein gutes Projekt, diesen Sommer, um diese Probleme wirklich zu verhindern, am Resthof oben gibt. Da bemühen sich die Kinderfreunde mit einem hochsubventionierten Projekt, wo Jugendorganisationen der Stadt mitarbeitet, ein Animationsprojekt, ein sozialpädagogisches Projekt auf die Füße zu stellen. Und was machen wir? Wir schicken sozusagen einen Überwachungsdiens auf einige Spielplätze, die in dem Bereich nicht geschult sind und auch überhaupt keine Problemlösung schaffen werden. Das ist einmal vollkommen klar. Das ist nur kontraproduktiv und wird zur Sache überhaupt nichts bringen. Wenn wir jetzt eine Bewachung machen, die von 16.00 bis 21.00 Uhr oder zu irgendwelchen Zeiträumen ist, es ist im Antrag, oder im Auftrag an die Bewachungsfirma ja eh genau definiert, dann vandalieren die halt zu einem anderen Zeitpunkt oder machen es wo anders. Wir verlagern die Probleme aber wir haben da überhaupt keine Problemlösungsansätze. Mein Vorschlag wäre, daß dieser Beschluß rückgängig gemacht wird, daß wir diesen Bewachungsdiens nicht einsetzen. 2., daß wir die Erfahrungen von diesem Animationsprojekt am Resthof abwarten, weil es ist bei diesem Projekt auch geplant, eine Evolution zu machen, wo man dann wirklich sich ansieht, hat das jetzt etwas gebracht und wie kann man das auch auf andere Stadtteile umsetzen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ich habe gar nicht gewußt, daß du unser Pressesprecher bist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, ich mache sogar eure Beschlüsse, oder ich fordere euch sogar auf, nach euren Grundsätzen zu handeln. Nur leider tut ihr es nicht.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ja was machen wir denn?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ihr bezahlt 146.000,- Schilling für 4 Monate an eine Überwachungsfirma, die ganz ...

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ich?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja. Ihr habt höchstwahrscheinlich zugestimmt, eure Fraktion, denke ich einmal.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist zutreffend. Es gibt einen einstimmigen Beschluß des Stadtsenates, wenn ich mich richtig erinnere. Der interessiert dich allerdings als Demokrat überhaupt nicht, obwohl ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Doch! Wir hätten das natürlich auch im Gemeinderat ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... obwohl der Stadtsenat nach dem Statut für diese Dinge berufen ist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nur wäre das eine Höhe gewesen, von einem Betrag von 146.000,-, wo ich mich frage, warum man das nicht im

Gemeinderat diskutiert hat. Wir diskutieren zwar von Druckkostenbeiträgen in der Höhe von 20.000,-- oder 30.000,-- Schilling, aber wenn es um so eine Materie geht, wo man weiß, daß es kontroverielle Ansichten gibt, dann haben wir im Gemeinderat nicht die Möglichkeit, darüber zu diskutieren und vielleicht ein alternatives Abstimmungsverhalten herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Wertgrenzen sind genau festgelegt. Was im Stadtsenat zu beschließen ist und was im Gemeinderat.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das stimmt schon, aber ich glaube es wäre dem Stadtsenat keine Perle aus der Krone gefallen, wenn man das wirklich im Gemeinderat diskutiert hätte, weil die Dringlichkeit ist nicht so, daß man das nicht in dieser Gemeinderatssitzung noch geschafft hätte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja aber bitte, es war doch ein einstimmiger Beschluß im Stadtsenat. Wir haben es einmal zurückgestellt, haben noch ein weiteres Angebot eingeholt. Bitte, ist das wirklich so etwas Furchtbares, wenn der Stadtsenat beschließt, daß wir einen Wachdienst engagieren, weil die Eltern sich rundherum beschweren und weil wir Vandalismusschäden im Ausmaß von 2,5 Millionen Schilling haben. Darf das der Stadtsenat nicht beschließen, weil ihr nicht drinnen sitzt? Ihr seid halt nur zwei.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Darum sage ich es auch jetzt in der „Aktuellen Stunde“, warum ich dagegen bin. Die Möglichkeit muß ich ja haben. Oder?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist ja eh in Ordnung. Die Meinung ist in Ordnung. Aber demokratisch ist es nicht, wenn man Mehrheitsbeschlüsse des zuständigen Organs nicht zur Kenntnis nehmen will.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich nehme sie ja zur Kenntnis. Es ist natürlich klar, wir hätten es lieber gehabt, wenn im Gemeinderat darüber diskutiert worden wäre. Im Gemeinderat hätte ich dann höchstwahrscheinlich eh keine Chance gehabt, aber ich hätte zumindest dagegen stimmen können. Soviel zum 1. Punkt.

Der 2. Punkt betrifft eine Entscheidung im Verkehrsausschuß über ein Thema, über das ich jetzt inhaltlich überhaupt nicht diskutieren ...

Zwischenruf: Nur ein Thema!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich habe gesagt, ich möchte über zwei demokratiepolitisch bedenkliche Entscheidungen sprechen. Das erste Thema war die Überwachung und das zweite Thema ist über eine Entscheidung im Verkehrsausschuß ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ein Thema!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist ein Thema!

Zwischenrufe verschiedener Mandatare: Nein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ein Thema und das sind zwei verschiedene Themen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Habt ihr so eine Angst davor. Das ist ja ein Thema. Demokratiepoltische Entscheidungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da können sie aber 400 Themen unter dem Thema abhandeln. Das steht auch fest. Über demokratiepoltische Entscheidungen. Fest steht das schon, das haben sie eh genau nachgelesen. Ein Thema.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist ein Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir diskutieren eh eine Stunde, Herr Kollege Kupfer. Regen sie sich nicht auf. Wenn die Stunde noch nicht aus ist, können sie sich eh noch einmal melden, wenn die andern in der Zwischenzeit nichts sagen. Wir können das auch bis ½ zwei diskutieren. Macht ja nichts.

Also. Das Thema steht im Raum. SPÖ nimmt dazu Stellung. Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Heute ist eigentlich das Wort demokratiepolitisch bedenklich schon sehr strapaziert worden. Ich glaube, es gehört auch zur Demokratie, daß zuständige Gremien, wenn die einen Mehrheitsbeschluß fassen, auch für die anderen, ob es einem paßt oder nicht, zur Kenntnis zu nehmen ist. Sie sagen, Herr Kupfer, ich nehme es zur Kenntnis, aber ich fordere den Stadtsenat auf, den Beschluß rückgängig zu machen. Sie akzeptieren in Wirklichkeit die Entscheidung des Stadtsenates nicht. Zur Sache selbst, glaube ich sagen zu können, es ist leider Gottes eine gesellschaftliche Entwicklung in unseren jugendlichen, in unseren Kinderbereich. Gerade als Schulreferent, und wir haben ja auch hier eine Kollegin, die im Kindergarten tätig ist, erleben wir und müssen wir uns immer stärker mit dem Problem gewisser Entwicklungen auseinandersetzen. Die Problemkinder werden immer mehr. Es ist eine Entwicklung die uns sicher Sorge bereitet und mit dem wir uns stärker beschäftigen müssen. Es wird aber nicht möglich sein, daß wir die ganze Verantwortung für das immer im öffentlichen Bereich, in den Kommunen udgl. hindelegieren. Ich glaube, da schon mit Recht über dieses Thema sprechen zu können, weil ich selbst Familienvater von 4 Kindern bin. Ich stelle immer wieder fest, daß verschiedene Eltern ihrer Aufgabe, Kinder zu betreuen, erziehen, nicht nachkommen. Diese Entwicklung stellen wir fest und das ist in Wirklichkeit des Ergebnis davon, daß bei unseren Spielplätzen, in unseren öffentlichen Anlagen und Bereichen, ich möchte das ja gar nicht nur auf die Kinderspielplätze begrenzen, sondern es wird hier immer stärker genützt, Plätze, die etwas abseits liegen, zu suchen und sich dort nicht so zu verhalten, wie es sein sollte. Wir sind auch hier aufgerufen, wenn dementsprechende Entgleisungen, wenn dementsprechende negative Entwicklungen, stattfinden. Ich bin Anrainer des Funcourts im Münichholz. Ich könnte ihnen hier Geschichten erzählen die katastrophal sind. Wo 11-, 12-, 13-jährige Kinder betrunken, bis am Rand voll, sich in diesem Bereich bewegen. Da gibt es keine Eltern, die dem nachgehen und Sorge treffen, daß das nicht mehr vorkommt. Also, es gibt hier wirklich dramatische Entwicklungen und ich glaube, daß es hier zum Schutz derer ist, die dort ihre Freizeit verbringen wollen. Wir haben auch zum Schutz aller zu sorgen, damit diese ungestört dort spielen können, damit dieser Vandalismus, der in den Ansätzen vorhanden ist, sich nicht noch stärker ausweitet. Wir haben mit diesem Beschluß, diese Firma mit der Spielplatzüberwachen zu beauftragen, sicherlich versucht, eine sanfte Methode zu wählen. Es war nicht die Überlegung, daß wir hier eine Kinderspielplatzpolizei installieren wollen, die ständig die Kinder überwachen. Irgendwo sind wir hier halt aufgerufen und kommen nicht darüber hinweg, daß jemand dort schauen muß, daß gewisse Dinge eingehalten werden. Wir haben im Stadtsenat auch gesagt, daß wir das für eine gewisse Zeit, für ein Jahr, testen wollen, ob das mithilft, daß hier das Ausschreiten in diesen Bereichen besser wird. Ich stimme mit ihnen, Herr Kupfer, 100%ig überein. Wir wollen nicht, daß sich die Kinder nicht frei bewegen können, daß hinter unseren Kindern immer irgendwer mit einem Kapperl hinterherläuft. Ich selbst habe da auch größtes Interesse, daß sich das nicht in diese Richtung entwickelt. Aber, irgendwo müssen wir Erwachsene zum Rechten sehen und können dieser Entwicklung nicht freien Lauf lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht die „F“ das Wort dazu?

Bitte Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine Damen und Herren, ich stehe zu dieser Entscheidung im Stadtsenat. Man muß ja auch die Hintergründe dafür wissen. Wenn man das Ohr an der Bevölkerung hat, wenn man die Probleme erkennt und wenn sie dargestellt werden, warum das so ist, dann kann man diesen Probegalopp einmal für ein Jahr durchaus nicht nur tolerieren sondern auch unterstützen. Es geht ja bei diesen Fällen in der Mehrzahl darum, daß Kinder meistens von älteren, spielenden Kindern von ihren Spielplätzen vertrieben werden. Das ist das Hauptproblem und, daß dann auch Alkohol im Spiel ist und am Ende des Tages, unter Umständen, etwas zerstört wird. D.h., nicht die 8-, 9-, 15-, 16-jährigen, wie sie es angeführt haben, sind das Problem, sondern die Älteren. Die meisten von ihnen haben in den letzten Tagen einen Bericht bekommen, ich weiß nicht genau, wie die Organisation jetzt heißt, irgend eine Bundesorganisation, wo der Familienminister Bartenstein der Präsident ist, wo uns aus Wien so gute Ratschläge übermittelt werden, wie wir unsere Spielplätze zu überwachen hätten. Unter anderem steht dort drinnen, daß die Streatworker damit beauftragt werden, diese Überwachung durchzuführen. Ja, wir haben seit Jahren die Streatworker in Steyr. Es hätte sie niemand daran gehindert hier tätig zu werden und eine Überwachung in diesem Sinne für die Jugendlichen zu machen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich glaube, sie haben den falschen Brief gelesen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wo wir bei den Jugendlichen ein zentrales Grundsatzproblem haben, ist das, daß es tatsächlich viel zuwenig Freiräume für die Jugendlichen gibt, daß es tatsächlich viel zuwenig Naturfußballplätze, Naturspielplätze gibt, die immer weiter eingeschränkt werden und, daß unsere Kinder dann nur mehr auf eingezäunten überwachten Spielplätzen ihre Freizeit

verbringen können. Ein Vandalismus, in diesem Ausmaß wie wir es letztes Jahr hatten, Beschwerden in dem Ausmaß, wie wir es letzten Sommer hatten, zwingen zum Handeln und das ist eine Handlung gewesen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht die ÖVP dazu das Wort? Nein. Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Selbstverständlich muß man als Demokrat diese Mehrheitsentscheidung akzeptieren. Man darf sie aber trotzdem kritisch sehen. Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, daß wir einen Spielplatztest durchgeführt haben. Dabei ist uns auch das Problem Vandalismus durchaus bekannt geworden. Es war nicht so dringlich, wie es jetzt erscheint. Die Probleme waren bekannt. Ich denke mir, das Ziel, das wir alle herinnen haben, ist ungefähr das Gleiche. Wir wollen, daß es weniger Vandalismus gibt. Wir wollen, daß die Spielplätze verbessert oder gut erhalten bleiben usw. Nur der Weg scheint halt ein unterschiedlicher zu sein. Ich muß mich in dem Punkt schon der Kritik des Kollegen Kupfer anschließen. Ich glaube nicht, daß das ein taugliches Mittel ist, mit der Überwachung mit ein Wachunternehmen, daß normalerweise Firmen bewacht und Firmenrundgänge macht. Sie müssen sich überlegen, wenn sie sich den Amtsbericht ansehen, machen wir eine Kontrolle zwischen 16.00 und 21.00 Uhr durch ein Bewachungsorgan. Und das an 5 Standorten. Es ist ja nicht so, daß hier der Eindruck entstehen soll, da ist permanent jemand, der darauf achtet, was so passiert, sondern da macht halt ein Bewachungsunternehmen seinen Rundgang und damit hat es sich. Die Leute sind weder besonders pädagogisch geschult, sie sind normalerweise gewöhnt, daß sie Firmenrundgänge machen. Ob man das auf einen Spielplatz übertragen kann, das bezweifle ich. Ich glaube auch, daß es sinnvoller gewesen wäre, sich andere Lösungen zu überlegen. Das Problem ist uns allen bewußt. Eine Möglichkeit wäre sicher gewesen, zu schauen, ob man nicht ein pädagogisches Modell findet, ob man nicht arbeitslose Junglehrer dafür engagieren könnte und, daß man eher wirklich in Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen das regelt, weil ich hätte auch ein bißchen ein mulmiges Gefühl, wenn man schon unseren Kindern und Jugendlichen so einen Überwachungsstaat a la George Orwell präsentiert. Also, ich glaube auch, daß uns wahrscheinlich, den Grünen und den Liberalen, die Zukunft Recht geben wird, daß wahrscheinlich diese Art der Regelung nicht richtig ist, einfach, weil man ein untaugliches Mittel gewählt hat. Aber wie gesagt, ich lasse mich gerne eines Besseren überzeugen, wenn das wirklich funktionieren sollte. Nur ich glaube es einfach nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Kollegin Frech, zur „Aktuelle Stunde“ haben sie nein gesagt!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich verzichte darauf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Damit sind wir nun am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Es war die letzte vor der Sommerpause, daher möchte ich allen einen schönen Urlaub wünschen, gute Erholung und daß sie gestärkt im Herbst wieder ihre Arbeit aufnehmen und die Sitzungen ein bißchen kürzer gehalten werden. Ich würde mich freuen. Ich danke ihnen.

ENDE der Sitzung: 22.40 Uhr.

Der Vorsitzende: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Die Protokollführer: OAR Anton Obrist eh. GR Stephan Keiler eh.

Die Protokollprüfer: Gabriele Obermair eh. GR Dr. Wilfrid Wetzl eh.